**Ingrid Roß**

# *Hijacking of the President?*

# Der Einfluss der Neokonservativen auf die Entscheidung zum Irakkrieg 2003

**2005**
**John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien**
**Working Paper**

Ingrid Roß,
„Hijacking of the President? Der Einfluss der Neokonservativen auf die Entscheidung zum Irakkrieg 2003“
Berlin, 2005

JFK Working Paper
ISBN 3-88646-055-X
ISSN 0948-9436

Bestellung als Druckversion bei
John F. Kennedy-Institut, Abteilung Geschichte, Lansstr. 7-9, D – 14195 Berlin, Tel.: 030 / 838 52 474, Fax: 030 / 838 52 875, Email: jfkgesch@zedat.fu-berlin.de

oder online abzurufen unter
http://www.fu-berlin.de/jfki/research/publications_d.shtml#workingpapers

## Inhaltsverzeichnis


INHALTSVERZEICHNIS ..... 3

EINLEITUNG ..... 6

I. DIE INTELLEKTUELLE TRADITION DER NEOKONSERVATIVEN ..... 15

I.1. Von Trotzki zu Reagan – Die verstoßenen Liberalen ..... 15
I.1.a. Vom Kommunismus zum Liberalen Grundkonsens ..... 16
I.1.b. Vietnamkrieg und Zersplitterung der Liberalen ..... 17
I.1.c. Entfremdung von der Demokratischen Partei ..... 18
I.1.d. Weltanschauung der Neokonservativen ..... 20
I.1.e. Wandel der Republikanischen Partei ..... 22
I.1.f. Im Republikanischen Lager ..... 25
I.2. Das Ende des Kalten Krieges – Das Ende der Neokonservativen? ..... 26
I.2.a. Das Ende der Geschichte und die Suche nach einer neuen Weltordnung ..... 27
I.3. Renaissance der Neokonservativen in der Clinton Ära ..... 29
I.3.a. Politikempfehlung: "A Neo-Reaganite Foreign Policy" ..... 30
I.3.b. Die Neokonservative Agenda ..... 32

II. DAS NEOKONSERVATIVE POLICY NETZWERK ..... 35

II.1. Neokonservative Think Tanks als Teil des Policy Netzwerks ..... 37
II.1.a. American Enterprise Institute ..... 39
II.1.b. Project For A New American Century ..... 42
II.1.c. Center for Security Policy ..... 47
II.2. Gesellschaftliche Hauptakteure des Neokonservativen Netzwerks ..... 48
II.3. Das Defense Policy Board – Schnittstelle im Verteidigungsministerium ..... 50
II.4. Neokonservative in der Administration ..... 51
II.4.a. Stellvertretender Verteidigungsminister Paul Wolfowitz ..... 52
II.4.b. Undersecretary of Defense for Policy Douglas Feith ..... 56
II.4.c. Neokonservative im Weißen Haus ..... 57
II.5. Die Konzentrischen Kreise des Neokonservativen Policy Netzwerks ..... 58
II.5.a. Normative Grundüberzeugungen und Politikempfehlung ..... 58
II.5.b. Interaktion und strukturelle Vernetzung ..... 60

III. DIE WELTANSCHAUUNG DER *VULCANS* UND DER REGIERUNGSSTIL BUSHS ..... 62

III.1. Weltanschauung ..... 63
III.2. Denkschulen innerhalb der Regierung ..... 65
III.2.a. Democratic Globalists ..... 65
III.2.b. Moderate Internationalisten ..... 66
III.2.c. Assertive Nationalists ..... 67
III.3. Regierungsstil ..... 68
III.3.a. Politisches Ethos ..... 68
III.3.b. Organisatorische Fähigkeiten ..... 71

IV. DER EINFLUSS DER NEOKONSERVATIVEN AUF DIE AUßENPOLITIK DER BUSH ADMINISTRATION ..... 73

IV.1. Die Außenpolitik der Bush Administration vor dem 11. September ..... 75
IV.1.a. Selecting the Players – Ämterbesetzung ..... 75
IV.1.b. „Blunt Unilateralism“ – Die Außenpolitik der Bush Regierung vor dem 11. September ..... 77
IV.1.c. Dynamik innerhalb der Regierung in der ersten Phase ..... 80
IV.2. Die Reaktion der Neokonservativen in der ersten Phase des Krieges gegen den Terrorismus ..... 83
IV.2.a. Regimewechsel im Irak als Teil des Krieges gegen den Terrorismus ..... 87
IV.2.b. Die zweite Welle im Krieg gegen den Terrorismus ..... 91
IV.2.c. Eine multilaterale Lösung im Rahmen der UN? ..... 94
IV.2.d. Die Entscheidung zum Irakkrieg ..... 104

V. MACHT UND EINFLUSS DER NEOKONSERVATIVEN – SCHLUSSBETRACHTUNG ..... 107

ANHANG ..... 112

I. PROJECT FOR A NEW AMERICAN CENTURY UNTERZEICHNER DES *STATEMENT OF PRINCIPLES* 1997 ..... 112

II. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS ..... 115

BIBLIOGRAPHIE ..... 116

"*The New Republic* just cancelled its debut cruise in the Caribbean." —*Washington CityPaper*, June 20-26, 2003

Parody

# JOIN US AS WE CONQUER THE WORLD!

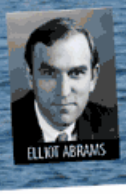
THE FIRST ANNUAL
THE WEEKLY STANDARD / PROJECT FOR A NEW AMERICAN CENTURY CRUISE

**Eight imperial days & seven unilateral nights aboard the USS *Benevolent Hegemon* with**

DICK CHENEY

RICHARD PERLE

ARIEL SHARON


ELLIOT ABRAMS

DONALD RUMSFELD

PAUL WOLFOWITZ

- *Neocon Hot Bikini Contests*
- *Help Us 'Find' Weapons of Mass Destruction in Iraq*
- *Straussian Weight-Loss Plan (More Apparent Than Real)*
- *Nightly 'Shock and Awe' Fireworks*
- *Name That Evildoer: The Dead Terrorist Nostalgia Game*
- *Special Seminar: Reading Between the Lines of George W. Bush's Major Speeches*

**DAILY PORTS OF CALL**

*Friday:* The University of Chicago (Orientation)
*Saturday:* Fly to Athens
*Sunday:* Athens to Jerusalem
*Monday:* Greater Israel (Hebron, Amman, Damascus)
*Tuesday:* Liberated Iraq
*Wednesday:* Iran
*Thursday:* Not-Yet-Liberated North Korea (tentative stop)
*Friday:* Claremont College (debriefing)

First Class (Imperial) Berths Still Available

Titular Ship's Captain: George W. Bush
Actual, Behind-The-Scenes Captain: Abram Shulsky, Dept. of Defense

Two Dining Plans Available: Kosher or Glatt Kosher

the weekly Standard
JULY 7 / JULY 14, 2003

**Don't Consult With Your Allies! Sign Up Today!**

## Einleitung

Im Kontext der Entscheidung um den Irakkrieg 2003 haben viele Kommentatoren den Paradigmenwandel der amerikanischen Außenpolitik dem wachsenden Einfluss der Neokonservativen innerhalb der amerikanischen Regierung zugeschrieben. So fragt die *New York Times* Kolumnistin Maureen Dowd: „Does Mr. Bush ever wonder if the neocons duped him and hijacked his foreign policy?"[1] Während die meisten amerikanischen Kommentatoren eher ihrer Verwunderung über den plötzlichen Aufstieg der Neokonservativen Ausdruck gaben[2] – womit sowohl die Anhänger einer bestimmten Weltanschauung gemeint waren, als auch die Mitglieder einer fest abgegrenzten Gruppierung im Kampf um außenpolitische strategische Entscheidungen – waren die europäischen Beobachtungen von ungleich mehr Aufgeregtheit und Entsetzen geprägt. Die französische Wochenzeitung *Le Nouvel Observateur* beschrieb die neokonservativen Intellektuellen als Chef-Ideologen eines zu errichtenden amerikanischen Imperiums.[3] Der *Spiegel* berichtete, die Neokonservativen gälten als „eine Verschwörergruppe, als kleiner, elitärer Orden, der der Regierung Bush den Weg weist – und wenn es krumme Wege sind, ihr das gute Gewissen besorgt." [4] Der Autor des Artikels identifizierte Mitarbeiter im Weißen Haus, im Pentagon und sogar Richter des obersten Verfassungsgerichts als Mitglieder dieser Gruppierung. Diese Kommentatoren kritisieren nicht nur die außenpolitischen Ziele und Strategien, sondern auch den Ablauf des Entscheidungsprozesses innerhalb der Regierung.

In der europäischen Perspektive wird der Verschwörungscharakter oftmals übertrieben dargestellt, da der scheinbar tiefgreifende Wandel der amerikanischen Außenpolitik seit der Intervention im Kosovo 1998 das Fassungsvermögen vieler Europäer übersteigt: Der liberale Internationalismus der Ära Clinton, der den Einsatz von amerikanischen Militärressourcen zum Zweck von humanitären Missionen billigte, fand weitestgehend europäische Zustimmung, während der Unilateralismus der ersten neun Monate der George W. Bush Regierung bei den europäischen Partnern Bedauern über die Abkehr von internationalen Institutionen weckte. Der moralisch motivierte Interventionismus nach dem 11. September, welcher in der Instrumentalisierung von ad hoc „Koalitionen der Willigen" Ausdruck fand, traf in Europa auf großes Misstrauen und offene Ablehnung. Der Mythos der

---

1 Maureen Dowd, "From Swagger to Stagger," *New York Times*, 7. September 2003.
2 Elizabeth Drew, "The Neocons in Power," *The New York Review of Books*, 12. Juni 2003.
3 zitiert in: Joshua Muravchik, "The Neoconservative Cabal," *Commentary Magazine*, Sept 2003, S. 26.
4 Gerhard Spörl, "Die Leo-Konservativen," *Der Spiegel*, 4. August 2003, S. 142.

Machtübernahme der „Neokonservativen“ im Bereich der Außenpolitik scheint eine einfache Erklärung für diesen tiefgreifenden Wandel zu bieten.

Mehrere Autoren, die sich dem Umfeld der Neokonservativen zuordnen lassen, haben sich gegen solch eine Überbewertung der Bedeutung der Neokonservativen gewehrt und sich bemüht, den Mythos aufzuklären. Teilweise versuchten die Neokonservativen durch das Stilmittel der Selbstironie die Vorwürfe gegen sich zu entkräften, wie eine Karikatur in der Zeitschrift *The Weekly Standard* verdeutlicht (s. Abb). Irving Kristol, der selbsternannte „Pate der Neokonservativen“, nahm den Vorwurf des demokratischen Kandidaten Howard Dean, der Präsident sei von den Neokonservativen, die ihn umgäben, in Bann geschlagen worden, zum Anlass, eine Definition des Neokonservatismus vorzunehmen.[5] Max Boot, der ebenfalls zu den intellektuellen Vordenkern der Neokonservativen gezählt wird, versuchte mit dem Artikel „Think Again: Neocons“, die gängigsten Vorwürfe - dazu gehören beispielsweise, dass die Neokonservativen Juden seien, die einzig im Interesse Israels handeln würden, dass es sich um eine finanziell großzügig unterstützte, gut organisierte Verschwörung handele, und dass die Neokonservativen Gegner des Multilateralismus seien - zu widerlegen.[6] Auch Joshua Muravchik setzte sich in dem Artikel „The Neoconservative Cabal“ mit dem Einfluss der Neokonservativen auf die Außenpolitik der George W. Bush Regierung auseinander. Muravchik kam zu dem Ergebnis, dass die Regierung nach dem 11. September auf dem Gebiet der Außenpolitik eine neokonservative Richtung verfolgt hat, es jedoch fraglich sei, ob der Präsident nicht auch ohne Präsenz der Neokonservativen in den Beraterkreisen und der Verwaltungselite zu ähnlichen Ergebnissen gekommen wäre. Seiner Meinung nach könnten lediglich die Memoiren des Präsidenten selbst über diese Frage Aufschluss geben.[7]

*Begriffsklärung*

Diese Diskussion macht deutlich, dass zunächst eine Begriffsklärung erforderlich ist, insbesondere da die Nutzung des Attributs „neokonservativ“ in den Feuilletons nahezu inflationär verwendet wird. Die Bezeichnung nimmt Bezug auf den Ursprung einer kleinen Gruppe demokratischer Dissidenten aus den 1960/70ern, die aus den Reihen der Demokratischen Partei hervorging und als Schmähung von ihren Parteigenossen als neu-

---

5 Irving Kristol, "The Neoconservative Persuasion: What it was, and what it is," *The Weekly Standard*, 25. August 2003, S. 23-25.

6 Max Boot, "Think Again: Neocons," *Foreign Policy* (104), 2004, S. 20-28.

7 Muravchik, "The Neoconservative Cabal," S. 33.

konservativ, also *neoconservative* bezeichnet wurde. Im Zentrum der Kritik der neokonservativen Intellektuellen standen zunächst vor allem innenpolitische Themen.

Im Gegensatz dazu wird in der aktuellen politischen Diskussion der Begriff ausschließlich für die Anhänger einer Weltanschauung verwendet, die sich in einem spezifischen außenpolitischen Konzept niederschlägt. Nach dem Ende des kalten Krieges plädierten einige Intellektuelle dafür, die nach dem Sieg über das *Evil Empire* errungene einzigartige Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in der Welt selbstbewusst zum Vorteil nationaler Interessen zu nutzen.[8] Durch die Verbreitung demokratischer Werte, die sich in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung finden und denen universelle Gültigkeit zugesprochen wird, soll dieser Theorie zufolge dauerhafter Frieden und Stabilität im internationalen System geschaffen werden.[9] Dieses Weltbild, das durch seine visionären Ziele auch Züge des *Wilsonianism*[10] trägt, wird von Charles Krauthammer ebenfalls mit dem Terminus *democratic globalism* beschrieben.[11] Der entscheidende Unterschied zum *Wilsonianism* liegt in der Wahl der Mittel zur Verwirklichung dieser Vision: Während Präsident Woodrow Wilson auf Legalismus und die Errichtung internationaler Organisationen baute, haben die Neokonservativen die Hoffnung auf die Durchsetzbarkeit internationaler Normen aufgegeben und die militärischen Mittel im Sinne der Realpolitik in den Vordergrund gerückt.[12]

*Fragestellung / These*

In der vorliegenden Arbeit soll der Frage nachgegangen werden, ob die Neokonservativen tatsächlich so großen Einfluss auf die Außenpolitik der Bush Regierung hatten, dass im Hinblick auf die Entscheidung zum Irakkrieg 2003 von einem „hijacking“ der amerikanischen Außenpolitik gesprochen werden kann. Die These dieser Arbeit lautet, dass das neokonservative Netzwerk, dessen Mitglieder teils in der Regierung vertreten und teils im gesellschaftlichen Raum in Think Tanks organisiert sind, dazu beigetragen hat, dass der

---

8 so z. B. Charles Krauthammer, "The Unipolar Moment," *Foreign Affairs* 70 (1), 1990/1991, S. 23-33; William Kristol und Robert Kagan, "Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy," *Foreign Affairs* 75 (4), 1996, S. 20.

9 Diese Überzeugung spiegelt auch die *Democratic Peace Theory* wider: Christopher Layne, "Kant or Cant: The Myth of the Democratic Peace," *International Security* 19 (2), 1994, S. 5-49.

10 Als *Wilsonianism* wird die Vision einer internationalen Ordnung bezeichnet, die auf Frieden, Demokratie und Freihandel basiert. Die zugrundeliegenden Prinzipien hatte Präsident Woodrow Wilson in einem vierzehn-Punkte Programm am Ende des 1. Weltkriegs 1918 vor dem Kongress dargelegt.

11 Charles Krauthammer, *Democratic Realism: An American Foreign Policy for a Unipolar World*, Washington, D.C.: The AEI Press, 2004.

12 Kristol, "The Neoconservative Persuasion: What it was, and what it is," S. 24.

Irakkrieg im Rahmen des Krieges gegen den Terrorismus als Antwort auf die Terroranschläge vom 11. September auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Allerdings bleibt auch zu berücksichtigen, dass ein Regimewechsel im Irak ebenso von Vertretern anderer Denkschulen innerhalb der Exekutive und von anderen Interessengruppen mit unterschiedlicher Motivation und Begründung gefordert wurde.

*Theoretisches Design*

Die Arbeit ist somit in den Bereich der Analyse außenpolitischer Entscheidungsprozesse einzuordnen. Untersuchungsgegenstand sind einerseits Strategieentscheidungen wie die Nationale Sicherheitsstrategie 2002 und andererseits Krisenentscheidungen wie die Entscheidung zum Irakkrieg 2003. Die Analyse stellt individuelle und kollektive innerstaatliche Akteure, die im Entscheidungsprozess Koalitionen eingehen, in den Mittelpunkt, während der Staat sowie das internationale System die Rahmenbedingungen für den außenpolitischen Entscheidungsprozess bilden.[13]

Die theoretischen Modelle, die seit den 1960ern in der Politikwissenschaft entwickelt wurden, gehen von unterschiedlichen Grundannahmen aus: Das idealtypische Modell des *rational actor* setzt eine zentralisierte Entscheidungsstruktur voraus, in der rationale Entscheidungen getroffen werden, die – im Fall eines präsidentiellen Regierungssystems – von den Zielsetzungen und Überzeugungen des Präsidenten bestimmt werden. Das von Irving Janis entwickelte Konzept des *groupthink*, welches die Gruppendynamik eines geschlossenen Entscheidungsprozesses unter der Beteiligung eines eng eingegrenzten Beraterkreises untersucht, bezieht Erkenntnisse aus dem Bereich der Psychologie ein.[14] Beim Phänomen des *groupthink* kann nicht von einem rationalen Entscheidungsprozess ausgegangen werden, da die Akteure nicht dazu bereit sind, neue Informationen aufzunehmen und alternative Handlungsoptionen in Erwägung zu ziehen (*bounded rationality*). Beide Modelle lassen sich den *presidential politics* zuschreiben, da der Präsident eine zentrale Rolle spielt.

---

[13] zur Einordnung verschiedener Ansätze auf dem Gebiet der Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse s. Helga Haftendorn, "Zur Theorie Außenpolitischer Entscheidungsprozesse," in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990, S. 401-423; Laura Neack, *The New Foreign Policy: U.S. and Comparative Foreign Policy in the 21st Century*, Lanham, Md.: Rowman & Littlefield, 2003; Jerel A. Rosati, *The Politics of US Foreign Policy*, 2. Ausgabe, Harcourt Brace College Publ., 1999.

[14] Paul 't Hart, *Groupthink in Government: A Study of Small Groups and Policy Failure*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 1994; Irving L. Janis, *Groupthink*, New York: Houghton Mifflin, 1982.

Persönlichkeit und Überzeugungen, sowie die Perzeptionen der einzelnen Akteure sind von grundlegender Bedeutung.[15]

Das von Graham T. Allison entwickelte Bürokratietheoriemodell (*bureaucratic politics*) beschreibt den Entscheidungsprozess als eine Reihe von dezentralisierten Verhandlungsprozessen zwischen den verschiedenen Ministerien und *agencies*[16] und betont so den pluralistischen Charakter und politischen Prozess der Entscheidungsfindung. Auch das Modell des *organizational process* geht von dezentralen Entscheidungsstrukturen aus, in denen bürokratische Organisationen anstelle des Präsidenten oder eines engen Beraterkreises die Schlüsselrolle einnehmen. Außenpolitisches Handeln besteht demzufolge aus der Summe einzelner außenpolitischer Entscheidungen, die von allen an der Außenpolitik beteiligten bürokratischen Instanzen getroffen werden. Dieses Modell verfügt besonders im Bereich der Politikimplementierung über großen Erklärungswert.[17]

Die vorliegende Arbeit begreift das Bürokratietheoriemodell und das Modell der *presidential politics* als zwei Pole, in deren Spannungsfeld sich die Analyse außenpolitischer Entscheidungen bewegt. Während in Krisenentscheidungen der Entscheidungsprozess auf höchster Regierungsebene abläuft und somit der Präsident und seine Berater im Mittelpunkt stehen, dominieren Ministerien und *agencies* solche Entscheidungen, in denen der Präsident entweder nicht willens oder nicht in der Lage ist, die Federführung im Entscheidungsprozess zu übernehmen (beispielsweise Routineentscheidungen).[18] Während die Krisenentscheidung zum militärischen Einsatz in Afghanistan auf Kabinettsebene gefällt wurde, ist die Entscheidung zum Irakkrieg unter erheblichen bürokratischen Spannungen über einen längeren Zeitraum gereift. Die Analyse des Einflusses der Neokonservativen greift auf das

---

[15] zur Bedeutung von Wahrnehmung, Einstellung und Verhaltensmustern, s. Joseph H. deRivera, The Psychological Dimension of Foreign Policy, Columbus: Charles E. Merrill, 1968; Alexander L. George, Presidential Decision*making in Foreign Policy: The Effective Use of Information and Advice*, Boulder: Westview Press, 1980; Robert Jervis, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton: Princeton UP, 1976; Christian Tuschhoff, *Einstellung und Entscheidung: Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration, 1981-1984*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 1990.

[16] Der Begriff *agencies* bezeichnet neben den einzelnen Abteilungen der Ministerien auch andere Bundesbehörden, wie die CIA. Unter dem *interagency process* versteht man den Verhandlungsprozess der an der Entscheidung beteiligten Behörden und Abteilungen.

[17] Graham T. Allison, *Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis*, Boston: Little, Brown, 1971; Morton H. Halperin, *Bureaucratic Politics and Foreign Policy*, Washington D.C.: Brookings, 1974; David A. Welch, "The Organizational Process and Bureaucratic Politics Paradigm: Retrospect and Prospect," *International Security* 17 (2), 1992, S. 112-146.

[18] Rosati, *The Politics of US Foreign Policy*, S. 289-290.

Konzept des Policy Netzwerkes zurück, das aus staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren gebildet wird, und das dem Bürokratietheoriemodell zuzuordnen ist.[19]

*Argumentativer Aufbau*

Ein Problem, das den Umgang mit der Forschungsliteratur erschwert, ist die Tatsache, dass es keine einheitliche Definition der Neokonservativen und ihrer Ideologie gibt, und daher die Bewertung des Einflusses der Neokonservativen im Ergebnis variiert. Aus diesem Anlass befasst sich der erste Teil (Kapitel 1 und 2) der vorliegenden Arbeit ausführlich mit der Definition der Ideologie der Neokonservativen und der Untersuchung der neokonservativen Akteure. Zunächst sollen der Ursprung der intellektuellen Tradition der Neokonservativen und die Kontinuitäten mit den *democratic globalists* geklärt werden. Während die erste Generation der Neokonservativen in den 1970er Jahren sich durch einen ausgeprägten Antikommunismus definierte, erklärten die Neokonservativen in den 1990er Jahren die Sicherung der amerikanischen Vormachtstellung und die Verbreitung amerikanischer Werte zu ihrem zentralen Anliegen. Beide heben die Bedeutung von Werten und Moral in der Außenpolitik hervor.

Nachdem die neokonservative Agenda skizziert wurde, widmet sich das zweite Kapitel der Analyse des neokonservativen Netzwerks, das in den 1990er Jahren im gesellschaftlichen Bereich bzw. im „vor-politischen Raum“ entstanden ist und nach dem Wahlsieg George W. Bushs vor allem durch die Übernahme von Ämtern in der Bürokratie an Einfluss gewann. Das Konzept des Policy Netzwerks, das neben der gemeinsamen Ideologie ebenso die institutionalisierte Interaktion der Mitglieder des Netzwerks berücksichtigt, stellt ein Erklärungsmodell für die Einflussnahme auf Politikergebnisse dar. Das neokonservative Netzwerk, das sich einem Regimewechsel im Irak verschrieben hat, besteht aus konzentrischen Kreisen, wobei die Neokonservativen um William Kristol den ideologischen

[19] Das Konzept der Advocacy Coalition wurde von Paul Sabatier im Hinblick auf die Frage nach Erklärungsmustern für den *policy* Wandel entwickelt: Paul A. Sabatier, "An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy-Oriented Learning therein," *Policy Sciences* 1988, S. 129-168; ---, *Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach*, Boulder, Colorado: Westview Press, 1993. Bei einer Evaluation des Modells 1999 kommen Sabatier und Jenkins-Smith zu dem Ergebnis, dass zukünftig empirische Forschung anhand dieses Modells sich auf „the role of coalitions in diffusing policy innovations and ideas among units of government“ stützen sollte, da hier noch nicht ausreichend Erkenntnisse vorlägen: Paul A. Sabatier und Hank C. Jenkins-Smith, "The Advocacy Coalition Framework: An Assessment," in: Paul A. Sabatier (Hrsg.), *Theories of the Policy Process*, *Theoretical Lenses in Public Policy Series*, Boulder, Colorado: Westview Press, 1999, S. 117-166. Die Anwendung von *policy* oder epistemischen Gemeinschaften als konzeptueller Rahmen zur Analyse des Einflusses von Think Tanks wird von Donald E. Abelson diskutiert: Donald E. Abelson, *Do Think Tanks Matter? Assessing the Impact of Public Policy Institutes*, Montréal: McGill-Queen's Univ. Press, 2002.

Kern darstellen. Andere Mitglieder teilen zwar das gleiche Politikvorhaben, jedoch nicht mit identischer Motivation.

Im zweiten Teil der Arbeit (Kapitel 3 und 4) werden die Ideen der Neokonservativen mit den Überzeugungen Bushs und seinem außenpolitischen Beraterteam in Bezug gesetzt und der Einfluss auf die Entscheidung zum Irakkrieg 2003 untersucht. Gemäß der Grundannahme der *presidential politics* beeinflussen einerseits Weltbilder und andererseits der Regierungsstil des Präsidenten die politischen Entscheidungen. Im dritten Kapitel werden daher die Weltanschauung Bushs und seines Beraterteams analysiert. Der Regierungsstil Präsident Bushs gibt Aufschluss über die Einflussmöglichkeiten und die Rolle der Berater auf Kabinettsebene. Da Bush auf dem Gebiet der Außenpolitik bei Amtsantritt über relativ wenig Wissen und Erfahrung verfügte, gewannen die Einschätzungen der Berater an Gewicht.

Im vierten Kapitel wird der Einfluss der Neokonservativen auf die Entscheidung zum Irakkrieg aus der Perspektive des Politikzyklus untersucht, der aus verschiedenen Phasen besteht: Agenda Setting, Politikformulierung, Politikimplementierung und Evaluation.[20] Im Rahmen dieser Arbeit werden hier Agenda Setting und Politikformulierung untersucht. Nach den Terroranschlägen vom 11. September waren die Neokonservativen in der Lage, ihre Agenda des Regimewechsels im Irak in den Vordergrund zu rücken. Die Reaktion auf die Terroranschläge wurde auf einen weltweiten Kampf gegen den Terrorismus ausgedehnt und mit einer langfristig angelegten Neuausrichtung der außenpolitischen Strategie verknüpft. Durch den Entwurf des Bedrohungsszenarios von Massenvernichtungswaffen, die möglicherweise in die Hände terroristischer Vereinigungen geraten könnten, gelangte das Politikvorhaben des Regimewechsels im Irak auf die Tagesordnung. Die neokonservativen Think Tanks warben in Abstimmung mit der Administration in der Öffentlichkeit für die Unterstützung eines Regimewechsels durch eine militärische Intervention.

*Literatur und Forschungsstand*

Ausgehend von den in der Forschungsliteratur präsentierten Thesen wurden zur Bearbeitung der Fragestellung der vorliegenden Arbeit Experteninterviews durchgeführt, die die Quellenbasis insbesondere für die Analyse des Policy Netzwerks der Neokonservativen

[20] Peter DeLeon, "The Stages Approach to the Policy Process: What has it done? Where is it going?" in: Paul A. Sabatier (Hrsg.), *Theories of the Policy Process*, Boulder, Colorado: Westview Press, 1999, S. 19-32; Adrienne Héritier, "Policy-Analyse: Elemente der Kritik und Perspektive der Neuorientierung," in: Adrienne Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung*, *Politische Vierteljahresschrift*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1993, S. 9-36; Volker von Prittwitz, *Politikanalyse*, Opladen: Leske + Budrich, 1994.

bilden. Die Leitfadeninterviews sind im Februar und März 2004 mit Mitgliedern des neokonservativen Netzwerks geführt worden. Thematisch wurden in den Interviews die Definition der neokonservativen Ideologie, die Identifizierung des neokonservativen Netzwerks und die politische Agenda der Neokonservativen behandelt. Dabei wurden nicht nur Mitglieder des Netzwerks aus Think Tanks und Regierungskreisen befragt, sondern auch außenstehende Experten und Politikwissenschaftler. Zwar hat die Verfasserin sich bemüht, auch die danach veröffentlichte Literatur und Stellungnahmen in die Analyse einzuarbeiten, die Ausführungen spiegeln aber im Wesentlichen den Kenntnisstand bis einschließlich Mai 2004 wieder.

Zur Außenpolitik der Bush Administration liegen zahlreiche Zeitschriftenaufsätze und Monographien vor, auf die diese Arbeit zurückgreift. Besonders hervorzuheben im Hinblick auf die Untersuchung der Entscheidung zum Irakkrieg sind die Darstellungen Bob Woodwards, „Bush At War“ (2003) und „Plan of Attack“ (2004), die zwar einen einmaligen Einblick in das Getriebe der Macht im Weißen Haus und die Entscheidungsmechanismen der Bush Regierung gewähren, aufgrund der schwer nachvollziehbaren Quellenlage jedoch kritisch gesehen werden müssen.[21] Der Autor dieser Bücher verfügt jedoch über einzigartigen Zugang zu den Akteuren, die er hinlänglich interviewt hat, sowie zu persönlichen Notizen, Kalendereinträgen, Telefonaufzeichnungen, Memos, Briefen und amtlichem Schriftverkehr. Auch im Rahmen der Untersuchungskommission zum 11. September 2001 (*The National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States*), deren Anhörungen öffentlich waren, ist Licht auf die außenpolitischen Entscheidungsmechanismen der Regierung gefallen.[22]

Die Biographien der Mitglieder des außenpolitischen Beraterteams George W. Bushs wurden von James Mann ausführlich dargestellt: „Rise of the Vulcans: The History of Bush’s War Cabinett“ (2004).[23] Mann argumentiert jedoch, dass die ideologischen Unterschiede zwischen den einzelnen Individuen nicht groß genug seien, um eine weitere Differenzierung zu rechtfertigen und schenkt den Neokonservativen keine gesonderte Beachtung. Eine fundierte Untersuchung des Einflusses der Neokonservativen auf die Außenpolitik der Bush Regierung unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Dimension haben Stephan Halper

---

[21] Bob Woodward, *Bush at War*, New York, et al.: Simon & Schuster, 2002; ---, *Plan of Attack: The Road to War*, New York: Simon & Schuster, 2004.

[22] *The 9/11 Commission Report*, The National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States, 2004.

[23] James Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, New York: Viking, 2004.

und Jonathan Clarke unter dem Titel „America Alone: The Neoconservatives and the Global Order“ (2004) vorgelegt.[24] Halper und Clarke vertreten die These, dass die Neokonservativen nach den Terroranschlägen vom 11. September einen seit langem bestehenden Masterplan aus der Schublade gezogen und mit dem Titel „Krieg gegen den Terrorismus“ versehen haben. Das erste Kapitel der vorliegenden Arbeit beschäftigt sich mit dem Masterplan und der Agenda der Neokonservativen, um den Einfluss der Neokonservativen angemessen beurteilen zu können.

[24] Stefan A. Halper und Jonathan Clarke, *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge: Cambridge University Press, 2004.

# I. Die Intellektuelle Tradition der Neokonservativen

Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten die Neokonservativen der ersten Generation bereits das Ende des Neokonservatismus verkündet und einen Nachruf auf denselben veröffentlicht.[25] Stellt die Weltanschauung der *democratic globalists* eine Wiedergeburt der Neokonservativen dar oder handelt es sich vielmehr um einzelne Elemente, die eine Verwandtschaft beider suggerieren? Während zu Zeiten des Kalten Krieges der stark ausgeprägte Antikommunismus als einigender Grundkonsens wirkte, teilen die Neokonservativen der zweiten Generation den Glauben an den Export der amerikanischen Werte und die uneingeschränkte Hegemonialstellung der Vereinigten Staaten als Garant des Friedens und der Sicherheit. Beide Auffassungen beruhen auf der Annahme, dass die USA moralisch überlegen und ein Engagement auf internationaler Ebene zur Sicherung amerikanischer Interessen unverzichtbar sei. Neben der ideologischen Verwandtschaft der beiden Generationen besteht ein hoher Grad an Vernetzung zwischen den Akteuren, der teilweise auch auf tatsächlichen Verwandtschaften beruht und auf Kontinuität hinweist. Zunächst soll jedoch der Ursprung und die Entwicklung der neokonservativen intellektuellen Tradition im 20. Jahrhundert untersucht werden, indem schlaglichtartig Ereignisse und Diskurse, die zu Kristallisationspunkten der Ideologie der Neokonservativen wurden, beleuchtet werden.

## I.1. Von Trotzki zu Reagan – Die verstoßenen Liberalen[26]

Die Neokonservativen waren auch in der Vergangenheit zu keinem Zeitpunkt eine zentral organisierte politische Bewegung, sondern eine Gruppe oder ein Klan von Individuen, die ähnliche Ideen und Auffassungen vertraten und als liberale Intellektuelle vor allem mittels Veröffentlichungen in Zeitschriften wie *The Public Interest* und *Commentary* zu den politischen Debatten der Zeit beitrugen.[27] Es wäre also falsch, ein monolithisches Bild dieser Gruppe zeichnen zu wollen. Martin Lipset hat darauf hingewiesen, dass die Wahrnehmung der Neokonservativen als eine kohärente Gruppe auf einem Phänomen beruht, welches von Soziologen als *labeling* bezeichnet wird. Michael Harrington, der Vorsitzende der *Democratic*

---

[25] Norman Podhoretz, "Neoconservatism: A Euology," *Commentary* 101 (3), 1996, S. 19.

[26] Der englische Begriff *liberal* wird hier als liberal übersetzt, es bestehen jedoch inhaltliche Unterschiede: Während dem deutschen Verständnis nach Liberale für möglichst wenig staatliche Intervention eintreten, wird von den *liberals* in Abgrenzung von den *libertarians* eine aktive, regulierende Rolle des Staates akzeptiert.

[27] Die von Gillian Peele gewählte Bezeichnung ‘Klan’ scheint als besonders treffend, da sie die soziale Komponente der Gruppe in Form von Verwandtschaften und persönlichen Freundschaften zwischen den Mitgliedern berücksichtigt: Gillian Peele, *Revival and Reaction: The Right in Contemporary America*, Oxford: Clarendon Press, 1984, S. 20.

*Socialists*, benutzte 1976 den Begriff, um die bisher als „right wing social democrats" wahrgenommenen Individuen aus dem Kreis der Liberalen und der Linken auszugrenzen. Das Label „neokonservativ" rief bei Mitgliedern der Linken und ihren Gegnern gegensätzliche Reaktionen hervor. Während viele Freunde und Verbündete die Neokonservativen als Überläufer oder Abtrünnige wahrnahmen, erregte die Bezeichnung auf der Seite der traditionellen Rechten große Aufmerksamkeit. Die Republikaner hatten schon lange über fehlende Unterstützung von Intellektuellen geklagt und witterten nun eine Chance, die Neokonservativen für sich zu gewinnen und die eigene Politik durch den Beitrag der Intellektuellen zusätzlich zu stärken.[28]

### *I.1.a. Vom Kommunismus zum Liberalen Grundkonsens*

Der selbsternannte Pate des Neokonservatismus, Irving Kristol, wuchs im New York der 1930er Jahre auf, wo er vorübergehend mit den Ideen der Trotzkisten sympathisierte.[29] Andere vorwiegend jüdische Intellektuelle aus New York, die zu der Gruppe der Neokonservativen in den 1960er gezählt werden, teilen einen ähnlichen Hintergrund. Auch Daniel Bell, Mitbegründer der Zeitschrift *The Public Interest* und Soziologieprofessor an der Columbia University und in Harvard, Seymor Martin Lipset, Professor der Soziologie und Politikwissenschaften an der Stanford University und Harvard, Nathan Glazer, Soziologieprofessor und Mitherausgeber der Zeitschrift *The Public Interest* und später Daniel Patrick Moynihan, Senator des Staates New York, besuchten das New York City College in den 1930er Jahren und gehörten auf dem Campus der linken Szene an.[30] Im Mittelpunkt der politischen Diskussion innerhalb der Linken in den 1930er und 1940er Jahren, an der sich hauptsächlich Trotzkisten und die Anhänger der anti-kommunistischen *American Socialist Party* beteiligten, stand der Sozialismus und der Marxismus, das Wesen der Sowjetunion, sowie der spanische Bürgerkrieg. Die Protagonisten der Neokonservativen vertraten in den 1930ern bereits vorwiegend anti-stalinistische Standpunkte. Nach dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges verloren die Trotzkisten, deren Ansichten unter amerikanischen Intellektuellen sehr beliebt waren, an Popularität und somit viele Anhänger. Durch die Ereignisse der

---

[28] Seymour Martin Lipset, *Neoconservatism: Myth and Reality, Ernst Fraenkel Vorträge zur amerikanischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Geschichte*, Berlin: John F. Kennedy Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität, 1988, S. 10.

[29] Irving Kristol hat seine autobiographischen Memoiren über die Formulierung seiner intellektuellen Ansichten zusammen mit gesammelten Aufsätzen 1995 in einem Band herausgegeben: Irving Kristol, *Neoconservatism: The Autobiography of an Idea*, New York: Free Press, 1995.

[30] Peter Steinfels, *The Neoconservatives: The Men who are Changing America's Politics*, New York: Simon & Schuster, 1979, S. 82.

Nachkriegsjahre, in denen der totalitäre Charakter und die anti-semitischen Tendenzen des Stalinismus immer deutlicher zutage traten, wuchs der Anti-Stalinismus als Grundlage für den antikommunistischen Konsens, der bis zum Vietnamkrieg in den 1960ern Liberale und Konservative einte.[31] Der liberale außenpolitische Grundkonsens beruhte auf der Annahme, dass freie Gesellschaften gestärkt und gegen Angriffe verteidigt werden müssten, und dass Totalitarismus und Demokratie nicht nebeneinander existieren könnten. Daraus folgte, dass der Kommunismus eingedämmt (*containment*) werden müsse, wie u.a. Arthur Schlesinger, Jr. in dem Buch *The Vital Center* ausführte.[32] Während sich die Fronten im Kalten Krieg verhärteten, entsprang eine Kontroverse zwischen den Anhängern der Strategie der Eindämmung und den Befürwortern einer aktiven Politik des Zurückdrängens des Kommunismus (*roll back*), die über den gesamten Zeitraum des Kalten Kriegs mit unterschiedlicher Intensität geführt wurde.

### *I.1.b. Vietnamkrieg und Zersplitterung der Liberalen*

Als in den späten 1960er Jahren erneut eine Diskussion unter den Liberalen entbrannte, in der die Revisionisten die Ursprünge und die zugrunde liegende Logik des Kalten Krieges und insbesondere den Vietnamkrieg hinterfragten, zerbrach der liberale Grundkonsens. Im Zentrum der Kontroverse, die unter anderem von dem Historiker William Appleman Williams angefacht wurde, stand die These, dass die amerikanische Außenpolitik expansionistisch sei und das Hauptziel verfolge, neue Absatzmärkte für amerikanische Produkte zu erschließen. Die Ursprünge des Kalten Krieges seien auf den amerikanischen Impuls zurückzuführen, die Sowjetunion dazu zwingen zu wollen, „to accept America's traditional conception of itself and the world".[33] Die Eskalation des Vietnamkriegs bot einen Nährboden für revisionistische Kritiker des antikommunistischen Grundkonsens.[34] Die allgemeine Debatte zwischen liberalen Dissidenten, Intellektuellen und moderaten Republikanern stellte den Umfang, die ideologische Ausrichtung sowie die Mittel und Ziele der amerikanischen Außenpolitik in Frage. Die Kritik am Vietnamkrieg weitete sich immer mehr in andere Bereiche aus, bis sie

---

31 Lipset, *Neoconservatism: Myth and Reality*, S. 8.

32 Arthur M. Schlesinger, *The Vital Center: The Politics of Freedom*, Cambridge, Mass.: Riverside Press, 1962, S. 10, 235.

33 William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, Rev. and enl. ed., 14. print. Ausgabe, New York: 1962, S. 150.

34 Williams Ideen wurden von Historikern wie Walter LaFeber, Lloyd Gardner und Thomas McCormick aufgegriffen und weiterentwickelt. Lloyd C. Gardner, Walter F. LaFeber, und Thomas J. McCormick (Hrsg.), *Creation of the American Empire: U.S. Diplomatic History*, Chicago, London: Rand McNally: 1973; Walter LaFeber (Hrsg.), *The Origins of the Cold War, 1941-1947: A historical Problem with Interpretations and Documents*, New York [u.a.]: Wiley: 1971.

schließlich das Fundament der amerikanischen Gesellschaft erfasste. Die zentralen Pfeiler des liberalen gesellschaftlichen Grundkonsens, das Engagement im Kalten Krieg, der Glaube an die Möglichkeit des friedlichen sozialen Wandels und an die amerikanische Kultur sowie das Vertrauen in die amerikanische Wirtschaft, begannen zu wanken. Gewalttätige Zusammenstöße in den Innenstädten, Studenten- und Rassenunruhen, politisch motivierte Morde an Martin Luther King und Robert Kennedy, sowie der Aufstieg der *counterculture* stürzten die USA in eine Identitätskrise und erschütterten die Grundfeste der amerikanischen Demokratie. Die Unruhen schufen langfristig Raum für einen reaktionären Aufstieg der Konservativen.[35]

### *I.1.c. Entfremdung von der Demokratischen Partei*

Der Zerfall des liberalen Konsenses führte zur Zersplitterung der Demokratischen New Deal Koalition, aus welcher die Neokonservativen als eine Gruppierung hervorgingen. Auf den Seiten der Zeitschriften *The Public Interest* und *Commentary*, die vom American Jewish Committee herausgegeben wurde, warnten Irving Kristol, Norman Podhoretz, Daniel Patrick Moynihan und Nathan Glazer vor den Gefahren des Radikalismus in der Innenpolitik, dem Wuchern des Wohlfahrtsstaats und dem sowjetischen Expansionismus in der internationalen Politik. Anfang der 1970er übten sie harsche Kritik an den „New Left Radicals“, in deren Politik sie eine Mischung aus Sympathisierung mit Anarchie und Entschuldigungen für Autoritatismus sahen, die eine Bedrohung für die liberale Demokratie darstellte.[36] Die Nominierung des Demokratischen Präsidentschaftskandidats George McGovern wurde von den Neokonservativen als Übernahme der Demokratischen Partei durch linke Radikale angesehen. „McGovern’s candidacy signaled the capture of the Democratic Party by the hard left, who had taken control of it through a lethal combination of radical opposition to the war in Vietnam, the radicalization of the civil rights movement, and women’s liberation.”[37]

Die Intellektuellen, die die Demokratische Partei in die außenpolitische Tradition Franklin D. Roosevelts, Harry Trumans und John F. Kennedys stellen wollten, fanden sich 1973 unter dem Namen „Coalition for a Democratic Majority“ (CDM) mit dem Ziel zusammen, die Demokraten nach der vernichtenden Niederlage McGoverns gegen Richard

---

[35] Alan Brinkley, "1968 and the Unraveling of the Liberal America," in: Carole Fink, Philipp Gassert, und Detlef Junker (Hrsg.), *1968 - The World Transformed*, Cambridge, UK: Cambridge University Press, 1998, S. 228.

[36] John Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*, New Haven [u.a.]: 1995, S. 35.

[37] Midge Decter, *An Old Wife's Tale: My Seven Decades in Love and War*, New York: Regan Books, 2001.

Nixon 1972 in die andere Richtung zu lenken und „[to] fight this battle for the soul of the Democratic party at the level of ideas and issues."[38] Sie unterstützten Senator Henry M. „Scoop" Jackson aus Washington, der außenpolitisch für strikten Antikommunismus und eine starke Verteidigung eintrat.[39] Doch eine Nominierung Jacksons kam nicht zustande und die Anstrengungen der Neokonservativen bewirkten im Ergebnis lediglich die eigene Isolation im Demokratischen Lager.

Die Entfremdung der Neokonservativen von den Demokraten wurde durch die Entwicklungen innerhalb der Partei noch verstärkt. Die Demokratische Partei geriet Mitte der 1960er Jahre zunehmend in Schwierigkeiten, was einerseits auf einige Finanz- und Patronageentscheidungen Präsident Lyndon B. Johnsons, andererseits auf das Aufbrechen der New Deal Koalition zurückzuführen war. 1968 begann ein parteiinterner Reformprozess zur Umgestaltung der Partei im Sinne partizipatorischer Demokratie. Dieser auch als *New Politics* bezeichnete Ansatz wurde von den Neokonservativen scharf kritisiert, da es durch die neuen Regelungen gelungen sei, McGovern mit höchstens 25% der bei den Vorwahlen abgegebenen Gesamtstimmen zu wählen. Die Neokonservativen deuteten dies als ein *hijacking* der Partei durch die Linke.[40]

Gleichzeitig wurden die abgespaltenen Liberalen von den Republikanern umworben, doch war ein Großteil der Intellektuellen in ihren innenpolitischen Ansichten dem New Deal *Progressivism* noch zu sehr verhaftet, als dass sie Anfang der 1970er das politische Lager gewechselt hätten. 1969 versuchte Präsident Richard Nixon Henry Jackson als Verteidigungsminister für seine Regierung zu gewinnen, doch dieser lehnte ab. Bei der darauffolgenden Wahl drängten die Republikaner die neokonservativen Intellektuellen, sich öffentlich für Nixon einzusetzen und nicht für die „Taube" McGovern. Irving Kristol war jedoch der einzige, der Nixon unterstützte. Innerhalb der Demokratischen Partei wurden die außenpolitischen Hardliner zudem zunehmend marginalisiert. Nachdem eine Nominierung Jacksons nicht zustande gekommen war, hatte die CDM Jimmy Carter unterstützt und ihm nach dessen Wahlsieg 1976 eine Liste mit 60 Namen für mögliche Posten in seiner Administration zukommen lassen. Nur einer der vorgeschlagenen Personen, Peter Rosenblatt,

---

[38] Ben Wattenberg, Mitbegründer der CDM, zitiert in: Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*, S. 60.

[39] Lipset, *Neoconservatism: Myth and Reality*, S. 11.

[40] Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*, S. 57 f.

erhielt eine Ernennung (zum *Special Representative of Micronesia*). Von der Außenpolitik Carters waren die Neokonservativen enttäuscht.[41]

Norman Podhoretz nutzte seit 1970 eine monatliche Kolumne in der Zeitschrift *Commentary* als Forum, um die Neue Linke in so verschiedenen Bereichen wie Sozialpolitik, Kunst und Kultur sowie Außenpolitik zu attackieren. Diese Angriffe, die auf einem ausgeprägten Wertkonservatismus basierten, fanden in der konservativen Medienlandschaft großen Widerhall. So lenkte das *Wall Street Journal* die Aufmerksamkeit auf die „de-radikalisierten" Intellektuellen Norman Podhoretz (der als „improbable conservative" bezeichnet wurde), Irving Kristol, Midge Decter und Nathan Glazer, während ein Artikel in der New York Times den Wandel der ideologischen Bezeichnungen der Intellektuellen untersuchte und zwischen Liberalen, Radikalen, moderaten Neokonservativen und konservativen Liberalen zu differenzieren versuchte.[42] Mitte der 1970er Jahre hatte das Label „neokonservativ" sich bei Freund und Feind durchgesetzt, lediglich die Neokonservativen selbst standen der Bezeichnung mehrheitlich skeptisch gegenüber. Irving Kristol erklärte 1976: „Some of my friends who have been identified as fellow neoconservatives are less complaisant about this business. Daniel Patrick Moynihan, for instance, suggests that he is a modern version of a Wilsonian progressive. Prof. Daniel Bell of Harvard asserts that he is, as he always had been, a right-wing social democrat."[43]

### *I.1.d. Weltanschauung der Neokonservativen*

Die Unzufriedenheit mit der Bezeichnung rührte vor allem aus der Tatsache, dass die einzelnen Individuen dieser Gruppierung über eine große Bandbreite von Ansichten verfügten, die sich schwer generalisieren ließen. Die meisten Neokonservativen sahen sich zunächst weiterhin als Demokraten, lediglich Irving Kristol wechselte 1972 ins Republikanische Lager und unterstützte Richard Nixon. Zwar vertraten alle Neokonservativen in den 1950er und 1960er Jahren den antikommunistischen liberalen Konsens, doch standen andere Themen im Vordergrund. Midge Decter und Daniel Patrick Moynihan beispielsweise widmeten sich hauptsächlich kulturellen, sozialpolitischen und anderen innenpolitischen Themen. Die Neokonservativen hoben sich dadurch hervor, dass sie in den 1960ern eben nicht von der im liberalen antikommunistischen Konsens vertretenen Auffassung abwichen, die von einem Großteil der Gruppe auch bereits in den 1930ern vertreten worden war. Die

---

41 Lipset, *Neoconservatism: Myth and Reality*, S. 11.
42 Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*, S. 43.
43 zitiert in: Lipset, *Neoconservatism: Myth and Reality*, S. 13.

kulturellen Aspekte der Außenpolitik sowie die Bedeutung von Ideologie in den internationalen Beziehungen wurden von den Neokonservativen in den 1970ern nach wie vor für wichtig erachtet.[44]

Irving Kristol, der als einziger das Label recht schnell für sich akzeptiert hatte, unternahm 1976 in dem Artikel „What is a neo-conservative?“ den Versuch, eine Definition der Neokonservativen vorzulegen. Kristol beschrieb den “vague consensus that seems to affiliate men and women who are frequently not even aware that they are part of a tendency, much less a neo-conservative one”, der viel Raum für verschiedene Präferenzen einzelner Individuen ließ.[45] Er stellte fest, dass die Neokonservativen dem Staat bei der Lösung sozialer gesamtgesellschaftlicher Probleme eine aktive Rolle zuschrieben, die er auf die Formel „being for the welfare state, opposed to the paternalistic state“ brachte, um die Kritik am Staat als übermächtige Bürokratie, die in die Privatsphäre des Einzelnen eindringt, zum Ausdruck zu bringen. Lyndon B. Johnsons Version des Wohlfahrtsstaats, der *Great Society*, standen die Neokonservativen eher skeptisch gegenüber. Kristol erklärte weiterhin, die Neokonservativen vertrauten auf die Kräfte der Marktwirtschaft, solange die Freiheiten des Individuums gewahrt blieben und sie verteidigten traditionelle Werte gegen deren Unterminierung durch die *counterculture*. Der *counterculture* begegneten sie mit der dem amerikanischen Exzeptionalismus verwandten Überzeugung, dass die amerikanische Gesellschaft, gleichgültig wie viele Makel sie aufzeigte, im Grunde anderen Gesellschaften moralisch überlegen sei.[46] Der Neokonservatismus bestätigte den traditionellen amerikanischen Gleichheitsgedanken, lehnte den Egalitarismus als Extrem jedoch ab. Die Neokonservativen waren ausgesprochene Kritiker von *affirmative action*, der staatlichen Regelung zur Gleichberechtigung bzw. Bevorzugung von Minderheiten, und dem sogenannten *busing*, dem Bustransfer von weißen Schulkindern in schwarze Stadtteile und umgekehrt, um ein ausgewogenes Verhältnis der Rassen im Schulsystem zu gewährleisten.[47] Im Bereich der Außenpolitik sah Kristol einen Konsens der Neokonservativen in der Kritik des „post-Vietnam isolationism“ sowie dem Konzept der Détente.

Zum Zeitpunkt des Amtsantritts von Jimmy Carter vertraten die Neokonservativen einen anti-sowjetischen, pro-israelischen außenpolitischen Kurs, der die amerikanischen Interessen

---

44 Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*, S. 46 f.
45 Irving Kristol, "What is a Neo-Conservative?" *Newsweek*, 19. Januar 1976.
46 Godfrey. Hodgson, *The World turned Right Side up: A History of the Conservative Ascendancy in America*, Boston: Houghton Mifflin, 1996, S. 133.
47 Steinfels, *The Neoconservatives: The Men who are Changing America's Politics*, S. 50.

im Nahen Osten schützen sollte. Sie waren der Ansicht, die Sowjetunion sei im Begriff, sowohl hinsichtlich konventioneller als auch nuklearer Streitkräfte Aufrüstung zu betreiben, und würde uneingeschränkt das Ziel verfolgen, amerikanischen Einfluss zu reduzieren. Die Carter Administration hingegen sah von der Sowjetunion keine expansionistische Bedrohung ausgehen und setzte auf einen kooperativen Kurs, insbesondere im Hinblick auf Rüstungskontrolle. Infolgedessen kam es zu einem Bruch der Neokonservativen mit der Administration und schließlich auch mit der Demokratischen Partei.[48] Zeitgleich kam es zu einer Annäherung an die Republikanische Partei, die aus der mit dem Watergate Skandal verknüpften Krise in den 1970er Jahren gestärkt hervorging.

### *I.1.e. Wandel der Republikanischen Partei*

Der Parteiwechsel einiger Neokonservativer spielte sich zudem vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden Wandels der Parteienlandschaft und dem Aufstieg der Neuen Rechten ab, in dem traditionelle Wählerkoalitionen aufgebrochen und neugemischt wurden. Ein gravierender struktureller Wandel innerhalb eines Jahrzehnts (1965-1975) hatte dafür gesorgt, dass im Süden große Teile der konservativen weißen Bevölkerung, die bisher für die Demokraten gestimmt hatten, nun ihre Stimmen den Republikanern gaben. Themen der *Culture Wars* wie das Equal Rights Amendment, Abtreibung, Schulgebete und Rechte der Homosexuellen veranlassten viele evangelikale Christen dazu, sich politisch zu engagieren. Organisationen wie die *Moral Majority* und die *Christian Right* gaben den Republikanern Aufschwung und trugen neue Wählerstimmen bei. Gleichzeitig begann das Vertrauen der Amerikaner in das Vermögen des Staates, soziale Probleme zu lösen, und damit verbunden die Bereitschaft hohe Abgaben zu zahlen, zu schwinden.[49] Infolge der ideologischen Polarisierung zwischen den Parteien hat vor allem im Süden der USA ein Realignment[50] der Partiezugehörigkeit stattgefunden, bei dem einzelne Themen eine viel größere Rolle gespielt haben, als die traditionelle Parteiloyalität der Familie.[51] Dieser Trend ist auch bei den Neokonservativen in diesem Zeitraum zu beobachten.

---

[48] Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994,* S. 98 f.

[49] Hodgson, *The World turned Right Side up: A History of the Conservative Ascendancy in America*, S. 175 ff.

[50] *Realignment* bezeichnet die langfristige Neuausrichtung von Parteiidentifikation und damit einhergehend die Neuformation von Partei-Wähler-Koalitionen.

[51] So stellen Abramowitz und Saunders beispielsweise fest, dass 1978 56% der Konservativen, die von „Demokratischen" Eltern erzogen wurden, die Demokratische Partei der Republikanischen (32%) vorzogen. 1994 hingegen bevorzugten 63% dieser Konservativen die Republikanische Partei (gegenüber 28% die Demokratische Partei). Alan I. Abramowitz und Kyle L. Saunders, "Party Polarization and Ideological

Auch im Bereich der Außenpolitik machte sich große Unzufriedenheit bemerkbar. Der Vertrag über die Rückgabe des Panama Kanals, den Präsident Carter 1977 unterzeichnet hatte, veranlasste die Neue Rechte eine Kampagne zu starten, in der die Vereinbarung als ein erster Schritt zur Auflösung der Vereinigten Staaten dargestellt wurde.[52] Es mehrten sich die Stimmen, die meinten, eine Expansionspolitik der Sowjetunion zu beobachten und die harsche Kritik an der Entspannungspolitik des Nationalen Sicherheitsberaters und Außenministers unter Richard Nixon und Gerald Ford, Henry Kissingers, übten. Der Politikwissenschaftler und Spezialist für Nuklearstrategien Albert Wohlstetter warnte in einer Reihe von Artikeln, die 1974 in der Zeitschrift *Foreign Policy* veröffentlicht wurden, vor Fehleinschätzungen der Geheimdienste bezüglich der militärischen Kapazitäten und Absichten der Sowjetunion.[53] Daraufhin stimmte Präsident Ford 1974 der Einsetzung einer Kommission zur unabhängigen Einschätzung der sowjetischen militärischen Kapazitäten und strategischen Zielen zu.[54] Das sogenannte Team B, dem unter anderem auch Paul Wolfowitz angehörte, legte 1976 einen Bericht vor, in dem es zu dem alarmierenden Ergebnis kam, dass die militärischen Kapazitäten der Sowjetunion tatsächlich viel größer seien, als die Einschätzungen der Central Intelligence Agency (CIA) vermuten ließen.[55] Parallel zum Team B, das dem Präsidenten verpflichtet war und dessen Ergebnisse geheim waren, wurde 1976 u.a. auf private Initiative von Paul Nitze, einem der Architekten des liberalen antikommunistischen Konsens nach dem zweiten Weltkrieg und Mitautor des berühmten Sicherheitspapiers NSC 68, das *Committee on the Present Danger* (CPD) mit dem Ziel der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit insbesondere gegen den Rüstungskontrollvertrag SALT II ins Leben gerufen.[56]

Bemerkenswert war, dass in dieser Organisation eine Vielzahl von unterschiedlichen Gruppierungen auf überparteilicher Grundlage zusammenarbeiteten. Der Parteizugehörigkeit nach waren ca. 60% der Mitglieder Demokraten und 40% Republikaner, und es waren ebenso Intellektuelle wie Militärs, Traditionalisten wie Neokonservative vertreten.[57] Andererseits war

---

Realignment in the U.S. Electorate, 1976-1994," in: L. Sandy Maisel (Hrsg.), *The Parties Respond: Changes in American Parties and Campaignes*, Boulder, Colo.: Westview Press, 1998, S. 138 f.

52 Hodgson, *The World turned Right Side up: A History of the Conservative Ascendancy in America*, S. 229.

53 Albert Wohlstetter, "Is there a Strategic Arms Race?" *Foreign Policy* 15, 1974; ---, "Is there a Strategic Arms Race? (II): Rivals, but no 'Race'," *Foreign Policy* 16, 1974.

54 Hodgson, *The World turned Right Side up: A History of the Conservative Ascendancy in America*, S. 234.

55 Don Oberdorfer, "Report Saw Soviet Buildup for War, CIA Declassifies Controversial 1976 "Team B" Analysis," *The Washington Post*, 12. Oktober 1992.

56 Das CPD sah sich jedoch nicht als Lobbyorganisation, sondern als „nonprofit research and educational organization“, wodurch Spenden an das Committee steuerlich absetzbar waren.

57 Gegründet wurde das CPD von Paul Nitze, Henry Fowler, dem Finanzminister unter Präsident Johnson, Charles Walker, der Finanzminister unter Präsident Ford und Lobbyist für Steuersenkung, David Packhard,

die Arbeit des CPD von überragender Bedeutung für die Formulierung der Außen- und Verteidigungspolitik der folgenden Reagan Administration, wie Ronald Reagan, der Mitglied des Board of Directors war, in einem Brief drei Tage nach seinem Wahlsieg am 7. November 1980 zum Ausdruck brachte:

> The work of the Committee on the present danger has certainly helped to shape the national debate on important problems. Your work will continue, because it is the embodiment of a truly bipartisan approach to the formulation of national security policy. My pledge to develop a broad consensus in this vital field is one which will have priority status in my administration.[58]

Ebenso wie die Neokonservativen sah Reagan es als ein Hauptziel an, einen neuen gesellschaftlich außenpolitischen Konsens herzustellen. Die Neokonservativen unterstützten die Stoßrichtung des CPD, verfügten allerdings nicht über technisches Detailwissen der Materie, so lud Podhoretz Mitglieder des CPD ein, ihre Ansichten in der Zeitschrift *Commentary* zu veröffentlichen. Die Neokonservativen betonten zudem die moralische Komponente des Antikommunismus, indem sie den totalitären Charakter des Sowjetregimes anprangerten. Ihre Aufmerksamkeit richtete sich zunehmend auf die Menschenrechtsverletzungen der Sowjetunion, wobei gleichzeitig die Kritik an anderen Diktatoren wie z.B. General Pinochet in Chile nachließ.[59] Jeane Kirkpatrick hatte 1979 in „Dictatorship and Double Standards" die Zusammenarbeit mit autoritären Regimen verteidigt, da diese im Gegensatz zu totalitären Regimen noch zu einem langsamen demokratischen Wandel in der Lage seien. Zudem sei die Entwicklung von Demokratie abhängig von der politischen und sozialen Basis, die eine Mehrheitsregierung unter Respektierung der Rechte der Minderheiten unterstützte, und könne nicht durch eine Revolution über Nacht stattfinden.[60]

---

der Gründer des Computerherstellers Hewlett Packard und Eugene Rostow, Dekan der Yale Law School. Weitere Mitglieder waren Dean Rusk, Außenminister unter John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, Lane Kirkland, der Vorsitzende der AFL-CIO (American Federation of Labor – Congress of Industrial Organizations), Max Kampelman, enger Vertrauter des Vizepräsidenten Hubert Humphrey und zukünftig Unterhändler für Rüstungskontrolle der Reagan Administration, Richard Pipes, ein „Jackson" Demokrat, der auch dem Team B angehört hatte, sowie Admiral Elmo R. Zumwalt, Jr., der gerade in den Ruhestand getretene Chief of Naval Operations, desweiteren die Neokonservativen Midge Decter, Jeane Kirkpatrick, Norman Podhoretz, Seymour Martin Lipset und Bayard Rustin. Charles Tyroler (Hrsg.), *Alerting America: The papers of the Committee on the Present Danger. Introd. by Max M. Kampelman*, Washington, D.C.: Pergamon-Brassey's International Defense Publ., 1984.

58 Letter Ronald Reagan to Fellow Board Members and Friends of the Committee on the Present Danger, 7. November 1980, in: Ibid., Appendix 1, S. 329.

59 Hodgson, *The World turned Right Side up: A History of the Conservative Ascendancy in America*, S. 238.

60 Jeane J. Kirkpatrick, *Dictatorships and Double Standards: Rationalism and Reason in Politics*, American Enterprise Institute for Public Policy Research; trans., New York: Simon and Schuster, 1982, S. 23-52.

### *I.1.f. Im Republikanischen Lager*

Nach einem Treffen zwischen Präsident Carter und den Neokonservativen des CDM im Januar 1980 kam es zu einem offenen Bruch über Carters Außenpolitik, infolgedessen die Mehrheit der Neokonservativen sich Carter und den Demokraten nicht mehr verpflichtet fühlten. Dagegen fand Reagans sich abzeichnender außenpolitischer Kurs viel größere Zustimmung. Jeane Kirkpatrick erklärte, dass die „Jackson Democrats" sich von den liberalen Demokraten verstoßen fühlten und wechselte während des Wahlkampfs in das außenpolitische Beraterteam Reagans. Kirkpatrick gab zu, dass der Wechsel in das andere politische Lager dadurch noch attraktiver erschienen war, dass Reagan ernsthafte Aussichten auf Erfolg bei der Präsidentschaftswahl hatte.[61] Ronald Reagan besaß für die ehemals Liberalen zusätzliche Anziehungskraft, da auch er zunächst ein liberaler Demokrat gewesen war und erst im Alter von 51 Jahren der Republikanischen Partei beigetreten war. Für Norman Podhoretz galt er sogar als einer der ersten Neokonservativen.[62]

Jeane Kirkpatrick, Max Kampelman und Richard Perle gehören zu den prominentesten Neokonservativen, die sowohl der CDM als auch dem CPD angehört hatten und in Reagans Administration wichtige Positionen übernahmen. Jeane Kirkpatrick wurde zur ersten weiblichen UN Botschafterin der USA ernannt; Max Kampelman Vorsitzender der U.S. Delegation der Conference on Security and Cooperation in Europe. Richard Perle erhielt den Posten des Assistant Secretary of Defense for International Security und Delegierter bei Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Elliot Abrams, der für Daniel Patrick Moynihan gearbeitet hatte, wurde Assistant Secretary of State for International Organizations und bald darauf Assistant Secretary of State for Human Rights Affairs.[63] Die erste Amtszeit Reagans wurde von den Neokonservativen mehrheitlich als große Chance gesehen, ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Jeane Kirkpatrick setzte eigene Schwerpunkte in der UN Politik, indem sie die demokratischen Werte in den Mittelpunkt stellte und die Außenpolitik der Reagan Administration ideologisch untermauerte.[64] Auch Elliot Abrams betonte die Verbreitung von Demokratie als ein Ziel amerikanischer Außenpolitik und stellte die

---

[61] Lee Edwards, *The Conservative Revolution: The Movement that Remade America*, New York: Free Press, 1999, S. 249.

[62] Podhoretz, "Neoconservatism: A Euology," S. 22.

[63] Die Conference on Security and Cooperation in Europe ist eine unabhängige Organisation, die 1975 von den USA eingesetzt wurde und zum Ziel hatte, Compliance mit der OSZE Schlussakte von Helsinki und anderen Abkommen zu fördern.

[64] Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*, S. 153.

Verbindung zwischen Menschenrechten und Demokratie in den Vordergrund.[65] Es gelang den Neokonservativen in der Reagan Administration, die Wilsonianischen Werte in der Außenpolitik zu betonen. Die Gründung der *National Endowment for Democracy* 1983 wurde als Instrument der Fortführung des liberalen Internationalismus gesehen, wie er von den Neokonservativen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges unterstützt wurde.

Reagans außenpolitischer Kurs in seiner ersten Amtszeit gegenüber der Sowjetunion war jedoch durchaus umstritten, wie die großen Demonstrationen für ein Einfrieren des nuklearen Wettrüstens 1982 beispielsweise belegen, so dass man nicht von einem neuen außenpolitischen Grundkonsens, der vergleichbar mit dem der Nachkriegsjahre wäre, sprechen kann. Reagan bezeichnete die Sowjetunion als „Reich des Bösen" und kündigte die Entwicklung eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems an, die *Strategic Defense Initiative*, die die Logik des atomaren Patts (*Mutual Assured Destruction*) obsolet werden lassen sollte. Er verfolgte unter dem Titel der „Reagan Doktrin" die Strategie, die Sowjetunion in Drittländern herauszufordern und zu schwächen.[66] Während seiner ersten Amtszeit vertrat Reagan damit den härtesten antisowjetischen Kurs seit der Verstetigung des Kalten Krieges.

### I.2. Das Ende des Kalten Krieges – Das Ende der Neokonservativen?

Neokonservative Politiker und Intellektuelle schlugen seit Beginn der 1980er Jahre verschiedene Richtungen ein. Am Ende des Kalten Krieges gingen die Neokonservativen, die in der Reagan Administration aktiv waren, in der konservativen Bewegung auf. Mitte der 1990er Jahre waren die Neokonservativen, die ihre politische Entwicklung als Trotzkisten begonnen hatten, 70 Jahre oder älter, so dass man von einem Generationswechsel sprechen

---

65 Ibid., S. 157 ff. Elliot Abrams Karriere wurde jedoch zeitweise von der Iran-Contra Affaire überschattet, in der er wegen vorsätzlichem Vorenthalten von Informationen verurteilt wurde. George H. W. Bush begnadigte ihn jedoch 1992. George W. Bush ernannte Abrams zum Special Assistant to the President and Senior Director for Democracy, Human Rights, and International Operations at the National Security Council (NSC); seit Dezember 2002 hat er den Posten des Special Assistant to the President and Senior Director of Middle East and North African Affairs im NSC inne.

66 „US policy will seek to […] weaken and, where possible, undermine the existing links between [Soviet Third World allies] and the Soviet Union. US policy will include active efforts to encourage democratic movements and forces to bring about political changes inside these countries." National Security Decision Directive 75, January 1983, zitiert in: James M. Scott, *Deciding to Intervene: The Reagan Doctrine and American Foreign Policy*, Durham: Duke University Press, 1996, S. xiii. Federführend bei der Formulierung der PDD 75 war Richard Pipes, der ebenfalls Mitglied des Board of Directors des CPD war. Besondere Bedeutung kommt dem Papier zu, da es die einzige formelle präsidentielle Direktive der Reagan Administration darstellt, die die Strategien und Ziele gegenüber der Sowjetunion präzisiert. Beth A. Fischer, *The Reagan Reversal: Foreign Policy and the End of the Cold War*, Columbia, Mo.: University of Missouri Press, 1997.

kann. Außerdem traf das besondere Merkmal der Neokonservativen, liberale Ursprünge zu haben, auf die jüngere Generation, der beispielsweise der Sohn Irving Kristols, William Kristol, sowie Charles Krauthammer und Elliot Abrams angehörten, nicht mehr zu. Innerhalb des Republikanischen Lagers unterschieden sich die Neokonservativen vor allem durch ihre Herkunft aus dem Republikanischen Ostküsten-Establishment von den traditionellen Konservativen aus dem Mittleren Westen oder den Südstaaten.[67] Die Unterscheidungsmerkmale der Neokonservativen als New Deal Progressives hatten sich mit der Zeit abgeschliffen.[68]

Der politische Hoffnungsträger der Neokonservativen, Senator Daniel Patrick Moynihan, hatte sich bereits während der ersten Amtszeit Reagans von ihnen distanziert, so dass diese in den Reihen der Demokratischen Partei keine Verbündeten mehr sahen. Die neokonservativen Kommentatoren, die in Norman Podhoretz *Commentary* ihre Ansichten publizierten, hatten den Wandel der Sowjetunion seit 1985 unter Gorbatschow weitestgehend ignoriert und waren in Kaltem-Krieg-Denken erstarrt, so dass sie sich im außenpolitischen Diskurs in den USA ins Abseits manövrierten. Die Nachfolge des in den 1970er Jahren überaus einflussreichen Magazins trat das von Irving Kristol 1985 gegründete *The National Interest* an, dessen Advisory Board viele Neokonservative der ersten Generation angehörten.

### *I.2.a. Das Ende der Geschichte und die Suche nach einer neuen Weltordnung*

In der Orientierungsphase nach dem Ende des Kalten Krieges fand die Reaktion der Neokonservativen auf die Veränderung des Mächtegleichgewichts zunächst keinen Ausdruck in einer gesonderten Position im Hinblick auf die außenpolitische Rolle der USA. Norman Podhoretz kam 1996 zu der Einschätzung, die Neokonservativen seien zum größten Teil Realisten, die einen moderaten Internationalismus vertraten, während nur eine Minderheit für den expansiven Wilsonianischen Interventionismus eintrat, der in dem leidenschaftlichen Antikommunismus des Kalten Krieges seine Wurzeln hatte, so z.B. Joshua Muravchik.[69] Die Neokonservativen waren hauptsächlich im Hinblick auf zwei verschiedene Aspekte amerikanischer Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges gespalten: Inwiefern war es die Mission amerikanischer Außenpolitik, Demokratie zu verbreiten und inwiefern rechtfertigte das nationale Interesse den Einsatz militärischer Macht?

---

[67] Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*, S. 185.
[68] Podhoretz, "Neoconservatism: A Euology," S. 23.
[69] Joshua Muravchik, *Exporting Democracy: Fulfilling America's Destiny*, Washington, D.C.: AEI Press, 1991, S. 226; Podhoretz, "Neoconservatism: A Euology," S. 24.

Die erste Generation der Neokonservativen neigte mehrheitlich zu einer realpolitischen Sichtweise, die das eng definierte nationale Interesse in den Mittelpunkt der Außenpolitik stellte. Jeane Kirkpatrick betonte in ihrem Beitrag „A Normal Country in a Normal Time", „there is no mystical 'mission' or purpose […] no inherent or historical 'imperative' for the U.S. government to seek to achieve any other goal – however great – except as it is mandated by the Constitution […]."[70] Die Aufgabe der amerikanischen Außenpolitik sei einerseits die Unterstützung der amerikanischen Wirtschaftsinteressen in der Welt und andererseits die Stärkung von Demokratie, wobei es jedoch nicht in der Macht der USA läge, die Welt zur Demokratie zu bekehren. Mit ihrem Aufruf, die USA sollten die zweifelhaften Privilegien eines Supermachtstatus aufgeben und wieder eine erfolgreiche offene amerikanische Republik werden, hob Kirkpatrick sich von traditionellen isolationistischen Tendenzen nicht sehr ab. Irving Kristol vertrat die Auffassung, dass die Außenpolitik der USA nach dem Niedergang des Rivalen Sowjetunion das Ziel verfolgen sollte, den Aufstieg einer anderen Supermacht, deren politische und soziale Werte den USA feindlich gegenüber stünden, zu verhindern. Eine rein moralische Motivation der amerikanischen Außenpolitik lehnte Kristol jedoch ebenfalls ab.[71]

Anfang der 1990er begann sich schon ein neuer macht- und missionsbewussterer Ansatz abzuzeichnen, der den Weg ins 21. Jahrhundert wies. Charles Krauthammer, dessen Ansichten in den 1980er Jahren häufig mit denen der Neokonservativen korreliert hatten, sprach sich dafür aus, dass die USA den Augenblick amerikanischer Dominanz im internationalen System ausnutzen sollten, um die nationalen Interessen durchzusetzen.[72] Die Rede Krauthammers trug den Kern dessen in sich, was während der Amtszeit Clintons zu einer Renaissance der zweiten Generation der Neokonservativen führen sollte: Die Verbindung ideologischer Motive der amerikanischen Außenpolitik mit der Bereitschaft zum Einsatz der amerikanischen Macht.

---

[70] Jeane Kirkpatrick, "A Normal Country in A Normal Time," *The National Interest*, 1990, S. 41. Kommentar im Rahmen einer Serie, die sich unter dem Titel "America's Purpose" mit der Zukunft der amerikanischen Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs befasste. Nathan Glazer, "A Time for Modesty," *The National Interest*, 1990, S. 31-35; Charles Krauthammer, "Universal Dominion: Toward a Unipolar World," *The National Interest*, 1989/1990, S. 46-49.

[71] Irving Kristol, "Defining Our National Interest," *The National Interest*, 1990, S. 16-25.

[72] Krauthammer, "The Unipolar Moment," S. 31 f.

### I.3. Renaissance der Neokonservativen in der Clinton Ära

Mitte der 1990er Jahre stieg die Unzufriedenheit der Neokonservativen mit der Außenpolitik der Clinton Regierung, aber auch mit dem Kurs der intellektuellen Debatte der Republikaner und Konservativen.[73] Die Neokonservativen kritisierten, dass republikanische Vertreter der beiden dominanten Strömungen, Neo-Isolationisten wie Realisten, im Ergebnis eine passive Rolle der Vereinigten Staaten auf der internationalen Ebene befürworteten. Die Bereitschaft der Realisten, sich international zu engagieren, falls das vitale Interesse der USA betroffen sei, wurde in der Praxis als deckungsgleich mit der isolationistischen Position gesehen, da das nationale Interesse zu eng ausgelegt würde. Dem wollten die Neokonservativen das Konzept einer internationalistischen Außenpolitik mit einer Agenda des Schutzes und der Förderung von Demokratie in der Welt gegenüberstellen, um den Diskurs der Konservativen zu beleben.[74]

Die Neokonservativen sahen die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges in der einmaligen Position als einzig verbleibende Supermacht mit den Verbündeten eine internationale Ordnung zu schaffen, die dauerhaft Frieden und Prosperität sicherstellen könnte. Sie kritisierten den „lauwarmen“ Konsens in der amerikanischen Gesellschaft über die eingeschränkte Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt. Stattdessen sollten die USA als wohlwollender globaler Hegemon (*benevolent global hegemon*) auftreten und das Ziel verfolgen, die amerikanische Übermacht zu bewahren. Kristol und Kagan charakterisieren den Hegemon als „a leader with preponderant influence and authority over all others in its domain.”[75] Das Ergebnis der erfolgreichen Außen- und Sicherheitspolitik des Kalten Krieges, nämlich Amerikas strategische und ideologische Vormachtstellung in der Welt, sahen die Neokonservativen gefährdet, da in Folge der Abwesenheit sichtbarer Bedrohungen das militärische Potential vernachlässigt wurde und der Wille zur Anwendung der bestehenden Kapazitäten schwand. Sie kritisierten die Außenpolitik Clintons, dass ihr keine klare richtungsweisende Vision zugrunde läge. Zudem sei seine Außenpolitik auf keinem klaren Konzept der nationalen Identität der USA begründet. Die Neokonservativen warfen Clinton vor, die Rolle der USA als globale Führungsmacht zu verspielen.[76] Clintons Programm der Demokratischen Erweiterung (*democratic enlargement*), das in seiner idealistischen

[73] Kristol und Kagan, "Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy," S. 18.
[74] Interview mit Gary Schmitt, Executive Director, *Project for A New American Century*, 11.02.2004.
[75] Kristol und Kagan, "Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy," S. 20.
[76] Interview mit Gary Schmitt.

Ausrichtung theoretisch von Neokonservativen wie Joshua Muravchik unterstützt wurde, hatte in den Augen der Neokonservativen als glaubhaftes Leitmotiv seiner außenpolitischen Entscheidungen versagt.[77]

### *I.3.a. Politikempfehlung: "A Neo-Reaganite Foreign Policy"*

Robert Kagan und William Kristol entwarfen in einem 1996 veröffentlichten Artikel unter dem Titel „Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy" eine Alternative zu der von Clinton verfolgten Außenpolitik.[78] Um die amerikanische Vormachtstellung als Garant für die internationale Ordnung und den Weltfrieden zu sichern, schlugen die Neokonservativen eine „neo-Reagansche Außenpolitik" vor, die auf militärischer Übermacht und moralischer Klarheit beruhte: Erstes Anliegen war die Erhöhung der Verteidigungsausgaben, da die militärischen Kapazitäten das Fundament für die amerikanische Hegemonie darstellten. Zudem müsse das Verständnis der Bevölkerung für die globale Mission der Vereinigten Staaten gefördert und die wachsende Kluft zwischen militärischer und ziviler Kultur geschlossen werden. Amerikanische Außenpolitik müsse einem klaren moralischen Ziel folgen (*moral clarity*) und amerikanische Prinzipien wie Demokratie, freie Marktwirtschaft und Respekt für Freiheitsrechte verteidigen.

Mit dem Ruf nach einer Außenpolitik, die Elemente Reagans aufgreift, versuchten Kristol und Kagan die Republikaner für diese Politik zu verpflichten und sich selbst in die Tradition der Neokonservativen, die Anfang der 1980er in die Republikanische Partei übertraten, zu stellen. Sie argumentierten, die Konservativen in den 1990er Jahren hätten bereits auf zwei Pfeiler des *Reaganism* zurückgegriffen: Das Zurückschneiden der Auswüchse des modernen Wohlfahrtsstaats und die Rückbesinnung auf moralische Werte in der amerikanischen Gesellschaft. Nur die Remoralisierung der Außenpolitik als dritter Pfeiler des *Reaganism* könne zu einem dauerhaften Realignment und dem Triumph der Republikaner führen.[79] Die Reagan Ära hatte für die Neokonservativen besondere Bedeutung, da es in ihren Augen der eigenen Unnachgiebigkeit, mit der sie einen harten antisowjetischen Kurs im Angesicht großer Herausforderungen durch den Vietnamkrieg und die Revisionisten verfolgt

---

77 Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*, S. 203 ff.
78 Kristol und Kagan, "Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy."
79 Ibid., S. 30 f.

hatten, sowie ihrer aktiven Mitgestaltung der Außenpolitik Ronald Reagans geschuldet war, dass die USA im Kalten Krieg den Sieg davon getragen hatten.[80]

Im Gegensatz zu der Politikempfehlung der Neokonservativen zu Zeiten des Systemkonflikts des Kalten Krieges konnten die Neokonservativen der zweiten Generation in den 1990er Jahren ihre Ansprüche nach amerikanischer Hegemonie durch militärische Kapazitäten nicht mit konkreten Bedrohungsszenarien begründen. Diese Lücke suchten sie mit der Forderung nach der weltweiten Verteidigung der Prinzipien, die in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung festgeschrieben wurden und denen universale Gültigkeit zugeschrieben wurde, zu füllen. Dauerhafter Frieden und Stabilität im internationalen System könne nur durch die Verbreitung von Demokratie erreicht werden.[81] Dabei reiche es nicht aus, der Welt als „city upon a hill" als ein leuchtendes Beispiel dienen zu wollen. Die Fähigkeit, mit dem Einsatz amerikanischer Macht Frieden und Sicherheit im internationalen System zu schaffen, beinhalte indessen eine Verantwortung, der die USA durch eine aktive Politik gerecht werden müssten, und eine Mission, die zu erfüllen sei. Dieses Weltbild, das durch seine visionären Ziele auch Züge des *Wilsonianism* in sich trägt, wurde später von Charles Krauthammer als *democratic globalism* bezeichnet.[82] Im Unterschied zum *Wilsonianism* zu Beginn des 20. Jahrhunderts, der auf Legalismus und die Errichtung internationaler Organisationen baute, haben die Neokonservativen die Hoffnung auf die Durchsetzbarkeit internationaler Normen aufgegeben und zur Verwirklichung dieser Vision die militärischen Mittel in den Vordergrund gerückt.[83] Diese Argumentation bildete die Grundlage für die Renaissance der Neokonservativen in den 1990er Jahren.

Die Neokonservativen der zweiten Generation fokussierten ihre Kritik auf außenpolitische Themen und hofften auf eine Kurskorrektur der Republikanischen Partei, wobei sie innenpolitische Belange weitgehend außeracht ließen.[84] Wie auch die erste Generation der Neokonservativen spielten sie in der jeweiligen Partei die Rolle des Außenseiters. Einige Neokonservative hatten Anfang der 1990er Jahre Bill Clinton unterstützt, jedoch ohne eine Position in seiner Administration gewinnen zu können.[85] Zwar

---

80 Podhoretz, "Neoconservatism: A Euology," S. 25.

81 Diese Überzeugung spiegelt auch die *Democratic Peace Theory* wider: Layne, "Kant or Cant: The Myth of the Democratic Peace," S. 5-49.

82 Krauthammer, *Democratic Realism: An American Foreign Policy for a Unipolar World.*

83 Kristol, "The Neoconservative Persuasion: What it was, and what it is," S. 24.

84 Interview mit William Kristol, Director, Project for A New American Century und Herausgeber der Zeitschrift *The Weekly Standard*, 17.02.2004.

85 Ehrmann, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*, S. 197.

war die Republikanische Partei in den folgenden Jahren weiterhin die Wahlheimat der Neokonservativen, doch sorgte ihre Kritik für Spannungen zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei.[86] Nachdem der von Robert Kagan und William Kristol veröffentlichte Artikel großes Feedback unter den Intellektuellen erfuhr, gründeten sie gemeinsam mit Gary Schmitt 1997 das *Project for A New American Century* (PNAC),[87] eine Organisation, die sich der Verbreitung der „neo-Reaganschen" Außenpolitik verpflichtete. Die 1995 von William Kristol gegründete Zeitschrift *The Weekly Standard* wurde zudem zum Forum der „neuen" Neokonservativen.[88] Der Artikel „Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy" stieß jedoch nicht nur auf positive Resonanz, sondern wurde von den Vertretern einer gemäßigteren Außen- und Verteidigungspolitik unmittelbar gekontert.[89]

### *I.3.b. Die Neokonservative Agenda*

Ausgehend von der Annahme, dass die amerikanische militärische Vormachtstellung die Stabilität der internationalen Ordnung sicherstellt, galt die größte Kritik der Neokonservativen Clintons Verteidigungshaushalt, den sie als viel zu gering erachteten. Der 1996 unterzeichnete Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT) wurde von den Neokonservativen scharf attackiert und die gescheiterte Ratifikation des Vertrags im Senat 1999 gefeiert, da sie die Einhaltung internationaler Verträge mit feindlichen Regimen für nicht überprüfbar hielten.[90] Seit dem Ende des Kalten Krieges warnten die Neokonservativen zudem vor neuen Bedrohungen wie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und dem Aufstieg von „weapons states". Bereits 1990 hatte Charles Krauthammer auf dieses zukünftige Bedrohungsszenario hingewiesen: „The post-Cold War era is thus perhaps better called the era of weapons of mass

---

86 Nina Easton, *Gang of Five: Leaders at the Center of the Conservative Crusade*, New York: Simon & Schuster, 2000, S. 374 f.

87 Der Name soll eine Analogie zu Henry Luces Konzept des "The American Century" ziehen. Luce war nach dem ersten Weltkrieg dafür eingetreten, eine internationale Wirtschaftsordnung und eine moralische Ordnung zu gründen, die amerikanische politische und ökonomische Prinzipien verbreiten und somit den Ausbruch eines dritten Weltkriegs verhindern sollte. Robert Kagan und William Kristol, "The Present Danger," *The National Interest*, 2000, S. 57-69. Die Gründungscharter des PNAC fasst die Forderungen des Artikels von Kristol und Kagan, "Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy." zusammen: *Statement of Principles*. Project for a New American Century, 3. Juni 1997, http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm, [zitiert am 27.06.2004].

88 Interview mit Gary Schmitt.

89 Kim R. Holmes und John Hillen, "Misreading Reagan's Legacy," *Foreign Affairs* 75 (5), 1996, S. 162-167.

90 Charles Krauthammer, "Arms Control: The End of an Illusion," *The Weekly Standard*, 1. November 1999, S. 21-27; Richard Perle, *Passion's Slave and the CTBT*, [Security Forum of the Center for Security Policy], 12. October 1999, http://www.aei.org/news/filter.,newsID.10902/news_detail.asp, [zitiert am 12.05.2004].

destruction. The proliferation of weapons of mass destruction and their means of delivery will constitute the single greatest threat to world security for the rest of our lives."[91]

Ferner warnten die Neokonservativen vor dem Aufstieg Chinas zur neuen Supermacht, die die amerikanische Hegemonie in Frage stellen könnte. Der Aufstieg anderer Regionalmächte wie Russland, Europa oder Japan wurde mit weniger Misstrauen beobachtet, da diese entweder aufgrund ihrer freundschaftlichen Beziehungen oder ihrer relativen militärischen Machtlosigkeit keine ernsthaften Herausforderer darstellten. Clintons Entkopplung von Menschenrechts- und Handelspolitik gegenüber China wurde von den Neokonservativen als „appeasement" verdammt.[92] Die Bezeichnung wurde häufig gebraucht, um der Missbilligung des Umgangs mit menschenrechtsverachtenden Regimen Ausdruck zu geben. Die mögliche Bedrohung, die von dem kommunistischen China im Hinblick auf das ernorme Entwicklungspotential des Landes ausging, wurde immer wieder thematisiert. Ursache hierfür war auch Chinas militärisches Potential, welches nach dem Ende des Kalten Krieges unvermindert ausgebaut wurde.

Weitere Themen, die seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre immer mehr Gewicht bekamen, waren die Sicherheitslage im Nahen Osten und insbesondere der Irak.[93] Die Neokonservativen hatten bereits 1991 kritisiert, dass die George H. W. Bush Regierung den Golfkrieg 1991 vor dem Sturz Saddam Husseins frühzeitig beendet hatte. In ihren Augen hatte die Regierung die einmalige Gelegenheit vertan, den Oppositionskräften in dieser Situation entscheidende Unterstützung zukommen zu lassen und so einen Regimewechsel einzuleiten.[94] Nachdem Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der von den Vereinten Nationen autorisierten Waffeninspektionen die Aufmerksamkeit wieder auf das Regime des unliebsamen Diktators im Irak gelenkt hatten, forderten die Neokonservativen verstärkt einen Regimewechsel im Irak.[95] Sie sahen die Strategie des Regimewechsels weltweit - nicht nur im Irak, sondern auch in Ländern wie Nordkorea und China - unter dem Aspekt der Verbreitung von Demokratie durch militärische und nichtmilitärische Mittel als Herzstück der

---

91 Krauthammer, "The Unipolar Moment," S. 31 f.

92 William Kristol, "China: The Issue," *The Weekly Standard*, 24. Februar 1997, S. 11.

93 Interview mit Mark Lagon, *US State Department Policy Planning Staff, International Organization Affairs*, 10.02.2004.

94 Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 192.

95 Zalmay M. Khalilzad und Paul Wolfowitz, "Overthrow Him," *The Weekly Standard*, 1. Dezember 1997, S. 14-15; William Kristol, "The End of Containment," *The Weekly Standard*, 1. Dezember 1997, S. 13-14; Joshua Muravchick, "What to do about Saddam Hussein: US Policy Stalemate," *Commentary* 105 (6), 1998, S. 37-43.

Neokonservativen Agenda.[96] Ebenfalls ideologisch motiviert war das Eintreten der Neokonservativen für eine frühzeitige militärische Intervention im Bürgerkrieg in Bosnien 1995. Um die ethnischen Säuberungen im Kosovo zu stoppen, forderten sie 1999 die Entsendung von Bodentruppen in den Kosovo und den Sturz des serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic.[97]

Der Rückblick auf die Entwicklung der Neokonservativen hat gezeigt, dass die Einbindung in einen institutionellen Kontext für die erfolgreiche Durchsetzung ihrer politischen Vorstellungen von großer Bedeutung war. Als die Neokonservativen in der Phase der „Radikalisierung" der Demokratischen Partei nach dem Vietnamkrieg versuchten, ihre Ideen aus der Position der Intellektuellen durchzusetzen, die an Universitäten beheimatet waren und ihre Meinung durch Veröffentlichungen in Zeitschriften kund taten, waren sie zunächst nicht sehr erfolgreich. Dies gelang ihnen letztlich erst, als sie in der Reagan Administration selbst Gestaltungsmacht erhielten. Die Erfahrungen der ersten Generation der Neokonservativen deuten aber auch bereits auf andere Möglichkeiten der Positionierung zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, des politischen Diskurses und letztlich der Entscheidungen im politischen System hin: Die Gründung des CPD fällt in die Epoche, in der eine neue Art von Think Tank aufkam. Seit Anfang der 1970er Jahre entstanden vermehrt sogenannte *advocacy Think Tanks*, die stark parteiische, ideologisch gefärbte Positionen vertraten und durch aggressive Vermarktungsstrategien versuchten, den aktuellen politischen Diskurs zu beeinflussen.[98] Das nächste Kapitel greift die Frage auf, inwiefern die Neokonservativen diese Foren zur Entwicklung und Vermarktung ihrer Ideen benutzten und auch weiterhin nutzen.

---

96 Kagan und Kristol, "The Present Danger," S. 66.

97 Seth Cropsey, "The Noriega Option," *The Weekly Standard*, 19. April 1999, S. 16; Robert Kagan und William Kristol, "Win It," *The Weekly Standard*, 19. April 1999, S. 9-10; Kagan und Kristol, "The Present Danger," S. 66.

98 R. Kent Weaver, "The Changing World of Think Tanks," *Political Science and Politics* 22 (2), 1989, S. 563-578. Die Strategien des CPD waren erfolgreich: Tatsächlich finden sich in den Dokumenten aus der Amtszeit Reagans Hinweise, dass das CPD direkten Einfluss auf die Politikformulierung des Präsidenten hatte. In einem Memorandum wies ein Sicherheitsberater Reagans seine Mitarbeiter an, zukünftig Umfrageergebnisse des CPD zur SDI in Reden des Präsidenten zu verwenden. Donald E. Abelson, *American Think-Tanks and their Role in US Foreign Policy*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Macmillan Press, 1996, S. 63 f.

## II. Das Neokonservative Policy Netzwerk

Der Einfluss der Neokonservativen auf die Außenpolitik der Bush Regierung geht nicht nur auf die bloße Überzeugungskraft ihrer Ideen zurück, sondern auch auf die Positionierung der Akteure im institutionellen Gefüge und der Gesellschaft. So kann das Konzept der Policy Netzwerke, das sich am Bürokratietheoriemodell orientiert, als Erklärungsmodell für die Einflussnahme auf die Außenpolitik der George W. Bush Regierung dienen. Die Theorie vereint Elemente aus Soziologie, Politik- und Kulturwissenschaft und beschäftigt sich mit Policy Wandel und dem Einfluss von Interessengruppen im Politikzyklus.[99] Policy Netzwerke bestehen aus staatlichen Akteuren, also gewählten Vertretern des Volkes, Mitarbeitern von Behörden und Angehörigen von Ministerien, sowie aus gesellschaftlichen Akteuren wie Wissenschaftlern, Vertretern von Interessengruppen und Think Tanks. Determinanten für den Integrationsgrad des Policy Netzwerks sind 1) die Größe, Stabilität und Exklusivität der Mitgliedschaft, 2) die Frequenz und Qualität der Interaktion und 3) der Grad, in dem Ideologie, Werte und Policy Präferenzen übereinstimmen. Das Modell bezieht auch die Kategorien 4) Verteilung der Ressourcen (Expertise, Legitimität) und 5) Machtverteilung im Netzwerk ein.[100] Lose geknüpfte Policy Netzwerke werden von Rhodes als Issue Networks bezeichnet, besonders enge, hochintegrierte Netzwerke als Policy Gemeinschaft. Es wird davon ausgegangen, dass enger geknüpfte Netzwerke einen Hinweis auf einen größeren Einfluss auf das Politikergebnis geben können.

Das von Paul Sabatier entwickelte Konzept der *advocacy coalition* fügt sich in dieses Modell auf der Seite der hoch integrierten Policy Gemeinschaft ein. Demnach ist das Ausmaß, in dem die Mitglieder gewisse Grundüberzeugungen, Werte und Normen teilen und daraus entstehende gemeinsame Strategien und Policy Positionen vertreten, ein besonders wichtiger Faktor, der den Integrationsgrad einer Policy Gemeinschaft bestimmt. Eine *advocacy*

---

[99] William D. Coleman und Anthony Perl, "Internationalized Policy Environments and Policy Network Analysis," *Political Studies* 47 (4), 1999, S. 691-709; Knoke David, *Comparing Policy Networks: Labor Politics in the US, Germany, and Japan*, Cambridge [u.a.]: 1996; David Marsh (Hrsg.), *Comparing Policy Networks*, Buckingham [u.a.]: 1998; David Marsh und Martin Smith, "Understanding Policy Networks: Towards a Dialectical Approach," *Political Studies* 48 (1), 2000, S. 4-21; John Peterson, *Policy Networks*, Wien: Institut für höhere Studien, 2003; Charles D. Raab, "Understanding Policy Networks: a Comment on Marsh and Smith," *Political Studies* 49 (3), 2001, S. 551-556; Rebecca Sutton, *The Policy Process: An Overview*, Overseas Development Institute, August 1999, http://www.odi.org.uk/publications/wp118.pdf.

[100] Als Grundlage dient das sog. Rhodes Model, dessen Anwendung in der Forschung weit verbreitet ist. Coleman und Perl, "Internationalized Policy Environments and Policy Network Analysis."; David Marsh und R.A.W. Rhodes (Hrsg.), *Policy Networks in British Government*, Oxford: Clarendon Press, 1992; R. A. W. Rhodes, *Understanding Governance: Policy Networks, Governance, Reflexivity, and Accountability*, Buckingham: Open University Press, 1997, S. 43 f.

*coalition* zeichnet sich daneben durch einen hohen Grad an koordinierter Aktivität der Mitglieder über einen längeren Zeitraum hin aus.[101] Ein entscheidendes Kriterium zur Identifizierung des neokonservativen Netzwerkes, welches in dieser Analyse im Vordergrund steht, ist das gemeinsame Policy Unternehmen des Regimewechsels im Irak durch militärische Intervention mit der Intention der Verbreitung von Demokratie in der Region. Diese Abgrenzung ist wichtig, um die Kohärenz und den Integrationsgrad des Policy Netzwerks hinreichend zu berücksichtigen.

Andere Akteure, die ebenfalls für den Regimewechsel im Irak eingetreten sind, haben dies mit anderen Argumenten untermauert: Die *assertive nationalists* unterstrichen beispielsweise die Vermutung, dass Saddam Hussein an der Entwicklung und zukünftigen Proliferation von Massenvernichtungswaffen beteiligt war, was eine Bedrohung nicht nur für die USA, sondern auch für den gesamten Weltfrieden darstelle. Das Iraqi National Council (INC), das von Gegnern des Regimes im Irak 1992 im Wiener Exil gegründet wurde und unterschiedlichste Organisationen und Gruppierungen miteinander verband, verfolgte das Ziel des Regimewechsels aus eigenen Beweggründen.[102] Auch diese Akteure können als Teil eines weiteren Netzwerks angesehen werden. Es handelt sich aber nicht um eine *advocacy coalition* mit hohem Integrationsgrad, da sich die gemeinsamen Policy Ziele nicht auf gemeinsame Grundüberzeugungen und Problemperzeptionen stützen. Sabatier weist darauf hin, dass auch unterschiedliche *advocacy coalitions* Teil eines größeren Policy Netzwerks sein können.[103]

*Vorbehalte der Analyse*

Die empirische Untersuchung konzentriert sich auf die späten 1990er Jahre bis heute, um die Dynamik des Netzwerks hinlänglich zu berücksichtigen. Einige Verbindungen und Beziehungen zwischen den Akteuren, deren Ursprünge noch weiter zurück liegen, können nicht bis ins Detail aufgezeigt werden. Aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Untersuchung kann auch nicht die Gesamtheit der Mitglieder des Policy Netzwerks einbezogen werden, doch sollen die Hauptakteure hinreichend herausgestellte werden.

---

[101] Sabatier, *Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach*, S. 25; Sabatier und Jenkins-Smith, "The Advocacy Coalition Framework: An Assessment," S. 117-166. Winand Gellner hat in seiner vergleichenden Studie zu Think Tanks in den USA und in Deutschland auf die Nützlichkeit des von Paul Sabatier entwickelten Konzepts der *advocacy coalition* als analytischen Fokus für die Betrachtung von Think Tanks hingewiesen: Winand Gellner, *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit: Think Tanks in den USA und in Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995, S. 25 ff.

[102] Kenneth Katzman, *Iraq: U.S. Regime Change Efforts and Post-Saddam Governance*, [CRS Report], 7. Januar 2004, http://www.usembassy.at/en/download/pdf/iraq_change.pdf, [zitiert am 20.06.2004].

[103] Sabatier und Jenkins-Smith, "The Advocacy Coalition Framework: An Assessment," S. 120.

Während die gemeinsamen Strategien und Policy Empfehlungen der Akteure sich anhand von Aufsätzen, Reden und anderen öffentlichen Beiträgen relativ leicht untersuchen lassen, stellt das Messen der Intensität der Interaktion ein größeres Problem dar. Bei der Analyse des neokonservativen Policy Netzwerks werden einige Interaktionsformen mehr berücksichtigt werden können als andere: Persönliche Kontakte und informelle Absprachen zwischen den Akteuren sind aufgrund der Quellenlage kaum nachweisbar. Dies gilt auch für die Untersuchung des Einflusses des neokonservativen Netzwerks aus der Perspektive des Politikzyklus. Andere Interaktionsformen hingegen, wie ein öffentlicher Dialog in Form einer Konferenz oder die gemeinsame Veröffentlichung von Zeitschriftenartikeln sind besser belegbar. Die Ergebnisse der Analyse der Interaktion zwischen den verschiedenen Akteuren in dem Policy Netzwerk unterliegen daher gewissen Begrenzungen. Da die Frequenz und Qualität der Interaktion – im folgenden auch als strukturelle Vernetzung bezeichnet – sowie das Ausmaß, in dem Ideologie, Werte und Policy Präferenzen geteilt werden, besonders wichtig sind, wird das Policy Netzwerk zunächst unter Berücksichtigung dieser Kriterien dargestellt. Falls sich ein hochintegriertes Policy Netzwerk nachweisen lässt, deutet dies auf Einfluss der Mitglieder des Netzwerks auf das Politikergebnis hin.

### II.1. Neokonservative Think Tanks als Teil des Policy Netzwerks

Ein wichtiger Knotenpunkt des Policy Netzwerks sind die Ideenagenturen und Denkfabriken: Think Tanks. Der Begriff „Think Tank“ stammt aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und bezeichnete ursprünglich einen bunkerartigen Raum, in dem während des Kriegs an einem sicheren Ort Militärstrategien ausgearbeitet werden konnten. Seit Ende der 1950er Jahre findet diese Bezeichnung Anwendung auf „Forschungsinstitute oder andere, verwandte Organisationen, die Ratschläge und Ideen zur Lösung nationaler oder kommerzieller Probleme geben, bzw. interdisziplinär zusammengesetzte Spezialistenteams.”[104] In diesem Zusammenhang soll der Begriff Think Tank also einen Ort bezeichnen, an dem konzentriert und in Ruhe interdisziplinär nachgedacht wird.[105]

In der Forschungsliteratur werden vier verschiedene Typen von Think Tanks identifiziert: 1) Universitäten ohne Studenten, 2) Auftragsinstitute und 3) interessenorientierte sowie 4) interessengebundene Think Tanks (sog. *advocacy think tanks*). Die Grenzen zwischen den

[104] Definition des Oxford Dictionary.
[105] Gellner, *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit: Think Tanks in den USA und in Deutschland*, S. 15. Im Folgenden wird die Bezeichnung „Think Tank” verwandt, da die deutschen Begriffe „Denkfabrik“ oder „Ideenagentur” keine sinngerechte Übersetzung bieten.

beiden letztgenannten sind fließend, doch besteht bei den interessenorientierten Think Tanks ein höherer wissenschaftlicher Anspruch und neben der Klientel-Öffentlichkeit wird auch das allgemeine Publikum gesucht.[106] Die Tätigkeiten von Think Tanks bewegen sich also zwischen Informationsdienstleistung und politisch motivierter Lobbyarbeit, wobei zu beachten ist, dass Think Tanks in der Regel als „non-profit, nonpartisan educational organizations" staatlich registriert sind und daher nur bedingt Lobbyaktivitäten nachgehen dürfen.[107]

Im politischen Prozess lassen sich insgesamt vier Funktionen identifizieren, wobei die jeweiligen Aktivitäten der Think Tanks in jedem der Bereiche von unterschiedlicher Intensität sein können: Informations- und Ideengewinnung, Informations- und Ideenverbreitung, Allokations- und Netzwerkfunktion und Elitentransfer bzw. –rekrutierung.[108] Auch wenn Think Tanks formal der Überparteilichkeit verpflichtet sind, so ist seit den frühen 1970er Jahren eine Ideologisierung der Politikberatungsinstitute zu verzeichnen. Die *Heritage Foundation* und das *American Enterprise Institute* galten als Vorreiter auf dem Gebiet der *advocacy think tanks*, bei denen aggressive Vermarktungsstrategien im Vordergrund stehen.[109]

Dem neokonservativen Netzwerk zugehörige Think Tanks sind vor allem das *American Enterprise Institute* (AEI) und das *Project for a New American Century* (PNAC). Experten, die in anderen Think Tanks wie dem *Center for Security Policy* (CSP) oder dem *Hudson Institute* beheimatet sind, vertreten teilweise ebenfalls neokonservative Politikempfehlungen, doch soweit sie nicht die gleichen Grundannahmen teilen und ihre Interaktion schwächer ausgeprägt ist, ist fraglich, ob diese dem neokonservativen Policy Netzwerk zugerechnet

---

[106] Abelson, *American Think-Tanks and their Role in US Foreign Policy*; ---, *Do Think Tanks Matter? Assessing the Impact of Public Policy Institutes*, S. 18 ff; Josef Braml, *Think tanks versus "Denkfabriken"? U.S. and German Policy Research Institutes' coping with and influencing their Environments*, Baden-Baden: Nomos, 2004, S. 513; Susanne Cassel, *Die Rolle von Think Tanks im US-Amerikanischen Beratungsprozess*, *Freiburger Diskussionspapier zur Ordnungsökonomie*, Freiburg: Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 1999, S. 5; Gellner, *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit: Think Tanks in den USA und in Deutschland*, S. 34 ff; James G. McGann und Robert Kent Weaver (Hrsg.), *Think tanks and Civil Societies: Catalysts for Ideas and Action*, New Brunswick: Transaction Pl., 2002; Wolfgang H. Reinicke, *Lotsendienste für die Politik: Think Tanks - Amerikanische Erfahrungen und Perspektiven für Deutschland*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 1996, S. 34 f.

[107] Der Vorteil liegt im Steuerstatus dieser Organisationsform, da sie unter dem IRS Code 501(c)(3) von der Steuer befreit und die Spendenbeiträge steuerlich absetzbar sind. Abelson, *Do Think Tanks Matter? Assessing the Impact of Public Policy Institutes*, S. 9.

[108] Gellner, *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit: Think Tanks in den USA und in Deutschland*, S. 33.

[109] Abelson, *American Think-Tanks and their Role in US Foreign Policy*, S. 49 ff.

werden können.[110] Das AEI und das PNAC stellen zwei grundverschiedene Think Tank-Typen dar: Das AEI, das bereits seit 1943 besteht, deckt eine große Bandbreite von Themen ab und kann als Typ des interessenorientierten Think Tanks mit wissenschaftlichem Anspruch gelten, bei dem die Netzwerk- und Elitenrekrutierungsfunktionen im Vordergrund stehen. Das PNAC hingegen blickt auf eine kaum zehnjährige Geschichte zurück und widmet sich als interessengebundener Think Tank lediglich einem Themenkomplex. Hierbei sind Ideenverbreitung und Netzwerkfunktion von übergeordneter Bedeutung.

### *II.1.a. American Enterprise Institute*

Etwa siebzig Fellows sind derzeit am AEI in den Politikfeldern Wirtschaftspolitik, Außen- und Verteidigungspolitik sowie Sozialpolitik beschäftigt. Das AEI beschreibt die eigene politische Linie wie folgt: „AEI is dedicated to preserving and strengthening the foundations of a free society – limited government, competitive private enterprise, vital cultural and political institutions, and vigilant defense – through rigorous inquiry, debate and writing."[111] Zu den Ideenvermarktungsstrategien zählen Konferenzen und Podiumsdiskussionen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Website listet durchschnittlich zwanzig Veranstaltungen im Monat. Neben Kommentaren und Kolumnen in großen Tageszeitungen wie der New York Times, der Washington Post und dem Wall Street Journal veröffentlicht der institutseigene Verlag verschiedene monatlich erscheinende Newsletter, das American Enterprise Magazine, und zahlreiche Buchpublikationen. Die Ausgaben des AEI umfassten im Jahr 2003 ca. US $18 Millionen, wobei mehr als die Hälfte der Einnahmen aus Spendengeldern von Unternehmen und Privatpersonen stammt. Im Vergleich dazu besitzt die liberaler eingestellte Brookings Institution, die über ein ähnliches Profil verfügt, ein wesentlich größeres Stiftungsvermögen und einen Gesamtetat von ca. US $40 Millionen.[112] Die Finanzierung des AEI ist weniger konstant gewährleistet, da das Institut mit anderen konservativen Think Tanks, wie beispielsweise der Heritage Foundation, um finanzielle Zuwendungen aus den gleichen Quellen konkurriert.

---

[110] Interview mit John C. Hulsman, Ph.D., Research Fellow, *The Heritage Foundation*, Davis Institute for International Policy Studies, 09.02.2004; Interview mit Frank Gaffney, Director, *The Center for Security Studies*, 13.02.2004.

[111] *Annual Report 2003 - American Enterprise Institute*. American Enterprise Institute for Public Policy Research, http://www.aei.org/docLib/20031230_2003AR.pdf, [zitiert am 20.06.2004].

[112] *Annual Report 2003 - The Brookings Institution*. The Brookings Institution, http://www.brook.edu/dybdocroot/admin/2003annualreport/AnnualReport2003.pdf, [zitiert am 20.06.2004].

*AEI Strukturelle Vernetzung und ideologische Gemeinsamkeiten*

Das AEI beheimatet vor allem die Neokonservativen der ersten Generation. Irving Kristol, Jeane Kirkpatrick, Joshua Muravchik und Richard Perle, die alle als Senior oder Research Fellows dort affiliiert sind, haben in den 1970er Jahren zu den Erfolgen des AEI beigetragen.[113] Das AEI funktioniert vornehmlich als Drehscheibe für Experten, die zwischen Regierungs- und Beratungsjob rotieren. Diese Elitentransferfunktion wird von dem AEI auch bewusst gefördert. George W. Bush bemerkte anlässlich des Annual Dinners 2003:

> At the American Enterprise Institute, some of the finest minds in our nation are at work on some of the greatest challenges to our nation. You do such good work that my administration has borrowed 20 such minds. I want to thank them for their service, but I also want to remind people that for 60 years, AEI scholars have made vital contributions to our country and to our government, and we are grateful for those contributions.[114]

Derzeit ist beispielsweise der ehemalige Redenschreiber George W. Bushs, David Frum, Resident Fellow am AEI. Frum war an der Formulierung von Präsident Bushs jährlicher Ansprache vor dem Kongress 2002 (*State of the Union Address*) beteiligt, die den größeren strategischen Rahmen für die Außenpolitik der Regierung abstecken sollte. Zudem ist Frum Redakteur (Contributing Editor) des *Weekly Standard* und hat mit Richard Perle zusammen, der ebenfalls Resident Fellow am AEI ist, jüngst ein Buch mit dem Titel „An End to Evil" veröffentlicht, das sich dem weiteren Vorgehen im Krieg gegen den Terrorismus widmet.[115] Richard Perle, der den Spitznamen „Fürst der Finsternis" trägt, gilt sicherlich als die schillerndste Figur unter den Neokonservativen, daher soll im Anschluss kurz auf seine Biographie eingegangen werden.

Weitere Fellows am AEI, die mit dem neokonservativen Netzwerk assoziiert sind, sind Thomas Donnelly und Marc Reuel Gerecht. Thomas Donnelly ist Autor der seit Ende 2002 monatlich erscheinenden Aufsatzserie *National Security Outlook*. Donnelly, der zwischenzeitlich Herausgeber verschiedenster Publikationen wie *Defense News, Army Times* und *The National Interest* war, arbeitete 1995-1999 für das Committee on National Security des Repräsentantenhauses, und war von 1999-2002 Stellvertretender Executive Director des

---

[113] *Annual Report 2003 - American Enterprise Institute*; Gellner, *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit: Think Tanks in den USA und in Deutschland*, S. 90 f.

[114] George W. Bush, *Speech at AEI's Annual Dinner*, 28. Februar 2003, http://www.aei.org/news/newsID.16197/news_detail.asp, [zitiert am 20.06.2004].

[115] David Frum und Richard Perle, *An End to Evil: How to win the War on Terror*, New York: Random House, 2003.

PNAC. 2002 war Donnelly beim Rüstungskonzern Lockheed Martin beschäftigt. Gerecht war von 1985-1994 Nahost-Spezialist bei der CIA und hat zahlreiche Artikel und Kommentare veröffentlicht, in denen er für Regimewechsel in den Ländern des Nahen Ostens (Jemen, Sudan, Libanon) eintritt, wobei er sich von einem Regimewechsel im Irak eine Dominowirkung für benachbarte Länder erhofft.[116] Die Verbreitung von Demokratie im Nahen Osten sieht Gerecht als historische Mission der USA. Insbesondere das Statuieren eines Exempels im Irak als Beweis dafür, dass Demokratie in der arabischen Welt möglich ist, ist für Gerecht bedeutsam. Dabei weist er das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten zurück.[117] Seit 2001 ist Gerecht Direktor der Middle East Initiative des PNAC und Resident Fellow am AEI.

Das AEI pflegt enge Kontakte zur Bush Administration: Vizepräsident Richard Cheney, der nach dem Ende seines Dienstes als Verteidigungsminister unter George H.W. Bush Sr. von 1993 bis 1995 Senior Fellow des AEI war, hielt im Juli 2003 am AEI eine Rede über den Krieg gegen den Terrorismus.[118] Andere Redner aus Regierungskreisen der Bush Administration seit 2000 waren Douglas Feith, Undersecretary of Defense for Policy, und John Bolton, Secretary of State for Arms Control and International Security. Neben den üblichen Konferenzen und Vorträgen mit Experten und Politikern fanden am AEI vom 5. Februar bis 22. April 2003 wöchentlich Vorträge zum Irakkrieg statt, die „Black Coffee Meetings on the War in Iraq". Die Einladung verkündet: „Timely analysis of the rapidly shifting events will be essential to making the necessary policy decisions about military preparations, war, rebuilding Iraq, regional stability, and relations with our European allies."[119] Vortragende in der Veranstaltungsserie waren neben den AEI Experten Reuel Gerecht, Michael Ledeen, Danielle Pletka, Jeane Kirkpatrick, Thomas Donnelly auch auswärtige Gäste wie die Neokonservativen Charles Krauthammer, William Kristol, Gary Schmitt und James Woolsey.

---

[116] Reuel Marc Gerecht, *Crushing al Qaeda is only a Start*, 1. Feb 2002, http://www.aei.org/publications/pubID.13538,filter.all/pub_detail.asp, [zitiert am 25.06.20042004]; ---, *A Necessary War*, 1. Okt 2002, http://www.aei.org/publications/pubID.14385/pub_detail.asp, [zitiert am 26.06.2004]; ---, *The Mullahs' Manhattan Project*, 1. Jun 2003, http://www.aei.org/publications/pubID.17665/pub_detail.asp, [zitiert am 26.06.2004].

[117] Interview mit Reuel Marc Gerecht, Resident Fellow, *American Enterprise Institute*, 11.02.2004.

[118] Richard Cheney, *The Continuing War on Terror*, [AEI Online Speeches], 25. Juli 2003, http://www.aei.org/news18111, [zitiert am 26.06.20042004].

[119] *The Road to War. and Beyond: Black Coffee Briefings on the War in Iraq*, [Conference Transcript]. American Enterprise Institute, 4. März 2003, http://www.aei.org/events/eventID.239,filter.all/event_detail.asp, [zitiert am 21.06.2004].

*Richard Perle – „Coordinating Voice"*

Richard Perle arbeitete im Sommer 1969, als er noch als Graduate Student an der Universität Princeton eingeschrieben war, zusammen mit Paul Wolfowitz an dem Projekt „Committee to Maintain a Prudent Defense Policy". Das Committee war von Dean Acheson und Paul Nitze mit dem Ziel ins Leben gerufen worden, im Kongress um Unterstützung für das Raketenabwehrsystem (Antiballistic Missile – ABM System) zu werben, das einen der größten Kostenfaktoren im Verteidigungshaushalt darstellte. Letztlich gewannen die Befürworter des ABM Systems 1969 im Senat die Abstimmung mit einer Stimme Mehrheit.[120] Am Ende des Sommers kehrte Perle nicht an die Universität zurück, sondern arbeitete von 1969 bis 1980 für den Senator Henry „Scoop" Jackson (D-Wash), der ein einflussreicher Gegner der Rüstungskontrollpolitik Nixons war.[121] 1981 wurde Perle unter Präsident Ronald Reagan zum Assistant Secretary of Defense for International Security ernannt. Der konfrontative Stil Perles war jedoch für Lobbyarbeit außerhalb der Regierungskreise besser geeignet und so verließ er die Reagan Administration frühzeitig.[122]

Perle ist auch Mitglied des CSP und des *Jewish Institute for National Security Affairs* (JINSA), einem Think Tank, der nach dem Yom Kippur Krieg 1973 gegründet wurde und sich um amerikanische Unterstützung für Israel auch durch die Stärkung amerikanischer Verteidigungskapazitäten bemüht.[123] 1996 war Perle als Autor an einer Studie für die israelische Likud Partei beteiligt, in welcher die Vision für eine Neuordnung des Nahen Ostens entworfen wurde. Ein Regimewechsel im Irak wurde darin als mögliches Mittel für die Neugestaltung der Kräfteverhältnisse im gesamten Nahen Osten zugunsten Israels gesehen. Unter anderem deutete Perle in dieser Studie an, dass Israel zu seiner Verteidigung nicht nur zu Vergeltungsschlägen, sondern auch zu Präemptivschlägen greifen sollte.[124]

### *II.1.b. Project For A New American Century*

Das PNAC wurde 1997 von William Kristol, der für den Vizepräsidenten Bush Seniors, Dan Quayle, als Chief of Staff arbeitete und als Politikstratege bekannt ist, und Robert Kagan gegründet. Das PNAC gilt als advocacy think tank, der sich einem eng begrenzten

[120] 1972 verpflichtete der von Nixon ausgehandelte ABM Vertrag die Vertragsparteien, die Entwicklung eines umfassenden ABM Systems einzustellen.
[121] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 31 ff.
[122] Ibid., S. 25.
[123] Bulent Yusuf, "Battle-Tanks in the War of Ideas," *The Observer*, 1. September 2002.
[124] Richard Perle et al., *A Clean Brake: A New Strategy for Securing the Realm*, [Report]. The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, 8. Juli 1996, http://www.israeleconomy.org/strat1.htm, [zitiert am 21.06.2004].

Themenkomplex widmet und weniger in der Informations- und Ideengewinnung tätig ist. Auf der Website wird erklärt, die Mission des PNAC sei es, folgende Ideen zu vertreten: „[…] that American leadership is good both for America and for the world; that such leadership requires military strength, diplomatic energy and commitment to moral principle; and that too few political leaders today are making the case for global leadership."[125] Eine detailliertere Beschreibung der ideologischen Ausrichtung des PNACs findet sich im „Statement of Principles" von 1997, das große Aufmerksamkeit erfahren hat, da viele der heutigen Regierungsmitglieder ihre Unterschrift unter das Dokument setzten. Daher wurden die Empfehlungen des Think Tanks auch als eine Blaupause für George W. Bushs Außenpolitik gesehen.[126] Das „Statement of Principles" fasst im Wesentlichen die Argumente zusammen, die Robert Kagan und William Kristol in ihrem Artikel „Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy" bereits 1996 ausführlich dargelegt hatten.[127] Es bringt die Forderungen an die US Außenpolitik wie folgt auf den Punkt:

1. we need to increase defense spending significantly if we are to carry out our global responsibilities today and modernize our armed forces for the future;

2. we need to strengthen our ties to democratic allies and to challenge regimes hostile to our interests and values;

3. we need to promote the cause of political and economic freedom abroad;

4. we need to accept responsibility for America's unique role in preserving and extending an international order friendly to our security, our prosperity, and our principles.[128]

Das Dokument wurde von 25 bekannten konservativen Protagonisten unterzeichnet, von denen mittlerweile etwa ein Drittel in der Bush Administration tätig ist, und zwei Drittel in den Kreisen der konservativen Think Tanks bzw. als Akademiker an Hochschulen lehren (s. Tabelle S. 110).

Gary Schmitt, Mitbegründer und derzeitiger Direktor des PNAC berichtet, die Gründer des PNAC 1997 seien auf angesehene konservative Persönlichkeiten zugegangen und hätten um ihre Unterschrift geworben. Die Gründung des PNAC hatte das Ziel der

[125] William Kristol, *Project for the New American Century*, http://www.newamericancentury.org/index.html, [zitiert am 01.07.2004].
[126] Tom Barry, *PNAC's Present Danger as Blueprint for Bush Doctrine*, 31. Okt 2002, http://www.presentdanger.org/pdf/frontier/1031neocon.pdf, [zitiert am 01.07.2004].
[127] Kristol und Kagan, "Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy."
[128] *Statement of Principles*.

Institutionalisierung einer alternativen außenpolitischen Perspektive zu den isolationistischen Tendenzen innerhalb der Republikanischen Partei, die durch die Opposition zur Außenpolitik der Clinton Regierung bestärkt wurde, so der Direktor des PNAC.[129] In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass nicht alle Unterzeichner des „Statement of Principles" als Anhänger des *democratic globalism*, also als Neokonservative im engeren Sinne anzusehen sind und daher nicht unbedingt dem neokonservativen Netzwerk zuzuordnen sind. Die Statements und Briefe, die vom PNAC veröffentlicht werden, vereinen die Unterschriften von Personen mit sehr unterschiedlichen ideologischen Hintergründen, wie beispielsweise das „Second Statement on Post-War Iraq" vom 28. März 2003 zeigt, welches sowohl von Ivo Daalder, James Steinberg und anderen Liberalen unterzeichnet wurde, und auch von den Neokonservativen Max Boot und Thomas Donnelly.[130]

Das PNAC verfügt über weniger als zehn Mitarbeiter und operiert anders als die großen Ideenfabriken wie das AEI oder die *Heritage Foundation*. Der Schwerpunkt liegt weniger auf der Darstellung von Policy Alternativen in umfassenden Studien, sondern auf der regelmäßigen Veröffentlichung von kurzen Memoranden zu aktuellen außenpolitischen Themen. Im Zeitraum von 2001 bis 2004 richtete das PNAC lediglich zwei Konferenzen aus, deren Ergebnisse umfangreich dokumentiert wurden. Das zentrale Anliegen des PNAC "to explain what American world leadership entails [and] to rally support for a vigorous and principled policy of American international involvement and to stimulate useful public debate on foreign and defense policy and America's role in the world"[131] soll insbesondere durch die Nutzung von Medien erreicht werden.

Die Arbeit des PNAC konzentriert sich auf die Kommentierung tagespolitischer Ereignisse aus dem Blickwinkel der neokonservativen Vision der amerikanischen Außenpolitik in „issue memoranda", wobei die Zielgruppe die Elite des Foreign Policy Establishments, Mitglieder des Kongress und der Administration ist. Aufgrund der relativ großen Bekanntheit William Kristols und des PNACs finden die Kommentare großes Echo in Printmedien wie der *Washington Post*, dem *Wall Street Journal*, und natürlich dem *Weekly Standard*, die somit als Verstärker der Botschaft fungieren. Zudem sind Schmitts und Kristols häufige Fernsehauftritte von großem Nutzen. William Kristol erscheint wöchentlich als

[129] Interview mit Gary Schmitt.
[130] William Kristol, *Second Statement of Post-War Iraq*, 28. März 2003, http://www.newamericancentury.org/iraq-20030328.htm, [zitiert am 01.07.2004].
[131] *Project for A New American Century Homepage*, http://www.newamericancentury.org/index.html, [zitiert am 01.07.2004].

politischer Kommentator bei Fox News. Mitbegründer und Executive Editor des *Weekly Standard* Fred Barnes ist ebenfalls wöchentlich als Co-Host in der Sendung „The Beltway Boys“ zu sehen. [132] Dieser Effekt, bei dem die Botschaft von verschiedenen Medien aufgegriffen und wiederholt wird, wird vom Direktor des PNAC als „trickle down effect“ oder „bounce effect“ bezeichnet. Nach eigener Einschätzung erreicht das PNAC damit eine weitaus stärkere Resonanz in den Medien als sehr viel größere Think Tanks, was zu einer strategischen Überlegenheit des PNAC führt.[133]

Zudem werden vom PNAC Briefe und Statements entworfen, die sich direkt an die Entscheidungsträger richten und denen durch die Sammlung von Unterschriften prominenter Konservativer und Außenpolitikexperten Nachdruck und Gewicht verliehen wird. Am 26. Januar 1998 forderte das PNAC in einem Brief an Präsident Clinton die Abkehr von seiner Irakpolitik des „containment“ und den Sturz Saddam Husseins. Während der heißen Phase des Wahlkampfs im September 2000 veröffentlichten Robert Kagan und William Kristol die Aufsatzsammlung „Present Dangers“, dessen Titel an das erfolgreiche *Committee on the Present Danger* in den 1970ern erinnert. 2003 legten Kristol und Lawrence Kaplan mit dem Buch „The War over Iraq“ ein eloquentes Plädoyer für einen Krieg gegen den Irak vor, in dem sie die Irakpolitik der Bush Sr. und Clinton Regierungen verurteilten und die Kursänderung in George W. Bushs Außenpolitik nach dem 11. September ausdrücklich begrüßten. Als Wendepunkt feierten die Autoren die Nationale Sicherheitsstrategie 2002, in der sie die Mission der Ausmerzung von Tyrannei und der Verbreitung von Demokratie in der Welt festgeschrieben sahen.[134]

*The Weekly Standard*

Obwohl der *Weekly Standard* streng genommen getrennt von dem PNAC operiert, ist die Zeitschrift als Kommunikationsmedium des PNACs für die Neokonservativen von übergeordneter Bedeutung. Die enge personelle Verbindung zwischen dem PNAC, dem *Weekly Standard* und dem AEI, deren Büros sich im gleichen Gebäude befinden, erleichtert die Interaktion. Die Zeitschrift *The Weekly Standard* bewegt sich mit einer Auflage von 65.000 Exemplaren am unteren Rand des Spektrums vergleichbarer wöchentlich erscheinender Opinion Journals, wie *The New Republic* oder *National Review*. Zur

[132] Ausgestrahlt von Fox Channel, der Rupert Murdoch gehört.
[133] Interview mit Gary Schmitt.
[134] Lawrence F. Kaplan und William Kristol, *The War over Iraq: Saddam's Tyranny and America's Mission*, San Francisco, Ca.: Encounter Books, 2003, S. 74.

Leserschaft zählen Kongressabgeordnete, Mitarbeiter der Administration, Geschäftsleute, Journalisten und Akademiker im ganzen Land, jedoch weniger die breite Öffentlichkeit.[135] Für die Finanzierung ist Medienmogul Rupert Murdoch verantwortlich.

Das Magazin, dessen ursprüngliches Anliegen nicht die Verbreitung einer bestimmten außenpolitischen Linie war, wurde 1995 von William Kristol, John Podhoretz, Editorial Page Editor der *New York Post* und Redenschreiber für Präsident Reagan, und Fred Barnes, Kolumnist der Zeitschrift *The New Republic* und ehemaliges Mitglied der TV Talkshow *The McLaughlin Group*, gegründet.[136] Nachdem die Republikaner 1994 die Mehrheit im Kongress errungen hatten, verkündeten die Herausgeber der Zeitschrift in der ersten Ausgabe, ihre Absicht sei „to speak for, interpret and guide this conservative realignment".[137] Das Magazin ist jedoch nicht zum Sprachrohr der Mehrheitsmeinung der Republikaner geworden, sondern hat die Rolle eines ausdauernden, unabhängigen, unbequemen Kritikers eingenommen, vor dem auch Republikanische Protagonisten wie Newt Gingrich und Bob Dole nicht sicher waren. Der Herausgeber David Brooks bezeichnete den *Weekly Standard* als „post-conservative": „[The *Weekly Standard*] assumes we're no longer in the wilderness, no longer a beleaguered front against a powerful liberal elite. So we don't adhere to the eleventh commandment: Thou shalt not attack a fellow conservative."[138] Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2000 unterstützten Kristol und Brooks Senator John McCain (R-AZ) und nicht George W. Bush. Dementsprechend war William Kristol nach dem Wahlsieg George W. Bushs im Weißen Haus zunächst eine Persona non grata.[139]

*PNAC und The Weekly Standard - Strukturelle und ideologische Vernetzung*

Das PNAC funktioniert vor allem als Instrument zur Verbreitung der Ansichten der Neokonservativen. Durch die Briefe und Statements gelingt es dem PNAC immer wieder, größere Allianzen für eine gemeinsame Politikempfehlung zu schmieden, wobei nicht alle Unterzeichner mit den Grundannahmen der Neokonservativen übereinstimmen müssen. Zum Direktorium des PNAC gehören derzeit neben William Kristol und Robert Kagan, Bruce P. Jackson, der 1993-2002 als Vice President for Strategy and Planning bei *Lockheed Martin* gearbeitet hat, 1996 und 2000 im Platform Committee der Republikanischen Partei und dem

[135] An die Kongressabgeordneten wird die Zeitschrift kostenlos versandt.
[136] Interview mit William Kristol.
[137] David Tell, "Editorial: Our Kind of Budget Deal," *The Weekly Standard*, 18. Sept 1995, S. 9.
[138] Easton, *Gang of Five: Leaders at the Center of the Conservative Crusade*, S. 374.
[139] Dana Milbank, "'Bush's Blunder' May Be Kristol's Inside Influence," *The Washington Post*, 19. März 2002. Interview mit Victor Matus, Assistant Managing Editor, *The Weekly Standard*, 17.02.2004.

Unterkomitee für Sicherheits- und Außenpolitik war und Präsident der Organisation *US Committee on NATO* ist, einem non-profit Unternehmen, das die Erweiterung der NATO und die Vertiefung der Transatlantischen Beziehungen unterstützt; der Journalist Mark Gerson, der Vorsitzender der *Gerson Lehrman Group*, einem Investment Beratungsunternehmen, ist; und Randy Scheuneman, außen- und sicherheitspolitischer Berater, der u.a. im Wahlkampfteam Senator McCains als Koordinator für Verteidigungs- und Außenpolitik gearbeitet hat. Mitarbeiter des PNAC sind Senior Fellow Thomas Donnelly und Senior Fellow und Direktor der Middle East Initiative Reuel Marc Gerecht, die beide ebenfalls am AEI akkreditiert sind, sowie Mitbegründer und Direktor Gary Schmitt.[140]

Mittlerweile sind in der George W. Bush Administration einige ehemalige Mitarbeiter des *Weekly Standard* und des PNACs tätig, wie z.B. Mark Lagon (State Department Policy Planning Staff), Ed Walsh (Redenschreiberpool des Präsidenten), John DiIulio Jr. (Direktor des White House Office of Faith-Based and Community Initiatives) und Matthew Rees (Redenschreiber des National Security Council). Doch insgesamt verfügen die Neokonservativen über keine sehr große Anzahl jüngeren „Fußvolkes". Der Einschätzung Roger Hulsmans, Research Fellow der *Heritage Foundation*, zufolge, wird es den Neokonservativen nur dann gelingen, dauerhaften Einfluss auf die außenpolitischen Entscheidungen der Administration auszuüben, wenn sie nicht nur über „Chiefs" verfügen, sondern auch über eine größere Anzahl von „Indians" in der Bürokratie.[141]

### *II.1.c. Center for Security Policy*

Neben den genannten Think Tanks gibt es eine Reihe weiterer konservativer Think Tanks, die für einen Regimewechsel im Irak durch militärische Intervention eingetreten sind. Das *Center for Security Policy* (CSP) unter der Leitung von Frank Gaffney, Assistant Secretary of Defense for International Security Policy unter Reagan und Mitarbeiter Senator Henry Jacksons, zählt ebenfalls zu den Akteuren, die unter Verweis auf die Bedrohung der nationalen Sicherheit durch das Regime Saddam Husseins seit dem Golfkrieg 1991 dessen Sturz forderten. Das 1988 nach dem Vorbild des *Committee on the Present Danger* gegründete CSP ist ähnlich wie das PNAC als *advocacy* Think Tank vor allem im Bereich der Ideenverbreitung tätig und vertritt unter dem Motto „To Promote Peace through American Strength" eine klassische Hardliner Position, die der Verbreitung von Demokratie – im

[140] Stellvertretende Direktoren des PNAC sind Ellen Bork und Daniel McKivergan, der zuvor als Legislative Director für Senator McCain gearbeitet hat. *Project for A New American Century Homepage.*

[141] Interview mit Roger Hulsman.

Gegensatz zu den Neokonservativen – keine besondere Betonung gibt.[142] Das Center verfügt über einen kleinen Mitarbeiterstab und fünf Research Fellows. Der Direktor, Frank Gaffney, sieht hierin den strategischen Vorteil des Think Tanks, den er als „Special Forces in the War of Ideas" bezeichnet.[143] Das Budget für das Jahr 2003 betrug laut Jahresbericht $1.763.000 US.

Die Netzwerkfunktion im politischen Prozess steht beim CSP im Mittelpunkt. Hierzu hat das CSP ein „National Security Advisory Board" eingerichtet, dem über hundert Mitglieder aus den Reihen der Sicherheits- und Verteidigungsexperten angehören, die über praktische Erfahrung in der Regierungsarbeit verfügen; unter ihnen die in der George W. Bush Regierung tätigen Douglas Feith (Undersecretary of Defense for Policy), Paula Dobrinsky (Undersecretary of State for Global Affairs) und Elliott Abrams (Special Assistant to the President for National Security Affairs for Democracy, Human Rights and International Operations). Nach den Terroranschlägen 2001 hat das CSP mit der Einsetzung des *Military Committees*, dem 21 ehemalige Mitglieder der Streitkräfte angehören, seine Aktivitäten intensiviert, während das Budget um 20% gewachsen ist.[144] Auch wenn das CSP nicht zu einer neokonservativen *advocacy coalition* hinzugezählt werden kann, da die zugrundeliegende Philosophie nicht als „neokonservativ" beschrieben werden kann, besteht in einigen Punkten Interessenkongruenz. So ist Gaffney Unterzeichner des „Statement of Principles" des PNAC und eines Briefs an Präsident Bush, in dem eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets gefordert wird.[145] Zudem gibt es einige Überschneidungen bei Personen, die sowohl im „National Security Advisory Council" des CSP vertreten sind und auch mehrere Memoranden und Statements des PNAC unterzeichnet haben, so z.B. Paul Dobriansky, Midge Decter, William Schneider und James Woosley.

### II.2. Gesellschaftliche Hauptakteure des Neokonservativen Netzwerks

Auf der Seite der gesellschaftlichen Akteure im Policy Netzwerk stechen William Kristol und Richard Perle als Hauptakteure hervor. Während William Kristol in den 1990er Jahren gemeinsam mit Robert Kagan die ideologischen Grundlagen für einen neuen

---

[142] *Promoting Peace Through Strength: Annual Report 2003-2004*. Center for Security Policy, http://www.centerforsecuritypolicy.org/Center2003AR.pdf, [zitiert am 01.07.2004].

[143] Ibid.

[144] *Precision-Guided Ideas: 2002 Annual Report.* Center for Security Policy, http://www.centerforsecuritypolicy.org/Center2002AR.pdf, [zitiert am 01.07.2004].

[145] PNAC, *Letter to President Bush on the Defense Budget*, 23. Januar 2003, http://www.newamericancentury.org/defense-20030123.htm, [zitiert am 03.07.2004].

Neokonservatismus entwickelte, der eine Alternative zu dem Mainstream der Republikaner im Kongress bieten sollte, steht für Richard Perle ein enger definiertes, weniger ideologisch motiviertes Anliegen im Vordergrund. Kristol hat mit der Zeitschrift *The Weekly Standard* und dem PNAC äußerst medienwirksame Instrumente zur Verbreitung seiner Ideen geschaffen. Zudem gelingt es ihm, durch die gemeinsamen Briefe und Statements wiederholt Experten und Politiker zusammen zubringen, die das gleiche Policy Vorhaben teilen. Richard Perle stellt mit seinen vielfältigen Kontakten in der Koalition für den Irakkrieg das Bindeglied zwischen der Administration und verschiedenen Interessengruppen dar, die für einen Regimewechsel durch militärische Intervention im Irak eintreten, wie dem INC, den Neokonservativen und der Ölindustrie bzw. den Rüstungskonzernen.

Obwohl Richard Perle immer wieder zu den Protagonisten der Neokonservativen gezählt wird, muss eine Einschränkung gemacht werden. Perle zählt nicht zu den Anhängern des *democratic globalism* wie Gary Schmitt oder William Kristol. Auf einige Differenzen hat Gary Schmitt, Direktor des PNAC hingewiesen: Während die Neokonservativen, die sich der neo-reaganschen Außenpolitik verschrieben haben, für eine Erhöhung der Rüstungsausgaben eintreten, steht Perle der Vergrößerung des Militärs skeptisch gegenüber. Im Gegensatz zu den *democratic globalists* hielt Perle zudem auch die NATO als Relikt des Kalten Kriegs für hinfällig.[146] Da Richard Perle jegliche Form von *nation building* ablehnt und im Grunde mit einer Ablösung Saddam Hussein zugunsten eines Regimes, das Israel freundlich gesinnt ist, zufrieden gewesen wäre, ist fraglich, ob er als neokonservativ bezeichnet werden kann.[147] Perle hat während der 1990er Jahre beharrlich große Anstrengungen unternommen, das Thema Irak auf der Tagesordnung zu halten und ist nach Einschätzung von Experten eine koordinierende Schlüsselfigur im größeren Netzwerk, das sich dem Ziel des Sturzes Saddam Husseins verschrieben hat.[148] Nur bleibt der Einwand bestehen, dass Richard Perle nicht die gleichen ideologischen Grundannahmen teilt, die von den *democratic globalists* vertreten

[146] Interview mit Gary Schmitt.

[147] Interview mit Ivo Daalder, Senior Fellow Foreign Policy Studies, *Brookings Institution*, 22.02.2004 und mit James Steinberg, Vice President and Director in Foreign Policy Studies, *Brookings Institution*, 23.02.2004. Von den im Februar 2004 befragten Experten und Kommentatoren wurde Richard Perle auf die Frage nach den Akteuren im Neokonservativen Netzwerk nur von wenigen benannt. In seinem Beitrag zur programmatischen Sammlung von Robert Kagan und William Kristol, die 2000 veröffentlicht wurde, erwähnt Perle das Argument der Demokratisierung mit keinem Wort: Richard Perle, "Iraq: Saddam Unbound," in: Robert Kagan und William Kristol (Hrsg.), *Present Dangers: Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy*, San Francisco: Encounter Books, 2000. Es scheint vielmehr, als habe er das Argument erst nach dem 11. September in die Debatte einfließen lassen.

[148] Interview mit Fred Downey, Defense Staffer, Senator Joe Lieberman (D-CT), 13.02.2004.

werden. Daher kann er nicht zu dem engeren Kreis der neokonservativen *advocacy coalition* gezählt werden.

### II.3. Das Defense Policy Board – Schnittstelle im Verteidigungsministerium

Richard Perle wurde von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zum Vorsitzenden des *Defense Policy Boards* (DPB) ernannt, einem Beratungsorgan, das dem Verteidigungsminister zur Seite steht.[149] Die Arbeit des DPB beschrieb Richard Perle wie folgt: „They come together for quite intense discussions, usually 18, 19, 20 hours over a couple of days. And then meet with the secretary."[150] Dem DPB gehören insgesamt ungefähr 30 Mitglieder an, die dazu verpflichtet sind, einmal jährlich dem Pentagon in einem nichtöffentlichen Bericht Angaben über ihre privatwirtschaftlichen Aktivitäten zu machen. Höchstens vier der Mitglieder dürfen aus Regierungskreisen stammen.[151] Die Besetzung der Posten wurde maßgeblich von Rumsfeld und Perle vorgenommen, so dass derzeit im DPB vor allem konservative Hardliner vertreten sind.[152] Das DPB genießt das Vorrecht, geheime Daten einzusehen. Weiterhin sind die Beratungen und Empfehlungen der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Auch in der Woche nach den Terroranschlägen kam das DPB für eine zweitägige Sitzung zusammen, für die Richard Perle als Sprecher den Vertreter des INC Ahmed Chalabi engagiert hatte.[153] Als Perle wegen seiner Beratungsdienstleistungen für Unternehmen hinsichtlich Investitionen im Ausland in die Kritik geraten war, sah er sich im März 2003 gezwungen, vom Amt des Vorsitzenden zurückzutreten. Im Februar 2004, nachdem er insgesamt 17 Jahre in dem Gremium gearbeitet hatte, trat Perle aus dem Defense Policy Board aus, da er eigenen Angaben zufolge im Wahlkampfjahr keine Belastung für die

---

[149] Andere Beratungsorgane des Präsidenten, die eine Schnittstelle zwischen Regierung und unabhängigen Beratern darstellen, sind das *Foreign Policy Advisory Board* und das Council of Economic Advisors.

[150] *Saddam's Ultimate Solution: Interview with Richard Perle*, [Host Interview Transcript]. PBS [WideAngle], 11. Juli 2002, http://www.pbs.org/wnet/wideangle/printable/transcript_saddam.html, [zitiert am 30.06.2004].

[151] *Defense Policy Board*. Center for Cooperative Research, 31.03. 2003, http://www.cooperativeresearch.org/organization/profiles/defensepolicyboard.html, [zitiert am 03.07.2004].

[152] Bryan Burrogh et al., "The Path to War," *Vanity Fair*, 11. Mai 2004, S. 108. Mitglieder des DPB sind: Kenneth Adelmann, Richard V. Allan, Martin Anderson, Gary Becker, Barry M. Blechman, Harold Brown, Eliot Cohen, Devon Cross, Gen. (Ret.) Ronald Fogleman, Thomas S. Foley, Tillie Fowler, Newt Gingrich, Gerald Hillman, Gen. (Ret.) Charles A. Horner, Fred C. Ikle, Adm. (Ret.) David Jeremiah, Henry A. Kissinger, Adm. (Ret.) William Owens, Richard Perle, J. Danforth Quayle, Henry S. Rowen, James R. Schlesinger, Gen. (Ret.) Jack Sheehan, Kiron K. Skinner, Walter B. Slocombe, Hal Sonnenfeldt, Ruth Wedgewood, Chris Williams, Pete Wilson und James Woolsey. *Defense Policy Board Membership*. Federation of American Scientists, Juli 2004, http://www.fas.org/irp/agency/dod/dpbmembers.html, [zitiert am 12.07.2004].

[153] Burrogh et al., "The Path to War," S. 108.

Administration sein wollte.[154] Das DPB stellt eine Schnittstelle zwischen gesellschaftlichen Akteuren und der Regierung dar, deren Empfehlungen an den Verteidigungsminister großen Einfluss haben können. Zu den Mitglieder des DPB, die auch das PNAC Statement of Principles unterzeichnet haben, gehören Eliot Cohen, Fred C. Ikle, Henry Rowen und Dan Quayle.

### II.4. Neokonservative in der Administration

Ranghöchster Vertreter der Neokonservativen in der Regierung ist der Stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, der als einziger Neokonservativer eine Ernennung auf Kabinettebene erhielt. Vor dem 11. September schien es noch, als seien die Neokonservativen in der Bush Administration marginalisiert worden.[155] Wolfowitz war ebenso wie Richard Perle während des Wahlkampf im Beraterteam der „Vulcans“ aktiv. Während dieser Zeit knüpfte Wolfowitz ein enges Vertrauensverhältnis zu dem Präsidentschaftskandidaten und kam zu der Überzeugung, dieser sei der neue „Scoop Jackson“.[156]

Andere Neokonservative, die hochrangige Positionen in der Administration innehaben, sind im Weißen Haus Lewis „Scooter“ Libby, Chief of Staff to the Vice President, Assistant to the Vice President on National Security Affairs und Assistant to the President; Stephen Hadley, Deputy National Security Advisor; Elliot Abrams, Special Assistant to the President and Senior Director for Democracy, Human Rights and International Operations des National Security Councils (NSC); und im Verteidigungsministerium Douglas Feith, Undersecretary of

---

[154] Bradley Graham, "Bush Adviser Leaves Defense Policy Board," *The Washington Post*, 26. Feb 2004; David S. Hilzenrath, "The Ultimate Insider: Richard N. Perle's many Business Ventures Followed His Years as a Defense Official," *The Washington Post*, 24. Mai 2004. 2004 berichtete Seymour Hersh in der Zeitschrift *The New Yorker*, Perle sei geschäftsführender Partner der Risikokapitalbeteiligungsgesellschaft (Venture Capital Firm) mit dem Namen Trireme, die in Firmen investiert, die Technologie, Güter und Dienstleistungen für Heimatschutz und Verteidigung anbieten. Als potentieller Markt wurde Europa, Saudi Arabien und Singapur genannt, in denen die Furcht vor dem Terrorismus die Nachfrage nach diesen Produkten steigern könnte. Seymour M. Hersh, "Lunch with the Chairman - Why was Richard Perle Meeting with Adnan Khashoggi?" *The New Yorker*, 17. März 2003, S. 76-81.

[155] Michael C. Desch, "Liberals, Neocons, and Realcons," *Orbis* 45 (4), 2001, S. 519-533. Der Artikel erschien am 13. September 2001 und reflektiert die Kräfteverhältnisse innerhalb der Bush Administration vor den Terroranschlägen vom 11. September. Sam Tanenhaus, "Bush's Brain Trust: Is Deputy Defense Secretary Paul Wolfowitz driving U.S. Foreign Policy?" *Vanity Fair*, Juli 2003, S. 114-188, 164-169.

[156] Tanenhaus, "Bush's Brain Trust: Is Deputy Defense Secretary Paul Wolfowitz driving U.S. Foreign Policy?" S. 168.

Defense for Policy. Eine erschöpfende Aufzählung der Sympathisanten neokonservativer Ideen in der Administration kann im Rahmen dieser Analyse leider nicht dargelegt werden.[157]

### *II.4.a. Stellvertretender Verteidigungsminister Paul Wolfowitz*

Wolfowitz studierte Mathematik an der Cornell University in New York und erlangte seinen Doktortitel in Politikwissenschaft an der Universität in Chicago. Auf Initiative seines Mentors Albert Wohlstetter arbeitete Wolfowitz 1969 in Washington zusammen mit Richard Perle an dem Projekt „Committee to Maintain a Prudent Defense Policy". Nachdem Wolfowitz seine Dissertation abgeschlossen hatte, wurde er 1973 von dem RAND[158] Strategen und neuen Vorsitzenden der U.S. Arms Control and Disarmament Agency Fred C. Iklé nach Washington geholt. Von 1973 bis 1992 war Wolfowitz beinahe ununterbrochen in der Exekutive tätig: Nachdem er vier Jahre in der Rüstungskontrollagentur des Außenministeriums beschäftigt war, erhielt er den Posten des Director of Policy Planning for the State Department und Deputy Assistant Secretary of Defense in der Carter Regierung. Unter Reagan wurde Wolfowitz 1982 zum Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs ernannt und 1986 Botschafter in Indonesien. In der Bush Sr. Regierung übernahm Wolfowitz den Posten des Undersecretary of Defense for Policy unter Verteidigungsminister Richard Cheney. Durch seinen ungewöhnlich langen Einsatz im Regierungsapparat verfügt Wolfowitz über einen großen Erfahrungsschatz über die Funktionsweise der Bürokratie und des außenpolitischen Establishments. Als Stellvertretender Verteidigungsminister unter George W. Bush besitzt Wolfowitz die gleichen Befugnisse und Aufgaben wie der Verteidigungsminister, soweit sie an ihn delegiert werden: die Beratung des Präsidenten in Verteidigungsangelegenheiten, die Formulierung von Verteidigungsstrategien und deren Ausführung.[159]

In seiner Dissertation über die Verbreitung von Nuklearwaffen im Nahen Osten hatte Wolfowitz 1972 argumentiert, die USA müssten nicht nur ihre traditionellen Verbündeten verteidigen, sondern ihren Verteidigungsschirm auch über Regionen mit Ressourcen von höchster Bedeutung für die US Wirtschaft spannen. Die Verbreitung von Nuklearwaffen im

---

[157] um noch einige Namen zu nennen: Im Verteidigungsministerium Dov Zakheim, Comptroller und Undersecretary of Defense; Peter Rodman, Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs; im Office of the Vice President Dean McGrath, Libby's Stellvertreter, Eric Edleman

[158] RAND Corporation ist ein unabhängiges Forschungsinstitut, das seit 1948 Auftragsstudien u.a. für das amerikanische Militär durchführt.

[159] Sydney J. Freedberg Jr. et al., "Profiles: Defense Department," *National Journal*, 23. Juni 2001, S. 1924.

Nahen Osten sei daher mit größter Besorgnis zu beobachten.[160] Bereits während der 1970er Jahre hatte Wolfowitz davor gewarnt, dass der Irak die Ölfelder in Saudi Arabien und Kuwait bedrohen und dadurch zu einer Gefährdung für die Machtbalance im Nahen Osten werden könnte. Der Angriff Saddam Husseins auf Kuwait im August 1990 bestätigte seine Warnungen. Im Golfkrieg 1991, an dessen Planung er maßgeblich beteiligt war, plädierte Wolfowitz entschieden für das Engagement amerikanischer Truppen bis zu einem Sturz Saddam Husseins. Die Entscheidung, während des Waffenstillstands nach der erfolgreichen Operation „Desert Storm", den Truppen Saddam Husseins die Nutzung von Hubschraubern zu gestatten, mit denen diese in der Folge die Aufstände der Schiiten und Kurden blutig niederschlugen, wurde von Wolfowitz entschieden kritisiert. Der Konflikt innerhalb der Bush Sr. Regierung entflammte nicht um die Frage, ob die US Truppen in Bagdad einmarschieren und das Regime stürzen sollten, sondern darum, ob der irakischen Opposition zum Sturz des Diktators Unterstützung gegeben werden sollte, angesichts der drohenden Gefahr des Zerfalls und der Zersplitterung des Vielvölkerstaats Irak.[161]

*Die neokonservative Sicherheitsstrategie nach dem Ende des Kalten Kriegs*

Nach dem Ende des Kalten Kriegs war Wolfowitz in seiner Position als Undersecretary of Defense for Policy dafür verantwortlich, Militärstrategien für die neue Ära zu entwerfen, die als Grundlage für die Planung des Verteidigungshaushalts ab 1994 dienen sollten. Unter seiner Ägide entstand die umstrittene Defense Policy Guidance, dessen Formulierung Wolfowitz' Mitarbeiter Lewis Libby an Zalmay Khalilzad[162] delegiert hatte. Khalilzad fasste die Ideen, die Wolfowitz in verschiedenen Reden geäußert hatte, sowie Anregungen aus Gesprächen mit Wolfowitz, Libby und anderen Pentagon Insidern in der Defense Policy Guidance zusammen. Dieses Papier sollte als Grundlage für die Planung des Militärbudgets für die nächsten Jahre dienen.[163] Als die geheime Studie vor Fertigstellung 1992 an die Öffentlichkeit gelangte, erregte sie großes Aufsehen und Wolfowitz distanzierte sich öffentlich von dem Papier. In dem Strategiepapier wurde gefordert, die Vereinigten Staaten sollten das unipolare Moment ausnutzen und den Aufstieg potentieller Rivalen aktiv

[160] Khurram Husain, "Neocons: The Men Behind the Curtain," *Bulletin of the Atomic Scientists*, 15.07. 2003.

[161] Gemäß James Mann handelt es sich um einen weitverbreiteten Mythos, dass Wolfowitz für den Vormarsch der amerikanischen Truppen nach Bagdad war, während der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Colin Powell, die Falken in der Regierung daran hinderte. Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 189 ff.

[162] In der George W. Bush Regierung war Khalilzad 2001-2003 NSC Senior Director for Gulf, Southwest Asia and Other Regional Issues; Special Envoy to the Free Iraqis und ist derzeit US Botschafter in Afghanistan.

[163] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 208 ff.

verhindern. Es sei im Interesse der Vereinigten Staaten, den Status der alleinigen Supermacht zu verteidigen. In Westeuropa, Ostasien und dem Nahen Osten solle es Ziel amerikanischer Politik sein, „to prevent any hostile power from dominating a region whose resources would, under consolidated control, be sufficient to generate global power."[164] Zudem müsse der Zugang der USA und der Westlichen Verbündeten zu den Ölressourcen in der Region des Nahen Ostens gesichert sein. Das Strategiepapier sah auch eine verminderte Bedeutung für traditionelle Allianzen wie der NATO als System der kollektiven Sicherheit vor. Stattdessen sollten die Vereinigten Staaten in Zukunft mit kurzlebigeren Ad-hoc-Koalitionen, die für einen speziellen Krisenfall geschmiedet werden, handeln.[165] Die Nationale Sicherheitsstrategie der George W. Bush Regierung vom September 2002 greift einige Themen des Pentagonpapiers von 1992 auf, wie beispielsweise die Bevorzugung von Ad-hoc-Koalitionen vor institutionalisierten Bündnissen wie der NATO. Bereits das Vorgehen der George W. Bush Regierung bei den Militäreinsätzen in Afghanistan und Irak nach dem 11. September, als nicht das Nordatlantische Sicherheitsbündnis sondern lediglich einzelne Staaten zur Hilfe gerufen wurden, spiegelt diese Strategie wieder.[166]

Khalilzad berichtet, dass der damalige Verteidigungsminister Cheney ihn intern lobte, er habe mit dem Dokument eine neue Begründung für die Rolle der USA in der Welt entworfen.[167] Der neokonservative Kolumnist Charles Krauthammer verteidigte den Entwurf als „thoughtful articulation of American purpose".[168] Zwar wurde letztendlich eine gemäßigtere Version der *Defense Policy Guidance* vorgelegt. Der ursprüngliche Entwurf zeugt jedoch davon, dass sich die Ideen der Neokonservativen innerhalb der Bush Sr. Regierung soweit herauskristallisiert hatten, dass sie eine Vision für die Ära nach dem Ende des Kalten Kriegs präsentierten, die den Kern der Debatte der neokonservativen Intellektuellen Anfang der 1990er Jahre in sich trug. Diese Vision wurde jedoch weder in der Öffentlichkeit, noch in der Bush Sr. Regierung allgemein akzeptiert.

Nach seinem Dienst in der Bush Sr. Regierung wurde Wolfowitz Dean der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University. Er zog sich aus dem

---

164 Zitiert in: Ibid., S. 210.
165 Patrick Tyler, "U.S. Strategy Plan Calls for Insuring no Rivals Develop," *The New York Times*, 8. März 1992.
166 Zwar wurde der Beistandsfall nach Art. 5 des North Atlantic Treaty vom 4. April 1949 erklärt, doch hatte dies nicht zur Konsequenz, dass die Militäreinsätze unter der Federführung der NATO durchgeführt wurden.
167 Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 211.
168 Charles Krauthammer, "What's Wrong With the 'Pentagon Paper'? It's an Impressive Blueprint for the New World Order," *The Washington Post*, 13. März 1992.

politischen Geschehen jedoch nicht vollständig zurück und wurde in zahlreichen Anhörungen im Kongress als Experte zu Rate gezogen.[169] 1998 war er Mitglied in der Rumsfeld Kommission zur Untersuchung der Bedrohung der USA durch Langstreckenraketen, an der Vertreter beider Parteien teilnahmen und die im Abschlussbericht zu dem Ergebnis kam, dass die Bedrohung von der Clinton Regierung unterschätzt worden war. Besonders hervorgehoben wurde in dem Bericht die Bedrohung durch die Waffenprogramme der Staaten Nordkorea, Irak und Iran.[170] Die Kommission lieferte den Republikanern im Kongress Munition in der Debatte um den Einsatz eines Raketenabwehrsystems, dessen Entwicklung Clinton angesichts der geringen Bedrohungen nicht für gerechtfertigt hielt.

Wolfowitz' Politikempfehlungen bezüglich des Nahen Osten änderten sich in den 1990er Jahren nicht. Als 1997 Zweifel an der Effektivität der Waffenkontrolle im Irak aufkamen, plädierte Wolfowitz in einem Artikel, den er gemeinsam mit Khalilzad im *Weekly Standard* veröffentlichte, für einen Regimewechsel.[171] Wolfowitz zählt auch zu den Unterzeichnern des PNAC „Statement of Principles" und des Briefs an Präsident Clinton 1998, in dem die Irakpolitik der Regierung kritisiert wurde. Ebenso wie die anderen neokonservativen Intellektuellen hält Wolfowitz die Verbreitung und Unterstützung von Demokratie in der Welt für ein wichtiges Ziel der amerikanischen Außenpolitik, da demokratischer Wandel in der Vergangenheit die Feinde der USA geschwächt und die Freunde gestärkt habe.[172] Die Verbreitung von Demokratie sieht er jedoch bestimmten Einschränkungen unterworfen, da einige Regime demokratischem Wandel gegenüber offener seien als andere. Die USA könnten nicht allein durch einen Willensakt Demokratisierung betreiben. Hingegen sei die Unterstützung der betreffenden Bevölkerung ausschlaggebend. Wolfowitz warnte, dass die Beispiele des erfolgreichen *nation buildings* in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg irreführend sein könnten, da sie unter besonderen Umständen, nämlich einer vorangegangenen totalen Niederlage und längeren Besetzung des Landes erfolgt waren.[173]

In Bezug auf die Demokratisierung des Iraks legte Wolfowitz großes Vertrauen an den Tag, dass nach dem Sturz Saddam Husseins das Verlangen des irakischen Volkes nach

---

[169] u.a. zu den Themen Peacekeeping in Bosnien 1995, Waffeninspektionen in Irak 1996 und Verbreitung von Massenvernichtungswaffeln im Nahen Osten 1997.

[170] *Report of the Commission to Assess the Ballistic Missile Threat to the United States*, 104th Congress, 15. Juli 1998, http://www.house.gov/hasc/testimony/105thcongress/BMThreat.htm.

[171] Khalilzad und Wolfowitz, "Overthrow Him," S. 14-15.

[172] Paul Wolfowitz, "Remembering the Future," *The National Interest* (59), 2000, S.35-45.

[173] Ibid.

Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand siegen und ein stabiles, friedfertiges Land entstehen würde. Wolfowitz hoffte, dass von einem befreiten Irak ein positives Signal des Wandels an die gesamte muslimische Welt ausgehen würde.[174] Konkrete Pläne für ein *nation buidling* nach dem militärischen Sturz Saddam Husseins legte Wolfowitz jedoch nicht dar.[175]

### *II.4.b. Undersecretary of Defense for Policy Douglas Feith*

Als Undersecretary of Defense for Policy ist Feith für die Formulierung von Defense Planning Guidance and Forces Policy zuständig, vertritt das Verteidigungsministerium im Verhandlungsprozess zwischen den einzelnen Ministerien und Agencies (*interagency process*) und ist auch für die Koordination des DPB zuständig. In der Vorbereitung zum Irakkrieg war Feith eine treibende Kraft in der zivilen Führungsspitze des Verteidigungsministeriums und ihm oblag die Nachkriegsplanung.[176] Im Pentagon trug er auch den Spitznamen „Wolfowitz' Wolfowitz".[177] Feith war unter Ronald Reagan von 1981 bis 1982 Nahostspezialist des NSC und von 1982 bis 1984 als Special Counsel to the Assistant Secretary of Defense enger Mitarbeiter von Richard Perle. 1996 schrieb Feith zusammen mit Perle und David Wurmser die Studie „A Clean Brake: A New Strategy for Securing the Realm".[178] Feith ist Mitglied des *National Security Advisory Boards* des CSP. Vor der Ernennung durch Bush arbeitete er fünfzehn Jahre lang als Anwalt in der Kanzlei *Feith & Zell* in Washington. In den Anhörungen vor dem Kongress hat Feith sich gegen die Chemie- und Biowaffenkonvention ausgesprochen und auch die Position vertreten, dass die Rüstungskontrollverträge, die von Moskau unterzeichnet worden waren, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ungültig seien.[179]

Kurz nach den Terroranschlägen am 11. September setzte Feith nach Beratungen mit dem Vorsitzenden des DPB Perle eine aus zwei Personen (Michael Maloof und David Wurmser) bestehende Arbeitsgruppe ein, die *Counter Terrorism Evaluation Group*, deren Aufgabe es war, aus dem Geheimdienstmaterial der CIA Beweise über Verbindungen zwischen

---

[174] Paul Wolfowitz, *On Iraq*, [Remarks by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Fletcher Conference, Ronald Reagan Building and International Trade Center, Washington, DC], 16. Okt 2002, http://www.defenselink.mil/speeches/2002/s20021016-depsecdef.html, [zitiert am 20.07.2004].
[175] James Fallows, "Blind Into Baghdad," *The Atlantic Monthly*, Jan/Feb 2004.
[176] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 281 f.
[177] Fallows, "Blind Into Baghdad," S. 73.
[178] Perle et al., *A Clean Brake: A New Strategy for Securing the Realm.*
[179] Sydney J. Freedberg et al., "Profiles: Defense Department," *National Journal*, 23. Juni 2001, S. 1924.

terroristischen Vereinigungen und den sie beheimatenden Ländern zu finden.[180] Auf die Rolle des *Office of Special Plans* in der Nachkriegsplanung, dessen Leitung Feith innehatte, wird im Weiteren näher eingegangen.[181]

### *II.4.c. Neokonservative im Weißen Haus*

Wolfowitz kann als die Hauptfigur der Neokonservativen innerhalb der Regierung gesehen werden. Andere Neokonservative wie der Stabschef des Vizepräsidenten Cheney, Lewis Libby, waren auf seine Initiative nach Washington gekommen. Zu Beginn der Amtszeit Reagans 1981, als Wolfowitz als Director of Policy Planning für die Besetzung des Policy Planning Staff im State Department zuständig war, holte er Libby, den er aus den Jahren kannte, in denen er in Yale gelehrt hatte, in die Reagan Administration. Ebenso rekrutierte er Francis Fukuyama und Zalmay Khalilzad, der ebenfalls ein Student Albert Wohlstetters gewesen war, für die Mitarbeit. Libby war von 1982 bis 1985 im Außenministerium Director of Special Projects im Bureau of East Asian and Pacific Affairs. In der Bush Sr. Regierung erhielt er den Posten des Deputy Undersecretary for Policy im Verteidigungsministerium unter Cheney, wo er an der Planung des Golfkriegs 1991 mit beteiligt war. Ebenso wie Wolfowitz trat er gegen ein „vorzeitiges" Beenden der Operation „Desert Storm" ein, in der Hoffnung, dass das Regime Saddam Husseins von irakischen Oppositionskräften gestürzt werden könnte.[182] 1998 stand Libby dem Cox Committee, das vom Repräsentantenhaus zur Untersuchung Clintons Chinapolitik eingesetzt wurde, als Berater zur Seite. In der George W. Bush Regierung zählt Libby zu den Neokonservativen, die nach dem 11. September Wolfowitz in seiner Argumentation unterstützten, gegen Saddam Hussein militärisch vorzugehen.[183]

Stephen Hadley, derzeit Stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater, war in der Bush Sr. Regierung als Assistant Secretary of Defense for International Security Policy ein enger Mitarbeiter Wolfowitz'. Hadley verfügt ebenfalls über langjährige Erfahrung in der Regierungsarbeit unter Nixon, Ford und Reagan. In den 1990er Jahren arbeitete Hadley für die Anwaltskanzlei *Shea & Gardner*, die auch die Rüstungskonzerne *Lockheed Martin* und *Boeing* vertritt. Während des Wahlkampfs gehörte Hadley ebenfalls zum außenpolitischen

[180] James Risen, "How Pair's Finding on Terror Led to Clash on Shaping Intelligence," *The New York Times*, 28. April 2004.
[181] Craig Gordon und Knut Royce, "Controversial Pentagon Office Gets A Makeover: Administration changes Name, Focus of Iraqi War Planning Group," *Newsday*, 12. August 2003.
[182] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 192.
[183] Ibid., S. 302.

Beraterteam George W. Bushs. Als Stellvertreter der Nationalen Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice, die ihn auch als ihr „Alter Ego“ bezeichnet, war Hadley maßgeblich an der Formulierung der Nationalen Sicherheitsstrategie 2002 beteiligt. Im Frühjahr 2002 war er u.a. mit der Aufgabe der internen Prüfung von Policy Optionen für den Irak betraut, an der unterschiedliche Behörden der Regierung beteiligt waren.[184]

Elliot Abrams war zunächst von 2001-2002 Special Assistant to the President and Senior Director for Democracy, Human Rights, and International Operations des NSC, und ist seit 2002 Special Assistant to the President and Senior Director for Near East and North African Affairs. In den 1970er Jahren war er Mitarbeiter der Senatoren Henry Jackson und Daniel Patrick Moynihan. Abrams, der sich selbst als „neo-conservative and neo-Reaganite“ bezeichnet und über enge Verbindungen zur jüdischen Lobby und den evangelikalen Christen verfügt, steht als Schwiegersohn von Midge Decter und Norman Podhoretz den Neokonservativen der ersten Generation nahe.[185] In der Think Tank Community war Abrams seit 1990 in diversen Institutionen aktiv, von 1996 bis 2002 als Präsident des *Ethics and Public Policy Center*. Er war Mitglied des National Security Advisory Council des CSP, sowie des *American Jewish Committee* und ist Unterzeichner des PNAC „Statement of Principles“. Seine Nominierung durch George W. Bush hat in der Presse Kritik hervorgerufen, da Abrams während der Reagan Präsidentschaft als Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs an der Iran-Contra Affäre beteiligt war.[186] Abrams ist beim NSC für die amerikanische Politik gegenüber Israel zuständig und war maßgeblich für die Planung der humanitären Hilfe an den Irak in der Operation „Iraqi Freedom“ 2003 verantwortlich.[187]

## II.5. Die Konzentrischen Kreise des Neokonservativen Policy Netzwerks

### *II.5.a. Normative Grundüberzeugungen und Politikempfehlung*

Die Analyse des Netzwerks der Neokonservativen hat gezeigt, dass sowohl gesellschaftliche als auch staatliche Akteure dieselbe Politikempfehlung teilen, obgleich die normativen Grundüberzeugungen nicht deckungsgleich sind: Die Forderung der Demokratisierung des Nahen Ostens und des *nation buidling* wird von Frank Gaffney beispielsweise weniger betont

[184] Carl M. Cannon et al., "The White House Profiles," *National Journal*, 23. Juni 2001, S. 1897; Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 331.
[185] Michael Dobbs, "Back in Political Forefront: Iran Contra-Figure Key Role in Mideast," *The Washington Post*, 27. Mai 2003.
[186] Mary Mcgrory, "Contra-Intuitive," *The Washington Post*, 8. Juli 2001.
[187] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 276-278.

als von Joshua Muravchik. Das Konzept der *advocacy coalition* beinhaltet jedoch, dass alle Mitglieder dieselben normativen Grundüberzeugungen und Problemperzeptionen teilen. Insofern Überschneidungen in der Argumentation zum Regimewechsel im Irak hinsichtlich der zugrundeliegenden Überzeugungen zwischen William Kristol, Robert Kagan, Charles Krauthammer und Paul Wolfowitz erkennbar sind, lässt sich von einem Kern der Neokonservativen, die eine *advocacy coalition* darstellen, sprechen. Möglicherweise zählt auch Lewis Libby zu dieser Gruppe.

Bei der Identifizierung des Policy Netzwerks anhand der Politikempfehlung des Regimewechsels im Irak, ohne Berücksichtigung der zugrunde liegenden Argumentation, erweitert sich der Mitgliederkreis beträchtlich. Da bei den Befürwortern einer militärischen Intervention im Irak verschiedene Gründe im Vordergrund standen, kann nicht von einer „neokonservativen“ *advocacy coalition* gesprochen werden, sondern höchstens von einem Netzwerk, welches das Ziel des Sturzes von Saddam Hussein durch militärische Intervention teilt. Die *assertive nationalists* Frank Gaffney und auch Vizepräsident Cheney traten für einen Regimewechsel ein, da sie eine Bedrohung durch den Besitz von Massenvernichtungswaffen des Irak fürchteten, wobei auch kommerzielle Interessen eine Rolle gespielt haben könnten.[188] Den jüdischen Mitgliedern des neokonservativen Netzwerks wie Eliot Abrams, Douglas Feith oder Richard Perle wird zudem unterstellt, sie seien vor allem für einen Regimewechsel im Irak eingetreten, um die Sicherheitslage Israels zu verbessern.[189] Falls das Argument der Sicherung der Ölressourcen des Nahen Ostens für die amerikanische und die Weltwirtschaft eine Motivation für den Irakkrieg gewesen ist, so wurde dieses Argument von den Neokonservativen nie in den Vordergrund gestellt.[190] Zwar gibt es einige ideologische Unterschiede zwischen den verschiedenen Akteuren, doch vertreten sie im Ergebnis die gleiche Politikempfehlung.

---

[188] Richard Perle ist mehrfach in den Verdacht geraten, aus seiner Position als Vorsitzender des DPB finanzielle Profit zu ziehen, so z.B. 2003 als er wegen Investmentberatungsdienstleistungen für die Firma Global Crossings vom Posten des Vorsitzenden des DFB zurückgetreten. Hilzenrath, "The Ultimate Insider: Richard N. Perle's many Business Ventures Followed His Years as a Defense Official." Für Vizepräsident Cheney steht laut Bob Woodwards Darstellung seit dem 11. September insbesondere die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen im Vordergrund der sicherheitspolitischen Überlegungen: Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 132.

[189] Ian Buruma, "How to Talk About Israel," *The New York Times*, 31. August 2003.

[190] Frum lehnt das Argument der Sicherung der Ölressourcen, bzw. der Ölquellen für amerikanische Förderunternehmen offen ab. Er weist jedoch darauf hin, dass die Ölvorkommen des Nahen Osten als Einnahmequellen von Terroristen eine Gefahr darstellen. David Frum, "Myth II: America Wants War with Saddam because of Oil," *The Daily Telegraph*, 22. Oktober 2002. Allerdings weist Frum darauf hin, dass die Ölvorkommen des Nahen Osten als Einnahmequellen von Terroristen eine Gefahr darstellen.

### *II.5.b. Interaktion und strukturelle Vernetzung*

Ein weiteres Kriterium zur Einordnung des Netzwerks ist der Grad der Interaktion der Akteure. Für die Zeit nach dem Amtsantritt George W. Bushs lässt sich die Dichte und Struktur des Informationsaustauschs sowie die institutionalisierte Interaktion der gesellschaftlichen und staatlichen Akteure, die über gelegentlichen Kontakt bei Veranstaltungen von Think Tanks hinausgeht, kaum nachweisen. Das DPB, dessen Beratungen geheim sind, kann zwar als ein Indiz der Koordination von gesellschaftlichen Akteuren und den Mitarbeitern des Verteidigungsministeriums angesehen werden, doch ist über die inhaltlichen Ausführungen nur wenig bekannt. Vor dem Wahlsieg George W. Bushs ist die Vernetzung vergleichsweise leichter nachzuweisen. Die Zeit im Exil während der Amtszeit Clintons haben die Neokonservativen mit der Gründung des PNAC und des *Weekly Standard* intensiv genutzt, um sich im politischen System so zu positionieren, dass ihre Politikempfehlungen größtmögliche Wirkung entfalten. Bei der Entwicklung und Verbreitung von Ideen und als Auffangbecken für ausscheidende Politiker haben neokonservative Think Tanks in dieser Zeit eine große Rolle gespielt. Während der Amtszeit Clintons kann man jedoch kaum von einem Policy Netzwerk sprechen, da keiner der beteiligten Akteure in der Regierung vertreten war. Die Ämterbesetzung der George W. Bush Regierung wurde zu einem großen Teil von persönlichen Beziehungen bestimmt. Viele Regierungsmitarbeiter haben bereits in der Vergangenheit in der Reagan Administration oder zu einem früheren Zeitpunkt zusammengearbeitet und können als „eingespieltes Team“ bezeichnet werden, so z.B. Wolfowitz und Perle oder Libby und Cheney. Hinsichtlich der gemeinsamen Politikempfehlungen und der Interaktion zwischen den verschiedenen Experten in Think Tanks, Akademikern und Regierungsmitgliedern bzw. Angehörigen von Regierungsbehörden handelt es sich also um ein Policy Netzwerk.

Um bei der Analyse des Einflusses der Neokonservativen aus der Perspektive der Policy Netzwerke den Kontext und den Einfluss anderer Akteure, die nicht Teil des spezifischen Policy Netzwerks sind, zu berücksichtigen, sollen die Ideen der Neokonservativen mit den Auffassungen der anderen außenpolitischen Berater Bushs in Bezug gesetzt werden. Die Einflussmöglichkeiten der Kabinettsmitglieder sind vor allem vom Regierungsstil des Präsidenten abhängig, während die persönlichen Überzeugungen des Präsidenten für seine Präferenzbildung ausschlaggebend sind. Im abschließenden letzten Kapitel soll der Einfluss

des neokonservativen Netzwerks aus der Perspektive des linear konzipierten Politikzyklus analysiert werden.

## III. Die Weltanschauung der *Vulcans* und der Regierungsstil Bushs

Für den Wahlkampf hatte Bush 1998 ein Team außenpolitischer Berater zusammengestellt, dem Condoleeza Rice den Namen die „Vulcans“ gab, in Anlehnung an die Statue des römischen Gottes für Feuer und Metallverarbeitung, Vulkan, die das Symbol ihrer Heimatstadt Birmingham, Alabama, war. Die Namensgebung, die zunächst scherzhaft gemeint war, wurde von dem Beraterteam bald selbst öffentlich verwendet, implizierte sie doch Widerstandsfähigkeit, Unnachgiebigkeit und Macht.[191] Die außenpolitischen Berater, zu denen Richard Cheney, Colin Powell, Condoleeza Rice, Paul Wolfowitz und Richard Armitage gehörten, übernahmen nach George W. Bushs Amtsantritt Positionen von Kabinettsrang in der Regierung.[192] Ihre Politikempfehlungen, die sich aus der Weltanschauung herleiten, weisen trotz vieler Gemeinsamkeiten auch entscheidende Differenzen auf, so dass zwischen moderaten Internationalisten, *assertive nationalists* und Neokonservativen unterschieden werden kann. Neben der Weltanschauung seines Beraterteams ist vor allem der Regierungsstil Präsident Bushs ausschlaggebend für den Einfluss der außenpolitischen Berater.

Schon in der Phase des Wahlkampfs wurde deutlich, dass sich Bush im Bereich der Außenpolitik auf den Wissens- und Erfahrungsschatz seines Beraterteams verlassen würde, während er selbst nicht sehr detaillierte Kenntnisse besaß. Bei einem kurzen Quiz des Reporters Andy Hiller im November 1999 beispielsweise konnte Bush keinen der gefragten vier ausländischen Regierungschefs aus Krisenregionen der Welt benennen. Sein lückenhaftes Wissen versuchte er durch den Verweis auf seine erfahrenen Berater zu kompensieren. Während einer Wahlkampfveranstaltung bekundete er: “Nobody needs to tell me what to believe, but I do need somebody to tell me where Kosovo is.”[193] Der Kandidat Bush sah sich als Präsident in der Rolle des Chief Executive Officer (CEO) der Vereinigten Staaten. Während des Wahlkampfes erklärte er, seine Aufgabe sei es, die Ziele und Leitlinien der

---

[191] Die Bezeichnung fand auch Eingang in wissenschaftliche Publikationen: Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. x.

[192] Nach dem 11. September wurde der Nationale Sicherheitsrat, der auch als War Cabinet bezeichnet wurde, das wichtigste außenpolitische Beratungsgremium. Dem Kriegskabinett gehörten Außenminister Colin Powell und sein Stellvertreter Richard Armitage, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und sein Stellvertreter Paul Wolfowitz, die Nationale Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice, Vizepräsident Richard Cheney, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Richard Myers, und CIA Direktor George Tenet an.

[193] zitiert nach: Tucker Carlson, "Devil May Care," *Talk Magazine*, September 1999.

Politik seiner Regierung vorzugeben, die dann von seinem Kabinett detailliert ausgearbeitet und umgesetzt werden würden.[194]

### III.1. Weltanschauung

Zunächst lassen sich einige gemeinsame grundsätzliche Annahmen über das Wesen und die Funktionsweise des internationalen Systems und die daraus erwachsende Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt erkennen, die von allen Kabinettsmitgliedern geteilt werden. Diese Linie der Realistischen Schule der Außenpolitik, die auf bestimmten Grundannahmen basiert, wird von Lindsay und Daalder als „hegemonial" bezeichnet.[195] Demnach wird das internationale System eher von Anarchie bestimmt, als dass es Immanuel Kants Vision eines friedlichen Zusammenlebens gleicht. Wie Bush in seiner Biographie betonte: „This is still a world of terror and missiles and madmen."[196] Die im Wahlkampf verkündete Absicht, das Raketenabwehrsystem weiterzuentwickeln, um der Bedrohung durch Proliferation von Massenvernichtungswaffen entgegen zu wirken, basiert auf dieser Annahme.

Desweiteren gehen die Hegemonialisten davon aus, dass Staaten die Hauptakteure auf internationaler Ebene sind, wobei die Erkenntnisse der 1990er Jahre über die Konsequenzen der Globalisierung und die Bedeutung transnationaler Akteure weitgehend ausgeblendet werden. Staaten, so die weitere Annahme, handeln gemäß ihren nationalen Interessen, ohne Berücksichtigung einer „imaginären internationalen Gemeinschaft".[197] Das nationale Interesse der USA wird als die Sicherung einer friedlichen internationalen Umgebung definiert, in der Wirtschaftswachstum und politische Freiheit garantiert werden. Nicht das Völkerrecht, sondern Macht ist das primäre Instrument internationaler Politik, wobei diese nicht nur durch das Potential in Form von Militär, Wirtschaftskraft und Bevölkerung definiert wird, sondern auch durch die Bereitschaft der Anwendung dieser Potentiale zur Verteidigung des nationalen Interesses gekennzeichnet ist.[198] In diesem Zusammenhang stellte Bushs Beraterteam

---

[194] Ivo H. Daalder, *America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy*, Washington, D.C.: Brookings Institution, 2003, S. 33.

[195] Ivo H. Daalder und James M. Lindsay, "Bush's Foreign Policy Revolution," in: Fred I. Greenstein (Hrsg.), *The George W. Bush Presidency: An Early Assessment*, Baltimore: Johns Hopkins UP, 2004, S. 106. Hajo Funke bezeichnet diesen als „hegemonialen Nationalismus", s. Hajo Funke, *Der amerikanische Weg: Hegemonialer Nationalismus in der US-Administration*, Berlin: Schiller, 2003.

[196] George W. Bush, *A Charge to Keep*, New York: Morrow, 1999, S. 239.

[197] Condoleeza Rice, "Promoting the National Interest," *Foreign Affairs* 79 (1), 2000, S. 45-62.

[198] Ibid., S. 47 f., 62.

während des Wahlkampfs China und Russland als die Herausforderer des nächsten Jahrhunderts dar, deren aufsteigende Macht eine Konkurrenz für die USA bedeuteten.[199]

Dem Völkerrecht und multilateralen Organisationen kommt in dieser Anschauung eine sekundäre Bedeutung zu. In der ersten Rede während des Wahlkampfs, die er außenpolitischen Themen widmete, sprach Bush sich für die Stärkung multilateraler Organisationen aus, soweit diese im Dienste und Sinne der USA instrumentalisiert werden könnten. Er versprach die Förderung internationaler Institutionen unter der Bedingung, dass die Weltbank und der internationale Währungsfond IMF ebenso wie die UN Bürokratie reformiert würden – auch wenn er als oberster Befehlshaber niemals US Truppen einem UN Kommando unterstellen würde.[200] Internationale Verträge wurden von den Hegemonialisten mit Misstrauen betrachtet, da sie als wenig effektiv zur Regulierung des Verhaltens von Staaten im internationalen System angesehen wurden. Diese Abkommen wirkten lediglich einschränkend auf die Handlungsfreiheit der Vereinigten Staaten und anderer rechtstreuer Staaten, während sogenannte Schurkenstaaten internationales Recht missachteten, so die vorherrschende Meinung der *Vulcans*. Daher sei es für die USA von größerem Vorteil die eigene Sicherheit zu maximieren, indem die nationale Handlungsfreiheit so wenig wie möglich eingeschränkt würde, vorausgesetzt, dass der Gewinn durch höhere Flexibilität die diplomatischen Kosten der Nichtteilnahme an international angestrebten Abkommen übersteigt.[201]

Während der Realismus in der Ausprägung der Realpolitik Henry Kissingers die innere Verfassung und den Charakter der einzelnen Staaten für ihr Verhalten im internationalen System für unerheblich erachtet, deuteten die Hegemonialisten an, dass nur Demokratien zu einem friedlichen Miteinander in der internationalen Gemeinschaft fähig seien. Condoleeza Rice wies darauf hin, dass Realismus und Idealismus in der außenpolitischen Debatte keineswegs gegensätzliche Pole darstellen. In einem internationalen Umfeld, in dem die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer Stärke eine Vormachtstellung einnehmen, seien amerikanische Werte wie Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit, die universelle Gültigkeit besitzen, besser gewährleistet.[202] So versuchte Rice, das Gegensatzpaar von machtfokussiertem Realismus und wertzentriertem Idealismus aufzulösen. Diese

[199] George W. Bush, *A Distinctly American Internationalism*, 19. November 1999, http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/bush/wspeech.htm, [zitiert am 15.05.2004].
[200] Ibid.
[201] Daalder und Lindsay, "Bush's Foreign Policy Revolution," S. 108.
[202] Rice, "Promoting the National Interest," S. 49.

Überzeugung fand ebenfalls Eingang in Bushs Rede zum *Distinctly American Internationalism*, als er erklärte: „America, by decision and destiny, promotes political freedom – and gains the most when democracy advances. America believes in free markets and free trade – and benefits most when markets are opened. America is a peaceful power – and gains the greatest dividend from democratic stability."[203] Er beschrieb somit Amerikas Rolle als die eines gutmütigen Hegemons.

Die unter dem Schlagwort hegemonial skizzierte Weltanschauung stellt den Konsens des Beraterteams Bush dar, während das Meinungsspektrum in der Regierung insgesamt breiter angelegt ist. Moderate oder pragmatische Internationalisten, *assertive nationalists* sowie Neokonservative oder *democratic imperialists*, wie Ivo Daalder diese bezeichnet, betonen unterschiedliche Grundannahmen und kommen im Ergebnis zu unterschiedlichen Politikempfehlungen. Zum Kristallisationspunkt für die Differenzen wird die Abwägung zwischen nationalem Interesse und der Bereitschaft zum Einsatz von militärischer Gewalt. Unterschiedliche Ergebnisse dieser Erwägung resultieren einerseits aus einer engen oder weiten Auslegung des nationalen Interesses, andererseits aus der unterschiedlichen Einschätzung der Kosten einer militärischen Intervention.

## III.2. Denkschulen innerhalb der Regierung

### *III.2.a. Democratic Globalists*

Wie bereits im ersten Kapitel dargestellt, sind die Neokonservativen oder *democratic globalists* davon überzeugt, dass die Bereitschaft zur Anwendung militärischer Gewalt im amerikanischen Interesse keinerlei Schranken unterliegen dürfe. Der Einsatz militärischer, ökonomischer und politischer Macht zur Verbreitung von Demokratie wird von ihnen befürwortet.[204] Die Verbreitung von Demokratie wird als Strategie zur Durchsetzung amerikanischer Interessen angesehen. Da Demokratien untereinander keinen Krieg führen, wird dem Sicherheitsbedürfnis der Vereinigten Staaten durch die Verbreitung von Demokratie Rechnung getragen und ein den amerikanischen Wirtschaftsinteressen förderliches Umfeld geschaffen. Diese Ansicht wurde innerhalb des Beraterkreises vor allem vom Stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz vertreten. Die Regierungsmitglieder und Mitarbeiter in der Bürokratie, die diese Weltanschauung teilen, wurden im vorangegangenen Kapitel bereits erwähnt.

---

[203] Bush, *A Distinctly American Internationalism*.
[204] Daalder, *America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy*, S. 46 f.

### *III.2.b. Moderate Internationalisten*

Am deutlichsten heben sich die von Colin Powell vertretenen Ansichten von dieser Denkschule ab. Powell vertritt einen moderaten Internationalismus, wie er traditionell von den Republikanern an der Ostküste repräsentiert wurde. Seine Ansichten ähneln vielmehr denen von Bush Sr. und dessen Sicherheitsberater Brent Scowcroft.[205] In dieser Hinsicht spiegelt die Kontroverse zwischen den außenpolitischen Beratern auch den Wandel und die Konfliktlinien innerhalb der Republikanischen Partei wieder.[206]

Powell war nicht von Beginn an Teil des von Bush zusammengerufenen Beraterteams, sondern trat erst später hinzu. Mit Blick auf sein hohes Ansehen in der Bevölkerung war seine Aufnahme in das Bush Team auch wahltaktisch motiviert, obgleich er während des Wahlkampfs nur selten gemeinsam mit Bush auftrat. Bis 1993 kleidete Powell als Vorsitzender der *Joint Chiefs of Staff* den höchsten militärischen Posten im Verteidigungsministerium. In dieser Eigenschaft zeichnete er sich auch für die Operation *Desert Storm* im Jahre 1991 verantwortlich, in dessen Zusammenhang die sogenannte Powell Doktrin geprägt wurde.[207] Die Doktrin vereinigt Lehren aus vergangenen Militäreinsätzen wie beispielsweise in Vietnam und auch aus den Terroranschläge in Beirut 1983. Demnach sollte ein militärischer Einsatz nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn die nationalen Interessen unmittelbar betroffen sind. Die Operation sollte dann mit allen zur Verfügung stehenden Kräften und überwältigender Übermacht durchgeführt werden. Ebenso wichtige Voraussetzungen sind eine hohe Zustimmung der Öffentlichkeit und eine klare Exit-Strategy.[208]

Powells Warnung zur Zurückhaltung bei der Anwendung von militärischer Gewalt ist darauf zurück zu führen, dass er die Kosten einer militärischen Intervention als besonders hoch einschätzt. Neben dem Stellvertretenden Außenminister Richard Armitage ist Colin

---

[205] Interview mit James Steinberg.

[206] Bereits 1997 beschrieb Robert Kagan die Konfliktlinien innerhalb der Republikanischen Partei ähnlich: “While the split over foreign policy is often seen as a battle between isolationists and internationalists, Mr. Kagan sees three groups now vying: "ideological" Reagan internationalists who define themselves by pushing for a strong defense and unilateral action; "pragmatic" Bush internationalists with more faith in multilateral action; and an increasingly powerful minimalist-to-isolationist wing wary of almost any international engagement "unless vital interests are involved . . . which turns out is very rare.” Gerald F. Seib und Carla Anne Robbins, "GOP vs. GOP: Republicans Do Battle Against One Another Over Numerous Issues," *The Wall Street Journal*, 14. April 1997.

[207] Diese Doktrin hat ihren Ursprung in den von Verteidigungsminister Caspar Weinberger in einer Rede (“The Uses of Military Power”) 1984 vor dem National Press Club aufgestellten Richtlinien für den Einsatz von militärischer Gewalt, die unter dem Eindruck des Anschlags auf eine US Marine Einrichtung in Beirut im Oktober 1983 enstanden, bei dem 241 Marines getötet wurden.

[208] Colin Powell, "U.S. Forces: Challenges Ahead," *Foreign Affairs* 71 (5), 1992, S. 32-45.

Powell das einzige Mitglied des Beraterkreises Bushs, das über unmittelbare Erfahrungen an der Kriegsfront verfügt. Hierin mag auch seine Wertschätzung nichtmilitärischer Mittel zur Konfliktlösung in der internationalen Politik begründet sein. Powell vertritt nicht nur andere Maßstäbe für die Anwendung von militärischer Gewalt, sondern ist auch vom Nutzen multilateraler Abkommen wie dem Comprehensive Test Ban Treaty überzeugt, für dessen Ratifizierung er sich 1998 öffentlich aussprach.[209] Zwar bildet für die moderaten Internationalisten auch die amerikanische Vormachtstellung den Ausgangspunkt amerikanischer Außenpolitik, doch sind diese über die diplomatischen Kosten von rücksichtslosem Unilateralismus besorgt. Zudem spielt die idealistische Komponente eine eher geringe Rolle. Powell wandte sich beispielsweise gegen eine militärische Intervention zum Schutz der muslimischen Bevölkerung gegen serbische Angreifer in Bosnien 1992.[210]

### *III.2.c. Assertive Nationalists*

Die *assertive nationalists* lehnen jegliche Einengung der Handlungsfreiheit durch internationale Abkommen oder übergroße Vorsicht als Hemmschwelle für den Einsatz von militärischer Gewalt ab und sehen sich allein der Verteidigung eines nationalen Interesses verpflichtet. Die USA werden als Garant der internationalen Ordnung über internationale Verbindlichkeiten gestellt, um so durch ihre Vormachtstellung und glaubhafte Bereitschaft zum Einsatz ihrer Macht für Stabilität zu sorgen.[211] Die ideologische Komponente der Verbreitung von Demokratie ist in dieser Auffassung zwar durchaus vorhanden, doch kommen *nation building* sowie humanitären Interventionen keine hohe Bedeutung zu. Rice betonte: “To be sure, there is nothing wrong with doing something that benefits all humanity, but that is, in a sense, a second-order effect.”[212] Im Mittelpunkt der Überlegungen sollte eher das eng definierte amerikanische nationale Interesse stehen. Folge ist ein selektives internationales Engagement, wobei von Fall zu Fall entschieden wird, ob und wie interveniert werden soll. Eine Mehrheit des Bush Beraterteams ist diesen Ideen verhaftet, so zum Beispiel Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Vizepräsident Richard Cheney. Auch in der Republikanischen Partei und unter führenden

---

[209] General Colin Powell Former Joint Chiefs of Staff: General John Shalikashvili, Admiral William und Crowe and General David Jones, *Statement on the Comprehensive Test Ban Treaty*, 28. Januar 1998.

[210] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 221.

[211] In der 1992 von Wolfowitz verfassten umstrittenen Pentagon Studie, die an die Presse gelangte aber in dieser Form nie verabschiedet wurde, hieß es: “The world order is ultimately backed by the U.S.“ "Excerpts from a Pentagon Plan: Prevent the Re-emergence of a New Rival," *New York Times*, 8. März 1992; "Excerpts from a Pentagon Plan: Prevent the Re-emergence of a New Rival," *New York Times*, 8. März 1992; Daalder, *America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy*, S. 47.

[212] Rice, "Promoting the National Interest," S. 47.

konservativen Intellektuellen finden sich Anhänger dieser Weltanschauung, die von Peter Spiro „new sovereigntists“ genannt werden.[213]

## III.3. Regierungsstil

Der Regierungsstil Präsident Bushs, der ausschlaggebend für die Möglichkeit der Einflussnahme der Kabinettsmitglieder und Berater ist, setzt sich aus verschiedenen Qualitäten des Präsidenten zusammen: George W. Bush verfügt über politisches Gespür, Geschick im Umgang mit Menschen und Managerqualitäten.[214] Zu den wichtigsten Merkmalen seines Regierungsstils, die die Entscheidungsfindung beeinflussen, gehören sein politisches Ethos und seine organisatorischen Fähigkeiten, die an dieser Stelle kurz erläutert werden sollen.

### *III.3.a. Politisches Ethos*

Bushs Politikverständnis gründet sich in seinem politischen Ethos, dem „distinguishing character of and guiding beliefs behind George W. Bush’s approach to politics“.[215] Von der Familie wurde Bush der Ethos der Eigenverantwortlichkeit und „public-spirited business leadership“ vermittelt. Im Dienst des Gemeinwohls galt es, öffentliche Führungsrollen zu übernehmen. Das Programm der *Faith Based Initiatives*, das ehrenamtliche Tätigkeiten in den Vordergrund stellt, kann als Ausdruck des Glaubens an eine gesamtgesellschaftliche Verantwortlichkeit des Einzelnen gesehen werden.[216] Als Gouverneur von Texas trat Bush sein Amt mit dem Slogan des „responsible Texas“ an und auch der Titel seiner Wahlkampfbiographie birgt das zentrale Thema der Verantwortung: „A Charge to Keep“.[217]

---

[213] Peter J. Spiro, "The New Sovereigntists: American Exceptionalism and Its False Prophets," *Foreign Affairs* 79 (6), 2000, S. 9-15.

[214] Thomas E. Cronin und Michael Genovese, *The Paradoxes of the American Presidency*, New York u.a.: Oxford UP, 1998, S. 122 ff. Fred Greenstein hebt insbesondere Emotionale Intelligenz, kognitiver Stil, politisches Geschick, policy vision, organisatorische Fähigkeiten und Effektivität der politischen Kommunikation als Kategorien zur Analyse vom präsidentiellen Führungsstil hervor: Fred I. Greenstein, *The Presidential Difference: Leadership Style from FDR to Clinton (with a new afterword on George W. Bush)*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 2001; ---, "The Changing Leadership of George W. Bush: A Pre- and Post-9/11 Comparison," *Presidential Studies Quarterly* 32 (2), 2002, S. 387-396; --- (Hrsg.), *The George W. Bush Presidency: An Early Assessment*, Baltimore u.a.: Johns Hopkins UP, 2003; Richard Elliott Neustadt, *Presidential Power: The Politics of Leadership*, New York u.a.: Wiley, 1960; Jerel Rosati und Stephen Twing, "The Presidency and US Foreign Policy after the Cold War," in: James M. Scott (Hrsg.), *After the End: US Foreign Policy in the Post-Cold War World*, Durham/London: Duke University Press, 1998, S. 29-56.

[215] Hugh Heclo, "The Political Ethos of George W. Bush," in: Fred I. Greenstein (Hrsg.), *The George W. Bush Presidency: An Early Assessment*, Baltimore: Johns Hopkins UP, 2003, S. 18.

[216] Ibid., S. 23.

[217] Als Quelle der Inspiration und Erinnerung an seine Aufgaben dient dem Präsidenten auch das Gemälde, das in seinem Arbeitszimmer hängt, welches einen Reiter zeigt, der – am Ende seiner Kräfte – durch unwegsames Bergland galoppiert, mit dem Titel *A Charge to Keep*. Nico Fried und Wolfgang Koydl,

Entgegen diesem Ideal ist jedoch bemerkenswert, dass Bush in den turbulenten 1960ern, in denen er das College in Yale und die Harvard Business School besuchte, jeglichen politischen Grundsatzdebatten fern blieb. In seiner Studienzeit glänzte er durch soziale Kompetenzen und Beliebtheit, als Präsident der Studentenverbindung, nicht jedoch durch Präsenz in den intellektuellen Debatten auf dem Campus.

Seine Auffassung von Politik wurde entscheidend durch die Erfahrungen der politischen Karriere seines Vaters geprägt, welchen er seit seiner Jugend tatkräftig unterstützte. Zudem war Bush seit 1968 in verschiedensten Wahlkämpfen tätig, u.a. in Florida, Alabama und Texas. Bush zog aus diesen Erfahrungen die Lehre, dass Politik weniger an Ideologien als vielmehr an Personen festzumachen sei. Einzelne Politikthemen rückten im Wahlkampf als strategische Instrumente in den Mittelpunkt einer Imagekampagne, weniger jedoch als Ausdruck genuiner Überzeugungen. Dies spiegelt sich auch in seiner Ausführung des Präsidentschaftsamts wieder, die den Charakter eines fortwährenden Wahlkampfes trägt, bei dem politisches Handeln als Transaktionen mit Wählergruppen in Form von einzelnen *issues* vollzogen wird.[218] Der Vorrang von taktischen Einzelentscheidungen vor Strategieentscheidungen hat jedoch eine inkohärente Politik zur Folge. Die Loyalität einer Wählergruppe, beispielsweise der Evangelikalen oder der Abtreibungsgegner, kann daher keineswegs als gegeben betrachtet werden, sondern muss sich immer wieder neu erkämpft werden.

Bush versuchte, den 11. September in diesem Kontext als eine Zäsur darzustellen, da er die Ereignisse zum sinngebenden Moment seiner Präsidentschaft interpretierte, in denen sich sein Auftrag offenbarte: Seine Mission war es, die Vereinigten Staaten im Angesicht der neuen Bedrohung zu verteidigen. Bob Woodward zitiert den Präsidenten mit folgenden Worten: „I will seize the opportunity to achieve big goals. There is nothing bigger than to achieve world peace."[219] Zeitweilig schien es auch als habe der Präsident sein vages außenpolitisches Gesamtkonzept, das vor allem auf Instinkten und Intuition, weniger auf intellektuellen Betrachtungen basierte, gegen ein kohärentes Gesamtkonzept eingetauscht.

Nach den Terroranschlägen bestimmten außenpolitische Themen die Agenda und der Präsident sah sich vornehmlich in der Rolle des Obersten Befehlshabers des Landes. Die

"Orientierungslos auf rauer See: Das Verwirrspiel der Regierung Bush über das richtige Vorgehen im Irak: Dissonanzen, Selbstgespräche und viel Widersprüchliches," *Süddeutsche Zeitung*, 18. Mai 2004.

[218] Heclo, "The Political Ethos of George W. Bush," S. 44.

[219] Woodward, *Bush at War*, S. 339.

Kriegsstimmung rückte den Präsidenten ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit und die Zustimmungsrate der Bevölkerung schnellte als Ergebnis des *Rally around the Flag*-Effekts von 57% im Februar 2001 auf 90% in die Höhe.[220] Zudem steigerte sich der Machtzuwachs des Präsidenten durch weitreichende Autorisierungen des Kongresses im Bereich der Außenpolitik mit der Use of Force Resolution 2001[221], der Iraq Resolution 2002[222] und dem U.S.A. Patriot Act 2001[223], so dass teilweise von einer Aufhebung der verfassungsgemäßen Kontrolle der Exekutive durch die Legislative gesprochen wird.[224]

Diese Verschiebungen im institutionellen Machtgefüge konnte Bush durch seine Führungsqualitäten ausbauen und verfestigen. In den Tagen nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon vermochte es der Präsident, in der Öffentlichkeit das Bild heroischer präsidentieller Führung zu etablieren, welches sogar mit dem Heldenmythos John F. Kennedys verglichen wurde.[225] In seiner Ansprache am Abend der Anschläge deutete Bush diese als Kriegshandlung und zeichnete das Bild eines Kriegs gegen den Terrorismus mit dem moralischen Anspruch, im Kampf von Gut gegen Böse zu siegen.[226] Er setzte die Terroranschläge in direkten Zusammenhang mit dem amerikanischen Exzeptionalismus und der tiefverwurzelten Überzeugung, als „City upon a Hill" Vorbildcharakter für die Welt zu besitzen. Somit schuf Bush eine Kontinuität zwischen der nationalen Identität und seinem Programm des „War on Terrorism".[227]

---

[220] Umfragewerte vom 21.-22.10.2001. Umfrage der Gallup Organisation zu Presidential Ratings – Job Approval, http://www.gallup.com/ poll/ topics/ptjobapp.asp (23.08.2003)

[221] *Authorization for the Use of Military Force*, 107th, PL 107-40.

[222] *Authorization for Use of Military Force Against Iraq Resolution of 2002*, 107th, 107-243.

[223] *Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Interrupt and Obstruct Terrorism Act of 2001 (USA PATRIOT ACT)*, 107th, PL 107-56.

[224] Interview mit Charles Kupchan, Senior Fellow and Director of European Studies, *Council on Foreign Relations*; Associate Professor of International Relations in the School of Foreign Service and Government Department at Georgetown University, 10.02.2004. James M. Lindsay, "Deference and Defiance: The Shifting Rhythms of Executive-Legislative Relations in Foreign Policy," *Presidential Studies Quarterly* 33 (3), 2003, S. 530-546.

[225] David Frum, *The Right Man: The Surprise Presidency of George W. Bush*, New York: Random House, 2003, S. 125; Jon Roper, "The Contemporary Presidency: George W. Bush and the Myth of Heroic Presidential Leadership," *Presidential Studies Quarterly* 34 (1), 2004, S. 133.

[226] George W. Bush, *Statement by the President to Address His Nation*, 11. September 2001, http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010911-16.html, [zitiert am 11.05.2004]. Die Rede Bushs am Abend des 11. Septembers hat Untersuchungen zufolge entscheidenden Einfluss auf den Anstieg seiner Umfragewerte gehabt, vgl. James N. Schubert, Patrick A. Stewart, und Margaret Ann Curran, "A Defining Presidential Moment: 9/11 and the Rally Effect," *Political Psychology* 23 (3), 2002, S. 559-583. Weitere wichtige öffentliche Auftritte des Präsidenten unmittelbar nach den Anschlägen waren die Rede im Trauergottesdienst in der National Cathedral am 14. September 2001, die spontane Megaphonansprache am Ground Zero, sowie die Rede vor dem versammelten Kongress am 20. September 2001.

[227] Amerikanischer Exzeptionalismus beinhaltet die Überzeugung der moralischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten und ihrer Einzigartigkeit des Ursprungs, des politischen Systems, der sozialen

Nach dem 11. September entwickelte sich der Krieg gegen den Terrorismus zum Herzstück seines außenpolitischen Programms, dem sich zeitweilig alle anderen internationalen Probleme unterordneten. Auch die innenpolitische Agenda wurde zwischenzeitlich vom Krieg gegen den Terrorismus dominiert, was sich im Patriot Act 2001 niederschlug. Doch folgte Bush auch im Rahmen des Krieges gegen den Terrorismus keinem eindeutigen ideologischen Programm. Inwiefern die Außenpolitik Bushs nach den Terroranschlägen vom 11. September von den Neokonservativen beeinflusst wurde, wird im nächsten Kapitel untersucht.

### *III.3.b. Organisatorische Fähigkeiten*

Bush selbst interpretiert seinen Regierungsstil in Anlehnung an das unternehmerische Modell eines Vorstandsvorsitzenden, wobei er sowohl auf seine praktischen Erfahrungen als Manager des Baseballteams Texas Rangers, als auch aus seinem Studium an der Harvard Business School zurückgreifen kann.[228] David Brooks beschrieb Bushs Managerstil bei den Texas Rangers wie folgt: „He didn't try to compensate for his weaknesses—his lack of interest in the nuts and bolts of team operations. He played to his strengths. Uninterested in doing the things he was not good at, he delegated day-to-day management of the club and spent his time on climate control."[229]

Zwar wird man schwerlich den Job eines Baseballteammanagers mit dem des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vergleichen können, doch lassen sich gewisse Parallelen zwischen Bushs Managerstil bei den Texas Rangers und seinem Führungsstil im Amt des Präsidenten erkennen. Insbesondere das Delegieren in Bereichen, in denen Bush über geringes Wissen oder keine Stärken verfügt, fällt dabei ins Auge. Im Hinblick auf den Entscheidungsprozess hat dies zur Konsequenz, dass die Berater, denen bestimmte Aufgaben übertragen werden, eine große Verantwortung für das Regierungshandeln tragen. Das Delegieren von Aufgaben birgt jedoch auch die Gefahr, dass der Präsident sich in große Abhängigkeit von dem Wissensstand und den persönlichen Einschätzungen seiner Mitarbeiter

---

Organisation und Werte sowie der kulturellen und religiösen Charakteristika. Siobhan McEvoy-Levy, *American Exceptionalism and US Foreign Policy Public Diplomacy at the End of the Cold War*, New York: Palgrave, 2000, S. 23; Katja Rüb und Jürgen Wilzewski, "Dominanz statt Abschreckung: Amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September," in: Jürgen Wilzewski Werner Kremp (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung: Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz e.V., 2003, S. 15.

[228] Greenstein, "The Changing Leadership of George W. Bush: A Pre- and Post-9/11 Comparison," S. 392.

[229] David Brooks, "Texas Ranger: Did running a baseball team help prepare George W. Bush to run America?" *The Weekly Standard* 5 (13), 1999, S. 20.

und Berater begibt, wie bei der Entscheidung zum Irakkrieg deutlich wurde, die Gegenstand des vierten Kapitels ist.

Bei dem von Bush vertretenen Model des Präsidenten als Chief Executive Officer (CEO) ist es besonders wichtig, dass der Präsident in der Lage ist, bei der Auswahl zwischen verschiedenen Handlungsoptionen Entschlossenheit an den Tag zu legen, um im Ergebnis zu überzeugenden Politikergebnissen zu kommen. Bush proklamierte, dass diese Entscheidungen nicht im Hinblick auf Umfragewerte und Zielgruppen getroffen werden sollten, sondern auf gesamtstimmigen Prinzipien beruhen.[230] Inwiefern der Außenpolitik Bushs ein stimmiges Gesamtkonzept unterliegt wird im letzten Teil der Arbeit aufgezeigt. Zu den persönlichen Kompetenzen des Präsidenten gehört auch, Selbstvertrauen an den Tag zu legen, die richtigen Entscheidungen treffen zu können und getroffen zu haben, ein Charakterzug, über den Bush verfügt. Darüber hinaus wird der Präsident als zupackend und problemlösungsorientiert beschrieben.

David Frum, der als Redenschreiber für Bush tätig war, beobachtete, dass dieser Grundsatz in der Realität dazu führte, dass Bush mehrere Handlungsoptionen gleichzeitig entwickelte, um einen größeren zeitlichen Spielraum zu gewinnen und sich für die bessere Lösung entscheiden zu können.[231] Teil seiner Strategie ist im Idealfall daher auch, eine Pluralität an Meinungen unter seinen Beratern zu ermutigen. Die Darstellung Bob Woodwards zur Entscheidung zum Irakkrieg zeigt, dass Bush unmittelbar nach den Terroranschlägen vom 11. September gegenüber seinem Verteidigungsminister darauf drang, durchführbare Kriegsszenarien für einen Regimewechsel in Bagdad zu entwickeln. Jedoch wurde er von seinem Außenminister erst auf die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung des Problems im Rahmen der UN aufmerksam gemacht, als bereits erheblich Zeit verstrichen war.

[230] Daalder, *America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy*, S. 33.
[231] Frum, *The Right Man: The Surprise Presidency of George W. Bush*, S. 26.

## IV. Der Einfluss der Neokonservativen auf die Außenpolitik der Bush Administration

Welchen Einfluss hat das Netzwerk der Neokonservativen auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess der Bush Regierung im Hinblick auf die Entscheidung für einen militärischen Einsatz im Irak? Hinsichtlich des Einflusses der Neokonservativen lässt sich die Amtszeit Bushs in drei chronologische Abschnitte unterteilen, in denen der Einfluss der Akteure des neokonservativen Netzwerks unterschiedlich groß war. In der ersten Phase vor den Terroranschlägen vom 11. September, die von unilateralen Tendenzen bestimmt war, verfügten die Neokonservativen in der Regierung über vergleichsweise geringen Einfluss. Erst im zweiten Abschnitt, der den Zeitraum vom 11. September bis zum August 2002 umfasst, begünstigte die Dynamik innerhalb des Regierungsapparats die Neokonservativen, als ein möglicher Einsatz gegen den Irak von allen Regierungsmitgliedern und in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wurde. Im Schatten der Terroranschläge gelang es den Neokonservativen, ihre Agenda des Regimewechsels im Irak mit dem vom Präsidenten verkündeten „Krieg gegen den Terrorismus“ zu verknüpfen. Die unmittelbare Reaktion der Regierung auf die Anschläge beinhaltete neben dem militärischen Einsatz in Afghanistan „enduring freedom“ die Verabschiedung des USA PATRIOT Act, der die innere Sicherheit erhöhen sollte, und die Einrichtung des *Department for Homeland Security*. Währenddessen bemühten die Neokonservativen sich, die Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang zwischen den Terroranschlägen und einem Regimewechsel im Irak zu lenken.

In der Rede zur Lage der Nation (*State of the Union Address*) am 29. Januar 2002 deutete Bush erstmals die Möglichkeit eines Präemptivschlags gegen den Irak an. Bis August 2002 arbeiteten die Neokonservativen in der zivilen Führungsspitze des Verteidigungsministeriums an den Vorbereitungen für einen Irakkrieg, ohne dass eine formelle Sitzung des Kriegskabinetts[232], wie der NSC nach dem 11. September auch genannt wurde, sich mit dem Thema beschäftigt hatte. Diese Vorbereitungen umfassten die Ausarbeitung der militärischen

[232] Dem Kriegskabinett gehörten die sog. „principles“ (Vizepräsident Cheney, Außenminister Powell, Verteidigungsminister Rumsfeld, Sicherheitsberaterin Rice, CIA Direktor Tenet, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff Myers und White House Chief of Staff Card) und die Stellvertreter (Vice President Chief of Staff Libby, Deputy Secretary of State Armitage, Deputy Secretary of Defense Wolfowitz, Deputy Assistant to the President for National Security Affairs Hadley, Deputy Director of the CIA McLaughlin) an. James P. Pfiffner, "National Security Policymaking and the Bush War Cabinet," in: Richard Conley (Hrsg.), *Transforming the American Polity: The Presidency of George W. Bush and the War on Terrorism*, Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall, 2004, Online Zugriff unter: http://mason.gmu.edu/%7Epubp502/pfiffner-readings-bushcab.htm.

Operation sowie die Beschaffung von entsprechendem Geheimdienstmaterial für die Begründung eines Militärschlags. Die von dem Neokonservativen Douglas Feith, Under Secretary for Policy Planning, eingesetzte *Counter Terrorism Evaluation Group* suchte Beweise für die Verbindung Saddam Husseins zu den Terroranschlägen vom 11. September und Belege für irakische Einrichtungen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, die einen Angriff auf das Regime im Rahmen des Krieges gegen den Terrorismus rechtfertigen könnten.

Erst nachdem Außenminister Powell im August 2002 den Präsidenten auf die Vorzüge eines international legitimierten Einsatzes gegenüber einem unilateral durchgeführten Militärschlag für einen Regimewechsel im Irak hingewiesen hatte und der engste Verbündete der USA, Premierminister Tony Blair, vehement dafür eingetreten war, bemühte sich die Regierung um eine diplomatische Lösung im Rahmen der UN. Der Einsatz von militärischer Gewalt sollte von der internationalen Gemeinschaft durch eine Sicherheitsratsresolution legitimiert werden und somit Unterstützung durch eine breite internationale Koalition sicherstellen. Im Zeitraum vom August 2002 bis Januar 2003, der den dritten Untersuchungsabschnitt darstellt, und der durch den diplomatischen Prozess im Rahmen der UN geprägt war, schien es zunächst, als hätten sich die Befürworter der Waffeninspektionen als Instrument der Abrüstung des Iraks durchsetzen können. Die Neokonservativen, die für den Einsatz militärischer Mittel eintraten, wiesen in diesem Zeitraum wiederholt darauf hin, dass die UN Waffeninspektionen wenig effektiv seien und Saddam Hussein auf diplomatischem Wege nicht zur Aufgabe seiner Waffenprogramme zu bewegen sei. Präsident Bush war nach eigenen Angaben zum Jahreswechsel 2002/2003 zu dem Schluss gekommen, dass die Instrumente der Diplomatie versagt hatten und nur ein Militärschlag die Bedrohung durch die irakischen Massenvernichtungswaffen abwenden konnte.[233]

Die Außenpolitik Bushs wird in diesen drei Abschnitten im Hinblick auf den Einfluss der Mitglieder des neokonservativen Netzwerks untersucht, wobei der Dynamik zwischen den verschiedenen Ministerien und Agencies besondere Beachtung geschenkt werden soll. Die für den Entscheidungsprozess relevanten Aktivitäten der Neokonservativen im gesellschaftlichen Raum können nur einbezogen werden, insofern sie dokumentiert sind.

[233] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 251, 254.

## IV.1. Die Außenpolitik der Bush Administration vor dem 11. September

### *IV.1.a. Selecting the Players – Ämterbesetzung*

Die Patronageentscheidungen der Bush Regierung zu Beginn der Amtsperiode waren Weichenstellungen für die zukünftige Politik der Administration, da sie Persönlichkeiten mit einer bestimmten Weltanschauung, individuellen Fähigkeiten und einer eigenen Agenda durch die Übertragung von Zuständigkeiten, die mit einem bestimmten Amt einhergehen, Macht verliehen haben. Die Vergabe der Posten in der Administration folgte dabei auch taktischen Aspekten mit dem Ziel, die Unterstützung und Loyalität bestimmter Interessengruppen zu belohnen.[234] Die Neokonservativen des PNAC wie William Kristol verfügten jedoch über geringe Aussichten, bei der Besetzung der Ämter berücksichtigt zu werden, da sie sich während des Wahlkampfes zunächst für den Republikaner McCain ausgesprochen hatten. Einzig Paul Wolfowitz, der bereits dem außenpolitischen Beraterteam der *Vulcans* angehört hatte, wurde für wichtige Posten, wie dem des Verteidigungsministers, in Erwägung gezogen.

Die bedeutendsten Personalentscheidungen wurden hauptsächlich von Bush und drei weiteren Beratern getroffen: Vizepräsident Richard Cheney, White House Chief of Staff Andrew Card und dem engsten Vertrauten Bushs aus Texas, Clay Johnson, der in Yale Bushs Zimmergenosse gewesen war und der bereits in seinem Texas Governor Office als Stabschef gedient hatte.[235] Die Ernennungen von Condoleeza Rice zur Nationalen Sicherheitsberaterin und von Colin Powell zum Außenminister waren bereits während des Wahlkampfs entschieden worden. Bush hatte während des Wahlkampfes von Powells großer Popularität profitiert. Ein wichtiges Kriterium bei der Vergabe der Leitung des Verteidigungsministeriums war daher die Fähigkeit der betreffenden Person, Außenminister Powell die Stirn zu bieten, der mit seinem politischem Geschick die Außenpolitik der Administration dominieren könnte.[236]

Erfahrung mit Verteidigungsangelegenheiten, die Fähigkeit zum Umgang mit der Bürokratie und ein großes Durchsetzungsvermögen waren ausschlaggebend dafür, dass die Wahl auf Donald Rumsfeld für den Posten des Verteidigungsministers in der neuen

---

[234] James A. Barnes, "Bush's Insiders," *National Journal*, 23. Juni 2001, S. 1870.
[235] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 261.
[236] James Kitfield, "A Diplomat With A Bayonet," *National Journal*, 27. Januar 2001, S. 250; Michael Steinberger, "Misoverestimated," *The American Prospect*, April 2004, S. 18-24.

Regierung fiel.[237] Rumsfeld, der über das notwendige Profil und die Referenzen verfügte, hatte in der Ford Regierung als Stabschef im Weißen Haus mit Cheney zusammengearbeitet und war bereits einmal von 1975-77 Verteidigungsminister gewesen. Als ehemaliger Kongressabgeordneter hatte er auf dem Kapitol Erfahrung gesammelt und während seiner Tätigkeiten als CEO des Pharmakonzerns *Searle* seine Managerfähigkeiten unter Beweis gestellt.[238] Wolfowitz erhielt letztendlich den Posten des Stellvertretenden Verteidigungsministers während Richard Armitage, der im Wahlkampf ebenfalls Teil des Beraterteams gewesen war, Stellvertretender Außenminister wurde.

Die Besetzung der Posten in den unteren Rängen erfolgte überwiegend durch die Rekrutierung alter Mitarbeiter unter Bezugnahme auf alte Seilschaften. So traten beispielsweise auch Lewis Libby als Stabschef des Vizepräsidenten und Zalmay Khalilzad als Mitarbeiter im NSC Posten in der Administration an. Beide hatten bereits in der Bush Sr. Regierung im Verteidigungsministerium mit dem damaligen Verteidigungsminister Cheney und dem Under Secretary of Defense for Policy Wolfowitz zusammengearbeitet.[239] Douglas Feith, der ein enger Mitarbeiter Richard Perles war, als dieser den Posten des Assistant Secretary of Defense in der Reagan Administration innehielt, wurde zum Under Secretary of Defense for Policy ernannt. William Luti, ebenfalls ein enger Vertrauter Richard Perles und ehemaliger Mitarbeiter Cheneys, war im Pentagon für das Near East Bureau tätig.[240] Daneben erhielt Stephan Hadley, der in der Bush Sr. Regierung Assistant Secretary of Defense for International Security Policy gewesen war, den Posten des Stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberaters. Die Neokonservativen waren in der Bush Administration also nicht nur im Verteidigungsministerium vertreten.

Die für die Außenpolitik relevanten Positionen in der Bush Administration waren überwiegend mit Veteranen aus dem Verteidigungsministerium besetzt. Auch das Außenministerium wurde mit Powell, dem ehemaligen Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, und Armitage, der ebenfalls von 1981 bis 1993 in verschiedenen Positionen im Verteidigungsministerium gearbeitet hatte, von Personen geführt, die keine Karrierediplomaten waren. Dennoch entstanden Spannungen zwischen den moderaten Internationalisten im Außenministerium und den „assertive nationalists“ und

[237] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 263.
[238] Midge Decter, *Rumsfeld: A Personal Portrait*, New York, NY: Simon & Schuster, 2003.
[239] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 209.
[240] Burrogh et al., "The Path to War," S. 104.

Neokonservativen des Verteidigungsministeriums, so dass das Weiße Haus als Vermittler fungieren musste.[241] Da der Präsident über relativ wenig Erfahrung in der Außenpolitik verfügte, befand sich Cheney mit seinem Erfahrungsschatz als ehemaliger Verteidigungsminister in einer mächtigen Position. Auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der Regierung wird im Weiteren noch eingegangen werden.

### *IV.1.b. „Blunt Unilateralism" – Die Außenpolitik der Bush Regierung vor dem 11. September*

Die Außenpolitik der Bush Regierung war in den ersten neun Monaten vor allem durch einen „unverhüllten Unilateralismus" gekennzeichnet, der stark von den Vorstellungen der Hegemonialisten geprägt war, die für eine Vormachtstellung der USA in der Welt auf Kosten von multilateralen Institutionen und Verträgen eintraten.[242] Die neokonservativen Kommentatoren des *Weekly Standard* hießen diese Politik willkommen, obgleich ihr direkter Einfluss auf die Außenpolitik der Bush Regierung zu diesem Zeitpunkt gering war, da sie über keinen Zugang zum Weißen Haus verfügten. Obgleich die Außenpolitik der Regierung in der ersten Phase der Amtszeit größtenteils im Einklang mit ihren Ansichten stand, waren die Neokonservativen innerhalb der Regierung nicht ausschließlich für den politischen Kurs der Administration verantwortlich. Der Unilateralismus zeichnete sich in dem Ausstieg aus dem ABM Vertrag zugunsten der Weiterentwicklung des nationalen Raketenabwehrsystems, in der Abkehr von internationalen Klimaschutzregimen, und dem Internationalen Strafgerichtshof ab. Diese Vorhaben waren bereits während des Wahlkampfes angekündigt worden.

Der Widerstand gegen den Vertrag von Rom, der die Einsetzung des Internationalen Strafgerichtshof vorsieht, wurde von den Hegemonialisten in der Regierung und von Anhängern beider Parteien im Kongress geführt. Bereits unter der Clinton Regierung war die Einsetzung eines permanenten internationalen Strafgerichtshofs für die Verfolgung der Straftatbestände des Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit umstritten, da die Autorität einer internationalen Institution als Einschränkung der nationalen Souveränität empfunden wurde.[243] Die Hegemonialisten vertraten die Auffassung, dass die Vormachtstellung der USA durch diese Art von internationalen Normen und Institutionen, die

---

[241] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 277.

[242] "blunt unilateralism", vgl. Michael Hirsh, "Bush and the World," *Foreign Affairs* 81 (5), 2002, S. 18-43.

[243] Bartram S. Brown, "Unilateralism, Multilateralism, and the International Criminal Court," in: Stewart Patrick und Shepard Forman (Hrsg.), *Multilateralism and U.S. Foreign Policy: Ambivalent Engagement*, Boulder, Colo.: Lynne Rienner Publishers, 2002, S. 334.

ihre Handlungsfreiheit einschränken würde, gefährdet sei.[244] Daher überraschte es nicht, als Undersecretary of State for Arms Control John Bolton dem UN Generalsekretär Kofi Annan am 6. Mai 2002 mitteilte, dass die USA nicht beabsichtigten, den Vertrag von Rom zu ratifizieren und somit die von Clinton geleistete Unterschrift widerrief.[245] Auch die Gegnerschaft der Regierung bezüglich des Kyoto Protokolls der *UN Framework Convention on Climate Change* vom 11. Dezember 1997 hatte Bush bereits während des Wahlkampfs angedeutet. Er argumentierte, das Abkommen, welches die Industriestaaten zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen verpflichtet, würde die US Wirtschaft am empfindlichsten treffen, während beispielsweise die potentiellen Rivalen China oder Indien als Entwicklungsländer weniger strengen Auflagen unterliegen würden.[246] Im März 2001 erklärte die Regierung, sie werde das Kyoto Protokoll dem Senat nicht zur Ratifizierung vorlegen. Diese Entscheidung, die vor allem die Interessen der Wirtschaft berücksichtigte, spiegelte auch die Auffassung der Hegemonialisten wieder und stellte eine Schwächung des multilateralen Regimes dar, da der größte Emittent sich den Regeln nicht unterwerfen wollte.

Während des Wahlkampfs hatte Bush den Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems (NMD) angekündigt.[247] Mehrere Mitglieder der Rumsfeld Kommission, die sich bereits 1998 für das NMD ausgesprochen hatten, waren nun in der Bush Regierung vertreten, so dass wenig Zweifel an der Durchführung des Vorhabens bestehen konnten. Wichtige Positionen wie die des Undersecretary of State for Arms Control, der für Rüstungskontrollverhandlungen zuständig ist, waren von Hardlinern besetzt worden, die für das gleiche Vorhaben kämpften. Zwangsläufig kollidierten die Pläne für das NMD mit dem 1972 unterzeichneten ABM Vertrag, der gemäß der Logik der „mutual assured destruction“ den Aufbau eines solch umfassenden nationalen Abwehrsystems untersagte, wie Bush auch im Mai 2001 öffentlich feststellte.[248] Zwar bemühte sich die US Delegation, zu deren Mitgliedern neben Bolton auch Undersecretary of Defense for Policy Planning Douglas Feith zählte, in Rüstungskontrollgesprächen mit Moskau zunächst um eine erweiterte

---

[244] Hirsh, "Bush and the World," S. 18-43.

[245] John R. Bolton, *International Criminal Court: Letter to UN Secretary General Kofi Annan*. Department of State, 6. Mai 2002, http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2002/9968.htm, [zitiert am 20.07.2004].

[246] Halper und Clarke, *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*, S. 124 f.

[247] zu Bush Rüstungskontrollpolitik s. Oliver Thränert, "Paradigm Shift? Die USA und die Zukunft der Rüstungskontrolle," in: Werner Kremp und Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung: Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*, Trier: Wissenschaftlicher Verlag, 2003, S. 125-157.

[248] George W. Bush, *Remarks by the President to Students and Faculty at National Defense University*, 1. Mai 2001, http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/05/20010501-10.html, [zitiert am 20.07.2004].

Auslegung des bestehenden Vertrages, um Tests für das NMD zu legitimieren. Als die Verhandlungen im November 2001 jedoch scheiterten, verkündeten die USA ihren einseitigen Rückzug aus dem Vertrag.[249]

Neben diesen strategischen Entscheidungen der Administration kam es in der ersten Phase der Außenpolitik nach dem Zusammenstoß zwischen einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug und einem chinesischen Kampfjet zu der ersten Krisenentscheidung, in der Außenminister Powell eine entscheidende Rolle spielte.[250] Das amerikanische Flugzeug war zur Landung auf der chinesischen Insel Hainan gezwungen worden, wo die 24-köpfige amerikanische Crew festgenommen wurde, während die chinesischen Piloten abgestürzt waren. Mit Powells Hilfe kam es zu einer diplomatischen Lösung, in der sich die USA formell für den Verlust der chinesischen Kampfjetpiloten entschuldigten. Die Neokonservativen des *Weekly Standard* sprachen empört von einer nationalen Demütigung und forderten die Aufhebung von Chinas Handelsvorteilen.[251] Rice kontaktierte den Herausgeber William Kristol nach diesem Zwischenfall, um direkt mit den neokonservativen Kritikern zu kommunizieren und nicht mehr lediglich über Zitate in den Medien.[252] Damit hatten die Neokonservativen aus dem Bereich der Think Tanks Zugang zum Weißen Haus erhalten.

Nach den ersten sechs Monaten zog Krauthammer ein positives Fazit aus der Außenpolitik der Bush Regierung: „In its first few months, its policies have reflected a comfort with the unipolarity of the world today, a desire to maintain and enhance it, and a willingness to act unilaterally to do so."[253] Auch wenn die Tendenz zum Unilateralismus von den Neokonservativen willkommen geheißen wurde, gingen die „Erfolge" der ersten Phase der Präsidentschaft auf die gemeinsamen Anstrengungen von unterschiedlichen Akteuren zurück. Die Neokonservativen Kommentatoren des *Weekly Standard* deuteten aber auch auf die Bereiche hin, in denen Bush hinter seinen Wahlkampfversprechungen zurück geblieben war, so z.B. hinsichtlich der Erhöhung des Verteidigungsetats und der Reform des Militärs.[254]

---

[249] Halper und Clarke, *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*, S. 129.
[250] Nancy Gibbs und Micheal Duffy, "Bush's Big Test: Saving Face," *Time Magazine*, 16. April 2001.
[251] Robert Kagan und William Kristol, "A National Humiliation," *The Weekly Standard*, 16. April 2001, S. 11.
[252] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 316.
[253] Charles Krauthammer, "The Bush Doctrine: ABM, Kyoto and the New American Unilateralism," *The Weekly Standard*, 4. Juni 2001, S. 21-25.
[254] Robert Kagan und William Kristol, "No Defense," *Weekly Standard*, 23. Juli 2001, S. 11-13.

### *IV.1.c. Dynamik innerhalb der Regierung in der ersten Phase*

Ein erstes Anzeichen für das Kräftemessen zwischen dem Außenministerium und dem Weißen Haus über die Federführung in der Außenpolitik fand unmittelbar nach dem Amtsantritt Bushs statt, als der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung der neuen Regierung seine Aufwartungen machte und sich der amerikanischen Unterstützung der „Sonnenscheinpolitik“ mit dem nördlichen Nachbarn versichern wollte.[255] Bei einem ersten Treffen mit Verteidigungsminister Powell erklärte dieser, die Bush Administration würde an Clintons Politik anknüpfen und für die Aushandlung eines weiteren Abkommens mit Nordkorea über die Beschränkung der Waffenproduktion und des Waffenexports eintreten. Am nächsten Tag zu Besuch im Weißen Haus erklärte Bush jedoch zu Jungs Verwunderung, solange man nicht gewiss sein könne, dass Nordkorea die bisherigen Abmachungen einhalte, werde die USA sobald nicht auf weitere Verträge hinarbeiten. Wenige Stunden vor dem Treffen hatte Bush sich mit Cheney, Libby und Card sowie mit Communications Director Karen Hughes ins Oval Office zurückgezogen und beschlossen, Powell öffentlich zu signalisieren, dass er seine Kompetenzen nicht überschreiten dürfe.[256] Powell wurde so bereits frühzeitig deutlich, dass die Formulierung der Außenpolitik in den Kompetenzbereich des Präsidenten und seines Mitarbeiterstabs fiel, zu dem neben der Sicherheitsberaterin und der Bürokratie des NSCs auch der Vizepräsident und seine Mitarbeiter gehörten, während das Außenministerium lediglich für die Implementierung der Politik zuständig war.

Auch Rumsfeld musste erkennen, dass er seine Politikvorstellungen der Agenda des Weißen Hauses unterordnen musste. Sein großes Vorhaben, die Anpassung des Militärs an die neuen Formen der Kriegführung im 21. Jahrhundert, schien an der fehlenden Unterstützung aus dem Weißen Haus ebenso zu scheitern, wie am internen Widerstand und dem Reformunwillen im Verteidigungsministerium. Cheney und Bush hatten die von ihm beantragte Erhöhung des Verteidigungshaushalt nur hälftig bewilligt, da die Einlösung des Wahlversprechens der Steuersenkungen in dieser Phase für sie höhere Priorität hatte.[257]

---

[255] Sonnenscheinpolitik ist die Bezeichnung für die Entspannungspolitik Südkoreas gegenüber Nordkorea, die vom südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung (1998-2003) in die Wege geleitet wurde. Anliegen der Politik ist es, einen innerkoreanischen Dialog einzuleiten, um langfristig eine friedliche Wiedervereinigung zu ermöglichen. Die Sonnenscheinpolitik basiert auf der Annahme, dass das Regime Nordkoreas trotz großer wirtschaftlicher Probleme in naher Zukunft nicht zusammenbricht und militärische Spannungen durch bilaterale und multilaterale Abkommen verringert werden können.

[256] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 279.

[257] Decter, *Rumsfeld: A Personal Portrait*, S. 133 ff; Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 290.

*„The Imperial Vice Presidency“*

Vizepräsident Cheney, der auch als „chief operating officer“ der Exekutive bezeichnet wurde, verfügte über herausragenden Einfluss auf die Politikformulierung der Administration.[258] Cheney zählte von Beginn an zu den engsten Vertrauten Bushs.[259] Er besaß zwar keine unmittelbare Zuständigkeit für Militär, Diplomatie oder Geheimdienst, aber das bedeutete auch, dass weder er, noch sein Stabschef Libby mit Routineentscheidungen und den täglichen Kämpfen zwischen den verschiedenen Behörden belastet wurde. Stattdessen konnte er sich auf die größeren Entscheidungen konzentrieren.[260]

Libby hatte ein Team von außenpolitisch kundigen und erfahrenen Mitarbeitern versammelt, die den Mitarbeiterstab des Vizepräsidenten dazu befähigten, unabhängig von anderen Behörden und Ministerien der Exekutive, die sich mit Außenpolitik beschäftigten, zu operieren. Zudem waren Libby und seine Mitarbeiter dadurch privilegiert, dass sie Zugang zu sämtlichen außenpolitischen Beratungen im Weißen Haus hatten.[261] Zu Beginn seiner Amtszeit hatte der Präsident Überlegungen angestellt, Cheney den Vorsitz des NSC und der Beratungen der Stellvertreter des Verteidigungs- und Außenministeriums zu überantworten. Dies schlug Cheney nach dem 11. September wiederholt vor, doch der Präsident bestand darauf, diese Sitzungen in der Rolle des *Commander in Chief* persönlich zu führen.[262] Seit Beginn der Amtszeit entstand eine Vertrauensstruktur, in der der Vizepräsident engsten Kontakt zum Präsidenten pflegte und teilweise die Aufgaben eines Sicherheitsberaters übernahm, was letztendlich zu Lasten des pluralistisch angelegten *Interagency* Prozesses des NSC ging. Einige Experten vermuten, dass der Mitarbeiterstab des Vizepräsidenten im Laufe der Zeit Aufgaben übernommen hat, die in vorherigen Regierungen vom NSC ausgeführt wurden, da die Bürokratie des NSC zu umfangreich und unbeweglich geworden war.[263]

---

[258] James A. Barnes, "The Imperial Vice Presidency," *National Review*, 17. März 2001, S. 814.

[259] Pfiffner, "National Security Policymaking and the Bush War Cabinet." Diese Ansicht wird auch von anderen Experten geteilt: Interviews mit Gary Schmitt; Charles Kupchan; Roger Hulsman.

[260] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 49.

[261] Halper und Clarke, *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*, S. 120 f; Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 49.

[262] Barnes, "The Imperial Vice Presidency," S. 815; Woodward, *Bush at War*, S. 38.

[263] Halper und Clarke sprechen gar vom Vice President’s Office als “Mini-NSC”, Halper und Clarke, *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*, S. 120; Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 276.

*Irakpolitik vor dem 11. September*

Ein anderes Beispiel, an dem die Entscheidungsstrukturen innerhalb der Regierung deutlich werden, ist die Irakpolitik der Regierung vor dem 11. September. Bush war bei seinem Amtsantritt auf Cheneys Initiative hin bereits umfassend über die verschiedenen Handlungsoptionen unterrichtet worden. Bei der ersten Sitzung des NSC am 30. Januar 2001 war beschlossen worden, eine kohärente Strategie für den Irak auszuarbeiten, woraufhin das Außenministerium, das Verteidigungsministerium sowie die CIA unterschiedliche, teilweise gegensätzliche Policy Vorschläge erarbeiteten.[264] Das Verteidigungsministerium favorisierte die Unterstützung des INC mit dem Vorsitzenden Ahmed Chalabi in der Hoffnung, dass dieser eine treibende Kraft für den Regimewechsel sein würde. Der neokonservative Stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz entwickelte eine „enclave strategy", die vorsah, die Ölfelder im Süden des Irak durch einen Militärschlag unter Kontrolle zu bringen. Von dieser Enklave aus sollte die Opposition im Irak und der INC, die letztendlich das Regime stürzen sollten, amerikanische Unterstützung erhalten.

Das Außenministerium hingegen wollte den internationalen Druck auf das Regime Saddam Husseins durch „smart sanctions" erhöhen und die Waffeninspektionen erneuern. Die Sanktionen sollten lediglich den Import von Gütern untersagen, die für militärische Zwecke verwendet werden könnten, nicht aber den von Waren, die für zivile Zwecke vorgesehen waren.[265] Bis zur Sommerpause 2001 war es auf dem Weg der formellen Entscheidungsstruktur des NSC zu keiner Einigung über die weitere Strategie gegenüber dem Irak gekommen.

Condoleeza Rice wurde in diesem Zusammenhang kritisiert, ihrer Aufgabe als Sicherheitsberaterin des Präsidenten nur unzureichend gerecht geworden zu sein. Obwohl es innerhalb ihrer Möglichkeiten und Verantwortung lag, aus den unterschiedlichen Vorschlägen der *Agencies* eine Position zu formulieren, die sie dem Präsidenten hätte empfehlen sollen, übernahm sie eine passivere Rolle. Rice verstand sich als Vermittlerin zwischen dem Präsidenten und den Ministern und Stellvertretern, wobei sie die verschiedenen Standpunkte herausarbeitete und Bush diese präsentierte. Wenn der Präsident eine Entscheidung gefällt

[264] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 9 ff.
[265] Ibid., S. 19 f.

hatte, sah sie es als ihre Aufgabe, diese in konkrete Policy Formulierungen zu übersetzen.[266] In diesem Fall hatte Bush jedoch keine Entscheidung gefällt und so war jeglicher Fortschritt in der Formulierung einer Irakpolitik durch die andauernden Kämpfe im formellen *Interagency Process* im Rahmen des NSC zum Stillstand gekommen.

Hier zeichnete sich bereits ein Entscheidungsmuster ab, das den Neokonservativen in der Administration nach dem 11. September Handlungsspielraum verschaffte. Dadurch dass das Außen- und Verteidigungsministerium ihre jeweiligen Handlungsempfehlungen unabhängig voneinander entwickelten und sich die Kluft zwischen ihnen vertiefte, wurde die Formulierung eines gemeinsamen Ansatzes beinahe unmöglich. Da die Sicherheitsberaterin die Gegensätze nicht miteinander in Einklang bringen konnte, war der *Interagency Process* gelähmt und das Netzwerk der Neokonservativen im Weißen Haus und im Verteidigungsministerium konnte die argumentative Rechtfertigung für einen Irakkrieg aufbauen, die Planung für einen Militäreinsatz vorantreiben und letztendlich die Kompetenzen der zivilen Führungsspitze des Verteidigungsministeriums ausweiten.

## IV.2. Die Reaktion der Neokonservativen in der ersten Phase des Krieges gegen den Terrorismus

Im Juni 2001 hatte Wolfowitz in einer Rede vor der Abschlussklasse der Militärakademie über den Angriff auf Pearl Harbor im zweiten Weltkrieg festgestellt: „Surprise happens so often that it is surprising that we are still surprised by it."[267] Dennoch trafen die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 auch die George W. Bush Regierung zwei Monate später völlig unvorbereitet.[268] Während George W. Bush die Terroranschläge als sinngebendes, richtungsweisendes Ereignis für seine Präsidentschaft deutete, gelang es den Neokonservativen in der Regierung, ihre Agenda des Regimewechsels in diesem Augenblick der Krise in den Vordergrund zu rücken. In der Reaktion auf die Terroranschläge witterten die Neokonservativen eine Möglichkeit, einen tief greifenden

---

[266] Burrogh et al., "The Path to War," S. 106; Nicholas Lemann, "Without a Doubt: Has Condoleeza Rice changed George W. Bush, or has he changed her?" *The New Yoker*, 14. Oktober 2002, S. 178; Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 367.

[267] Paul Wolfowitz, *Commencement Address at the U.S. Military Academy, West Point*, 2. Juni 2001, http://www.defenselink.mil/speeches/2001/s20010602-depsecdef.html, [zitiert am 30.07.2004].

[268] Gerald L. Posner, *Why America Slept: The Failure to Prevent 9/11*, New York, NY: Random House, 2003. Über die Hintergründe, warum die Administration die Hinweise auf sich anbahnende terroristische Anschläge nicht ernstnahm, gibt auch der Abschlussbericht der 9/11 Untersuchungskommission Aufschluss: *The 9/11 Commission Report*.

Politikwechsel einzuleiten.[269] Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung steht der Regimewechsel im Irak mit militärischen Mitteln, für den die Neokonservativen bereits in den 1990er Jahren eingetreten waren.

Nach den Terroranschlägen bemühten sich die Neokonservativen, den Regimewechsel im Irak als Teil des Krieges gegen den Terrorismus auf der Tagesordnung zu verankern. Bush hatte die Terroranschläge sofort als Kriegshandlungen interpretiert und gegenüber den Mitgliedern des Kriegskabinetts verkündet: „We are at War".[270] In seiner Fernsehansprache am Abend des 11. Septembers 2001 machte er deutlich, dass das Phänomen des Terrorismus kein transnationales, sondern vor allem ein zwischenstaatliches Problem sei: „We will make no distinction between the terrorists who committed these acts and those who harbor them".[271] Dadurch wurde die Formulierung eines Programms für den „Krieg gegen den Terrorismus" ermöglicht, das auf Regime abzielte, die allgemein Terroristen unterstützten. Die Antwort auf die Anschläge beschränkte sich nicht allein auf den Krieg gegen das Al Quaida nahestehende Regime der Taliban in Afghanistan als singuläre Aktion, sondern schloss andere Staaten als weitere Ziele mit ein. Eine ähnliche Reaktion hatten auch die Neokonservativen ein Jahr zuvor bei dem Anschlag auf das amerikanische Kriegsschiff USS Cole gefordert.

Präsident Clintons Reaktion auf den Anschlag Al Quaidas unter der direkten Führung Osama Bin Ladens auf das Kriegsschiff USS Cole am 12. Oktober 2000 stand im krassen Gegensatz dazu. Den Anschlag, bei dem 17 Soldaten getötet und 40 verwundet wurden, hatte Präsident Clinton als „a cowardly act of terrorism" verdammt.[272] Damals kritisierte Donnelly dies in einem Kommentar im *Weekly Standard* als inadäquat. „An American president these days has difficulty recognizing an assault on a U.S. Navy vessel in a foreign port for what it obviously is: an act of war." Bei dem Terroranschlag handele es sich um eine Kriegshandlung, daher befänden die USA sich im Krieg. Der Terrorismus sei zudem kein

---

[269] Thomas A. Birkland, "'The World Changed Today': Agenda-Setting and Policy Change in the Wake of the September 11 Terrorist Attacks," *Review of Policy Research* 21 (2), 2004, S. 179-200.

[270] *The 9/11 Commission Report*, S. 326. Der entscheidende Moment für die Definition der Terroranschläge als Kriegshandlung war höchstwahrscheinlich Andrew Cards Meldung, als er den Präsidenten von den Anschlägen informierte: „A second plane hit the second tower. America is under attack." Woodward, *Bush at War*, S. 15. Bush war bereits auf dem Weg zu dem Termin mit der Schulklasse in Florida von dem Einschlag des ersten Flugzeugs unterrichtet worden, hatte aber zunächst nicht reagiert.

[271] Die Entscheidungen zum einen von einem Kriegszustand zu sprechen und zum anderen nicht zwischen terroristischen Vereinigungen und den sie beherbergenden Staaten zu unterscheiden, hat der Präsident weitestgehend ohne Konsultierung seiner Beratern getroffen, nachdem er von den Anschlägen erfahren hatte. William Crotty, "Presidential Policymaking in Crisis Situations: 9/11 and Its Aftermath," *Policy Studies Journal* 31 (3), 2003, S. 458.

[272] *The 9/11 Commission Report*, S. 190.

globales, transnationales Problem, sondern ein zwischenstaatliches: „These may be 'non-state actors,' but they benefit from state sponsorship, and they can form alliances of convenience with governments hostile to the United States or simply take advantage of weak or failing states."[273] Donnelly hatte damit ein Jahr vor den Anschlägen vom 11. September 2001 die Reaktion Bushs vorformuliert.

*Beratungen des Kriegskabinetts zum Irak nach dem 11. September*

In den Beratungen des Kriegskabinetts nach den Anschlägen vom 11. September schien von Beginn an außer Frage zu stehen, dass auf die erste Welle im Krieg gegen den Terrorismus in Afghanistan eine weitere folgen würde. Das Kriegskabinett befasste sich am 12. September mit der Definition der Ziele (*aims and objectives*) für diesen Krieg. In der Sitzung wurde auch über eine Vorlage beraten, die die generelle Eliminierung des Terrorismus als eine Bedrohung für den amerikanischen „way of life" über Al Quaida hinaus postulierte, und sich auf die Verfolgung von internationalen terroristischen Vereinigungen im Nahen Osten erstreckte.[274] Verteidigungsminister Rumsfeld drängte in dieser Sitzung darauf, auch andere Staaten, die Terroristen beherbergten, als mögliche Ziele in Erwägung zu ziehen und nannte Irak, Afghanistan, Libyen, Sudan und Iran.[275] Damit hatte der Verteidigungsminister als erster Irak als mögliches Ziel erwähnt.

Der Präsident veranlasste den National Coordinator for Counterterrorism des NSC Richard Clarke ebenfalls am 12. September zu untersuchen, ob Saddam Hussein mit den Terroranschlägen in Verbindung stand. Clarke sandte die Ergebnisse an Sicherheitsberaterin Rice, deren Mitarbeiter Khalilzad wiederum ein Memo verfasste, in dem er zu dem Schluss kam, dass keine zwingenden Beweise für eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und den Terroranschlägen oder Saddam Hussein und Al Quaida vorlagen.[276] Im Rahmen der Beratungen in Camp David am 14./15. September, die sich mit der Planung des Krieges gegen den Terrorismus beschäftigten, wurde auch über einen möglichen militärischen Einsatz gegen Irak beraten. Der Stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz, der der stärkste Verfechter dieser Option war, argumentierte für ein militärisches Vorgehen als direkte

[273] Tom Donnelly, "America at War: What the Attack on the USS Cole Tells Us," *The Weekly Standard*, 30. Oktober 2000, S. 11.
[274] *NSC Memo, Deputies Draft Paper (attached to Agenda for NSC Meeting Scheduled for Sept. 12, 2001).* zitiert in: *The 9/11 Commission Report*, S. 332.
[275] *The 9/11 Commission Report*, S. 330.
[276] Clarke behauptete die erste Version des Memos sei an das NSC zurück gesandt worden, da es keinerlei Beweise enthielt, was Rice und Hadley bestreiten.

Reaktion auf die Terroranschläge, da ein Krieg gegen Afghanistan wegen des unwegsamen Geländes schwierig sei und die Gefahr eines endlosen Einsatzes in sich berge. Ein militärischer Einsatz im Irak hätte weitaus bessere Aussichten auf Erfolg. Wolfowitz erklärte, es bestünde eine 10-50%ige Chance, dass der Irak an den Anschlägen vom 11. September beteiligt sei. Zudem müssten die USA das Ziel des Regimewechsels im Irak verfolgen, wenn der Kampf gegen den Terrorismus ernsthaft geführt werden sollte, da Saddam Hussein den internationalen Terrorismus unterstütze.[277] In den vom Pentagon vorbereiteten Vorlagen, die in der Sitzung verteilt wurden, wurde außerdem angeführt, dass das Interesse des Irak an Massenvernichtungswaffen eine Bedrohung darstellte.[278]

Die anderen außenpolitischen Berater Bushs reagierten auf den Vorstoß des Stellvertretenden Verteidigungsministers mit Skepsis. Powell entgegnete, dass Koalitionspartner für einen Krieg gegen den Irak kaum zu finden seien, solange keine definitive Verbindung zu den Terroranschlägen bewiesen sei. Andrew Card, Stabschef im Weißen Haus, CIA Chef George Tenet sowie Vizepräsident Cheney votierten ebenso gegen ein militärisches Vorgehen gegen den Irak zu diesem Zeitpunkt, da sie Al Quaida als direkt verantwortlich für die Anschläge sahen. Sie schlossen einen Irakkrieg für einen späteren Zeitpunkt im Krieg gegen den Terrorismus aber nicht aus, während Rumsfeld keine eindeutige Empfehlung abgab.[279]

Präsident Bush verwarf nach dieser Sitzung die Überlegung, zu diesem Zeitpunkt eine militärische Operation gegen den Irak durchzuführen. Rice gegenüber erwähnte er am darauf folgenden Tag, dass dennoch Pläne für den Irak ausgearbeitet werden sollten für den Fall, dass eine Verbindung zu den Anschlägen nachgewiesen werden könnte.[280] Dies schloss auch die Überarbeitung der Kriegsszenarien durch den militärischen Planungsstab des Pentagons ein, was in einer geheimen Beschlussfassung zum Krieg gegen Afghanistan am 17. September 2001 erwähnt wurde.[281] Eine Woche nach den Anschlägen antwortete Bush auf die Frage des britischen Premierministers Blair nach einem möglichen Militärschlag gegen den Irak, dass der Irak nicht das unmittelbare Problem sei. Auch wenn einige seiner Berater anderer

[277] Woodward, *Bush at War*, S. 83-85. Condoleeza Rice bestätigte die Richtigkeit der Darstellung der Beratungen in Camp David von Woodward vor der 9/11 Commission.
[278] *The 9/11 Commission Report*, S. 335.
[279] Woodward, *Bush at War*, S. 86 ff.
[280] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 1 f.
[281] Glenn Kessler, "US Decision on Iraq has Puzzling Past: Opponents of War Wonder When, How Policy Was Set," *The Washington Post*, 12. Januar 2003.

Meinung seien, würde er als Präsident die Entscheidungen treffen.[282] Damit schien für Präsident Bush das Thema zunächst abgeschlossen zu sein. Der neokonservative Stellvertretende Verteidigungsminister hatte sich zu diesem Zeitpunkt nicht durchsetzen können, aber Richard Perle war sich sicher, dass Wolfowitz' Plädoyer den Irak auf die Tagesordnung gesetzt hatte, wenn auch nur für die „zweite Phase" des Krieges gegen den Terrorismus.[283] Aus der Perspektive des Politikzyklus können die Beratungen des Kriegskabinetts in der Woche nach den Terroranschlägen als Phase des Agenda Setting gelten. Allerdings stand für Präsident Bush nach den Beratungen weder der Zeitpunkt noch die Vorgehensweise gegen die Bedrohung, die vom Irak ausging, fest.

### *IV.2.a. Regimewechsel im Irak als Teil des Krieges gegen den Terrorismus*

Vor allem die Neokonservativen im Pentagon unternahmen nach den Terroranschlägen Anstrengungen, den Irak als nächstes Ziel im Krieg gegen den Terrorismus festzulegen. Am 13. September hatte Wolfowitz bereits vor der Presse seine Auffassung des sich abzeichnenden Kampfes gegen den Terrorismus dargelegt: „I think one has to say it's not just simply a matter of capturing people and holding them accountable, but removing the sanctuaries, removing the support systems, ending states who sponsor terrorism. And that's why it has to be a broad and sustained campaign. It's not going to stop if a few criminals are taken care of."[284] Diese sehr gewagte Auslegung der Kommentare Bushs nach dem Treffen des Kriegskabinetts am 12. September beinhaltete das Konzept des Regimewechsels als Strategie im Kampf gegen den Terror. Bei Außenminister Powell fand dies keine Zustimmung; er bevorzugte die Formulierung „ending terrorism", womit er eine Strategie des Regimewechsels implizit ausschloss.[285]

Unmittelbar nach der Sitzung am 15./16. September in Camp David schrieb Wolfowitz ein Memo mit dem Titel „Preventing More Attacks" an Verteidigungsminister Rumsfeld, in dem er nochmals seine Rechtfertigung für einen Irakkrieg darlegte. Auch wenn nur eine 10%ige Chance bestehen würde, dass Saddam Hussein hinter den Terroranschlägen steckte, so müsste die Bedrohung durch den Irak ausgeschaltet werden. Er untermauerte seine Forderung mit dem Hinweis auf die langjährige irakische Unterstützung von internationalem

---

[282] *The 9/11 Commission Report*, S. 336.
[283] Burrogh et al., "The Path to War," S. 108.
[284] Paul Wolfowitz, *News Transcript*, 13. September 2001, http://www.defenselink.mil/transcripts/2001/t09132001_t0913dsd.html, [zitiert am 20.07.2004].
[285] Woodward, *Bush at War*, S. 60 f.

Terrorismus und die Theorie, dass der Irak für die Anschläge auf das World Trade Center 1993 mitverantwortlich war.[286]

*Das DPB und der Krieg gegen den Terrorismus*

Auch die Neokonservativen außerhalb der offiziellen Regierungskreise begannen unmittelbar nach den Terroranschlägen nach Möglichkeiten zu suchen, einen Regimewechsel im Irak voranzutreiben. Der Vorsitzende Richard Perle rief das DPB, das eine Schnittstelle zwischen der Regierung und Experten aus der Think Tank Gemeinschaft darstellt, am 18. September für eine zweitägige Sitzung zusammen, um über die Dimensionen des Krieges gegen den Terrorismus zu beraten. Als Gastredner hatte Perle Chalabi sowie den emeritierten Yale Professor für Nahost-Geschichte, Bernard Lewis, engagiert. Neben den Mitgliedern des DPB waren auch Rumsfeld, Wolfowitz, Feith und Luti anwesend. Lewis sprach von der Notwendigkeit, den Kampf gegen den Terrorismus mit entschiedener Härte zu führen, um in der islamischen Welt nicht als schwach zu erscheinen. Gleichzeitig sollten die USA die demokratischen Reformer im Nahen Osten unterstützen. Chalabi erklärte, auch wenn noch keine Verknüpfung des Irak mit dem 11. September bewiesen werden könne, so stellten „failed states“ wie der Irak den Nährboden für den Terrorismus dar. Er behauptete, von Saddam Husseins Regime ginge eine besondere Bedrohung aus, da der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge.[287] Den Einfluss der Beratungen des DPB auf die anwesenden Rumsfeld und Wolfowitz schätzt Perle als verhältnismäßig groß ein: „Rumsfeld was getting confirmation for his instincts […] He seemed neither surprised nor discomfited by the idea of taking action against Iraq.“[288]

*Counter Terrorism Evaluation Group – Neokonservativer Geheimdienst*

Douglas Feith war nach den ersten Beratungen des Kriegskabinetts bewusst, dass für den Sturz von Regimen, die Terrorismus unterstützten, entsprechende Beweise vorliegen mussten. In Absprache mit dem Vorsitzenden des DPB setzte Feith kurz nach dem 11. September eine Arbeitsgruppe ein, die *Counter Terrorism Evaluation Group*, deren Aufgabe es war, mit Hilfe des Geheimdienstmaterials der CIA Beweise für die Verbindung zwischen terroristischen Vereinigungen und den sie beheimatenden Ländern zu finden.[289] Diese Beweise sollten

[286] *The 9/11 Commission Report*, S. 336.
[287] Burrogh et al., "The Path to War," S. 108.
[288] Ibid.
[289] Risen, "How Pair's Finding on Terror Led to Clash on Shaping Intelligence."

Wolfowitz' Forderung nach dem Sturz dieser Regime untermauern. Perle und Under Secretary for Policy Planning Douglas Feith hatten für diese Aufgabe den ehemaligen Mitarbeiter der Defense Intelligence Agency (DIA) Michael Maloof, sowie den Neokonservativen und Vertrauten Perles David Wurmser rekrutiert.[290] Zudem wurde der ehemalige CIA Direktor James Woolsey von Richard Perle auf der Suche nach weiterem Geheimdienstmaterial, das eine Verbindung zwischen dem Irak und 9/11 belegen könnte, nach London geschickt, um vom britischen Geheimdienst entsprechende Informationen einzuholen. Doch Woolsey kehrte ohne verwertbares Material zurück.[291]

Ende 2001 präsentierte David Wurmser dem Stellvertretenden Verteidigungsminister und einigen anderen Mitarbeitern des Pentagon die ersten Ergebnisse der *Counter Terrorism Evalution Group*. Er argumentierte, nach dem Ende des kalten Krieges sei für eine Reihe von terroristischen Vereinigungen im Nahen Osten der russische Geheimdienst als Finanzierungsquelle versiegt, woraufhin sich diese Gruppen gegen die USA zusammengeschlossen hätten. Die Palestine Liberation Organization, die wahhabitischen Fundamentalisten in Saudi Arabien, welche Al Quaida und Bin Laden hervorgebracht hätten, die Hisbollah, Saddam Husseins Regime und die Radikalen im Iran hätten ihre doktrinären Meinungsverschiedenheiten beigelegt und sich im Hass gegen die USA zur Zusammenarbeit vereinigt. Wurmser erklärte, der beste Ort, um das Konsortium dieser Gruppierungen anzugreifen, sei der Irak, gegen den ein Krieg am besten zu rechtfertigen sei. Diese Analyse stieß bei der CIA, aber auch bei anderen hochrangigen Beamten der Bush Administration auf Widerstand und schien allgemein wenig Anhänger zu finden.[292]

*PNAC und der Kampf gegen den Terrorismus*

Die Neokonservativen der Think Tanks versuchten, die Politik der Regierung in ähnliche Richtung zu beeinflussen. Am 20. September 2001 sandte das PNAC einen Brief an Präsident Bush, in dem sich die Unterzeichner für einen breit angelegten Kampf gegen den Terrorismus aussprachen, der nicht nur auf die Terroristen abzielen sollte, die für die Anschläge verantwortlich waren, sondern auch auf andere den USA feindlich gesinnte terroristische Vereinigungen. Die Regierung sollte auch Syrien und Iran sowie die palästinensische

[290] Wurmser hatte 1999 ein Buch mit einem Vorwort Richard Perles veröffentlicht, in dem er argumentierte, die amerikanische Irakpolitik in den 1990ern habe versagt und die Unterstützung des INC und ggf. ein militärisches Eingreifen sei notwendig, um das Regime Saddam Husseins zu stürzen: David Wurmser, *Tyranny's Ally: America's Failure to Defeat Saddam Hussein*, Washington, D.C.: AEI Press, 1999.

[291] Burrogh et al., "The Path to War," S. 110.

[292] Ibid.

Autorität unter Druck setzen, damit diese ihre Unterstützung für die Hisbollah einstellten. Außerdem forderten sie eine erhebliche Erhöhung des Verteidigungsbudgets, um den Kampf gegen den Terror erfolgreich führen zu können. Die höchste Priorität nach der Ausschaltung Al Quaidas und Osama bin Ladens sollte jedoch der Sturz Saddam Husseins einnehmen, auch wenn eine direkte Verbindung zu den Terroranschlägen nicht zu belegen sei. Die Empfehlungen für ein Vorgehen gegen Irak waren beinahe identisch mit der Präsentation, die Wolfowitz am 15. September bei der Sitzung des Kriegskabinetts in Camp David gemacht hatte: Die Neokonservativen des PNAC argumentierten, der Krieg gegen den Terror könnte nur erfolgreich sein, wenn Saddam Hussein gestürzt würde; die USA müssten die irakische Opposition mit militärischen und finanziellen Mitteln ausstatten und eine „Sicherheitszone" im Irak schaffen, von der aus die Opposition operieren könnte; zudem müssten die amerikanischen Truppen bereit sein, die politischen Zusagen an die irakische Opposition unter allen Umständen und mit sämtlichen verfügbaren – notfalls auch militärischen – Mitteln abzusichern.[293] Auch wenn über die Reaktion der Administration auf dieses Schreiben nichts bekannt ist, so verdeutlicht es doch die Nähe der Position der Neokonservativen im vorpolitischen Raum zu den Vorstellungen der Neokonservativen im Verteidigungsministerium.

*Dominanz des Diskurses*

Das Konzept der diskursiven Konstruktion der Realität basiert auf der Annahme, dass die Wahrnehmung der Dinge, ihre Signifikanz und Bedeutung für die Realität durch den Diskurs geschaffen werden. Für die politische Dimension des Diskurses ist die kollektive Sinngebung einzelner Ereignisse durch öffentliche Figuren durch „master narratives" von besonders großer Bedeutung.[294] Instinktiv hatte Bush in seiner Reaktion auf die Terroranschläge dieselbe aggressive und moralisch aufgeladene Sprache wie auch die Neokonservativen benutzt, so dass diese in der Öffentlichkeit mühelos an die Aussagen des Präsidenten anknüpfen konnten. Sie warben für einen breit angelegten Kampf gegen den Terrorismus, dessen Ziel auch das „Terrorregime" Saddam Husseins sein sollte.[295] Nach dem 11. September unterstellten die Neokonservativen in den Medien eine Verbindung zwischen dem Irak und den Terroranschlägen und trugen dazu bei, dass ein Klima der Angst geschürt

[293] PNAC, *Letter to President Bush on the War on Terrorism*, 20. September 2001, http://www.newamericancentury.org/Bushletter.htm, [zitiert am 20.07.2004].
[294] "Political Discourse" in: *International Encyclopedia of Social and Behavioral Sciences*, 2001.
[295] z.B. Gary Schmitt, "Why Irak? If Saddam Stays in Power, the War on Terrorism will have Failed," *The Weekly Standard*, 29. Oktober 2001.

wurde.[296] Die Verbreitung von Anthraxsporen, die auch als Massenvernichtungswaffe verwendet werden können, per Post in einigen Orten in den USA wenige Wochen nach den Anschlägen bewirkten eine zusätzliche Verunsicherung und Verängstigung der Öffentlichkeit. Anfang Oktober 2001 warnte Charles Krauthammer beispielsweise in einem Kommentar in der *Washington Post*, dass Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen zu „weapons of genocide" werden könnten, und eine viel größere Bedrohung als Al Quaida darstellten. Er verwies auf die drohende Gefahr durch die Waffenprogramme des Irak, Irans und Syriens, die auch terroristische Vereinigungen unterstützten.[297] Die Neokonservativen der Think Tanks traten in der Folgezeit in einer Vielzahl von Veröffentlichungen in Tageszeitungen und Zeitschriften, sowie in Fernsehauftritten für einen ausgedehnten Krieg gegen den Terrorismus ein.

### *IV.2.b. Die zweite Welle im Krieg gegen den Terrorismus*

Nach dem Fall Kabuls und dem Sieg über die Taliban wies der Präsident im November 2001 Verteidigungsminister Rumsfeld darauf hin, dass er bezüglich eines militärischen Einsatzes im Irak seine Handlungsoptionen abwägen wollte und daher Pläne für eine militärische Operation benötige. Die jährliche Ansprache vor dem Kongress zur Lage der Nation am 29. Januar 2002 widmete Bush dem Krieg gegen den Terrorismus. Er sprach von einer „Achse des Bösen" bestehend aus Schurkenstaaten, die an der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen interessiert seien und die diese möglicherweise an Terroristen weitergeben könnten. Verantwortlich für die Bezeichnung „Axis of Evil" war der neokonservative Redenschreiber David Frum, der eine griffige Formulierung für die Begründung eines Krieges gegen den Irak finden sollte.[298] Bush nannte in der Rede Nordkorea, Iran und Irak und deutete die Möglichkeit eines Präemptivschlags an: "I will not wait on events, while dangers gather. I will not stand by, as peril draws closer and closer. The United States of America will not permit the world's most dangerous regimes to threaten us with the world's most destructive weapons."[299] Somit hatte die Regierung die Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September über einen Vergeltungsschlag gegen die Angreifer hinaus erweitert: Der Fokus verlagerte sich von terroristischen Vereinigungen, die

---

[296] so z.B. James Woolsey und Mansoor Ijaz, "Revenge is a Dish Best Served Cold," *Los Angeles Times*, 12. September 2001.

[297] Charles Krauthammer, "A War on Many Fronts.," *The Washington Post*, 5. Oktober 2001.

[298] Frum, *The Right Man: The Surprise Presidency of George W. Bush*, S. 224.

[299] George W. Bush, *The President's State of the Union Address*, 29. Januar 2002, http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/print/20020129-11.html, [zitiert am 01.08.2004].

Massenvernichtungswaffen in ihren Besitz bringen könnten, auf Staaten, die Massenvernichtungswaffen produzieren und weiterverbreiten könnten. Damit war ein Regimewechsel im Irak durch einen Präemptivschlag im Rahmen des Krieges gegen den Terrorismus, wie Wolfowitz bereits in seinem Kommentar am 12. September 2001 angedeutet hatte, in greifbare Nähe gerückt. Für die Neokonservativen in der Regierung galt es nun um so mehr, Beweise für irakische Waffenprogramme zu erbringen, die den Nexus zum Krieg gegen den Terrorismus darstellten.

Charles Krauthammer war von der Rede begeistert und bezeichnete Bush als einen Präsidenten mit einer Mission – den ersten seit 20 Jahren. Falls es innerhalb der Regierung eine ernsthafte Debatte über den Irakkrieg gegeben habe, so vermutete er, dann sei diese mittlerweile abgeschlossen. Die Rede zur Lage der Nation sei beinahe einer Kriegserklärung an Saddam Hussein gleichgekommen.[300] William Kristol, der eine Woche nach der *State of the Union Address* in einer Anhörung vor dem Senate Foreign Relations Committee sprach, sah in der Rede die Reifung der Bush Doktrin. Er interpretierte diese ganz im Sinne der Neokonservativen als Auftakt für die Umgestaltung der internationalen Gemeinschaft durch die aktive Verbreitung von amerikanischen Werten und Prinzipien. Der Nahe Osten, insbesondere Irak und Iran, sowie andere Gegenden, die er als Nährboden des Terrorismus bezeichnete, sah er als weitere logische Ziele im Kampf gegen den Terrorismus. Seiner Ansicht nach basierte die Bush Doktrin auf dem Bekenntnis zu den Prinzipien der liberalen Demokratie, der Förderung von Freiheit und Gerechtigkeit vor allem in der islamischen Welt, sowie der Wiederherstellung der militärischen Macht der USA. Auf die Frage „What's next in the war on terror?" hatte Kristol eine kurze Antwort, die sich als zwingende Konsequenz aus der Rede Bushs herleitete: „Iraq".[301] Die Neokonservativen außerhalb der Administration waren zuversichtlich, dass Bush im Irak intervenieren würde.

---

[300] Charles Krauthammer, "Redefining the War," *The Washington Post*, 1. Februar 2002.

[301] William Kristol, *Senate* Foreign *Relations Committee Hearing: What is Next in the War on Terror? (Prepared Testimony)*, 7. Februar 2002, http://www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/000/881seyww.asp, [zitiert am 20.07.2004]. Andere Hearings: House Armed Services Committee, U.S. National Security Strategy, 21. März 2001; House International Relations Committee, The Future of US-Saudi Relations, 22. Mai 2002 (für Abbruch der Beziehungen, Irak als verlässlicheren Partner aufbauen); Senate Foreign Relations Hearing, NATO Enlargement, 8. April 2003.

*Die Arbeit der Counter Terrorism Evaluation Group*

Neben der Verbindung des Irak zu den Anschlägen vom 11. September konzentrierte sich die *Counter Terrorism Evaluation Group* im Pentagon nach der *State of the Union Address* auf die Bedrohung, die von irakischen Massenvernichtungswaffen ausgehen könnte. Die Untersuchungen der „unabhängigen" Gruppe im Pentagon stießen auf großen Widerstand seitens der CIA und DIA, was schließlich für eines der Mitglieder zum Entzug der Zugangsprivilegien zu Geheimdienstmaterial führte.[302] Als Feith und seine Mitarbeiter die CIA im August 2002 mit den gewonnen Erkenntnissen konfrontierte, zeigte sich CIA Direktor Tenet – Feith Angaben zufolge – erstaunlich zugänglich. Andere langjährige und erfahrene Mitarbeiter der CIA waren weniger aufgeschlossen. Sie argumentierten, das säkulare Regime Saddam Husseins stehe in keiner Weise mit religiösen Fundamentalisten in Verbindung, welche letztendlich ja den Sturz eben jener säkularen Regime verfolgten.[303] Zudem waren die CIA Spezialisten skeptisch, da die Quellen, auf die sich die *Counter Terrorism Evalution Group* berief, nicht als gesichert galten. Informationen über das irakische Programm zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, die von Feiths Team genutzt wurden, stammten beispielsweise von irakischen Überläufern, die durch Chalabi und den INC mit dem Pentagon in Kontakt gebracht worden waren. Der irakische Bauingenieur Adnan Ihsan Saeed behauptete, Saddam Hussein habe Anlagen zur Produktion von biologischen, chemischen und nuklearen Waffen in Brunnen, unter Villen und einem Krankenhaus in Bagdad versteckt.[304] Diese Angaben ließen sich bis auf weiteres nicht belegen.

Währenddessen gewann die *Counter Terrorism Evalution Group* gegenüber DIA und CIA zunehmend an Einfluss.[305] Im April 2002 wurden die größtenteils unbestätigten Informationen als Grundlage für Beratungen der „Principals" und ihrer Stellvertreter über den Irak verwandt. Unter Bezugnahme auf diese Informationen erklärte Bush britischen Reportern: „I made up my mind that Saddam needs to go."[306] Feiths Gruppe erstattete dem

---

[302] Frum und Perle, *An End to Evil: How to win the War on Terror*, S. 47. Chris Carney, der ehemals für den DIA gearbeitet hatte, übernahm Anfang 2002 die Leitung der Counter Terrorism Evaluation Group. Burrogh et al., "The Path to War," S. 110.

[303] Jeffrey Goldberg, "The Unkown: The CIA and the Pentagon take another Look at Al Qaeda and Iraq," *The New Yorker*, 10. Februar 2003, S. 40-47.

[304] Seymour Hersh, "Selective Intelligence: Donald Rumsfeld has his own Special Sources. Are they reliable?" *The New Yorker*, 12. Mai 2003, S. 47.

[305] Burrough berichteten von der „Politicization of Intelligence", bei der CIA und DIA Mitarbeiter von Cheney unter Druck gesetzt wurden, um die Behauptungen des Pentagons mit weiterem Material zu untermauern: Burrogh et al., "The Path to War," S. 116 ff.

[306] Kessler, "US Decision on Iraq has Puzzling Past: Opponents of War Wonder When, How Policy Was Set."

Weißen Haus mehrmals direkt Bericht, so auch am 16. September 2002, zwei Tage bevor die CIA seine Einschätzung des angeblichen Treffens zwischen einem der Flugzeugentführer vom 11. September, Mohammed Atta, und einem irakischen Regierungsbeamten in Prag im April 2001 vorlegte. Mitglieder der *Counter Terrorism Evalution Group* sprachen mit Lewis Libby und Condoleeza Rice über ihre Analyse des Treffens, wobei sie die Kompetenz der CIA bei der Auswertung von Geheimdienstmaterial in Frage stellten. Nach dem Briefing erwähnte Bush die Verbindung zwischen dem Irak und al Quaida auch öffentlich.

CIA Direktor Tenet wurde erst im März 2004 von der Durchführung der fragwürdigen „counter-briefings" informiert, die die Autorität der CIA unterlaufen hatten.[307] Die Informationen über die Verbindung zwischen dem Irak und Al Quaida sowie über irakische Massenvernichtungswaffen, die von Feiths Gruppe im Pentagon gesammelt wurden, fanden nicht nur Eingang in die Reden des Präsidenten, sondern wurden auch ausführlich in Zeitschriften und Tageszeitungen diskutiert. Die Mitglieder des DPB Kenneth Adelman, Newt Gingrich und James Woolsey arbeiteten eng mit dem OSP zusammen. Zusammen mit dem Near East Bureau des Pentagon unter der Leitung Lutis wurde das OSP zu einem Koordinationspunkt des Neokonservativen Netzwerks.[308]

### *IV.2.c. Eine multilaterale Lösung im Rahmen der UN?*

Während Präsident Bush seit November 2001 bei regelmäßigen Treffen mit Rumsfeld und dem für die Region zuständigen General Tommy Franks über die militärischen Optionen für einen Irakkrieg unterrichtet wurde, war Powell im Entscheidungsprozess weitestgehend isoliert. Bis zum August 2002 war es Powell nicht gelungen, eine persönliche Beziehung zu Bush herzustellen. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Administration favorisierte das Pentagon und den Vizepräsidenten. Als die Kriegstrommeln immer lauter wurden, fürchtete Powell, dass die Militärplanung des Pentagons eine so große Eigendynamik entwickeln würde, dass ein Krieg unausweichlich wurde, ohne dass alle Handlungsoptionen erwogen worden waren. Powell traf sich am 5. August 2002 mit Bush und Rice, um dem Präsidenten Alternativen zu dem unilateralen Angriffsplan des Verteidigungsministeriums darzulegen. Er empfahl Bush einen Krieg zumindest im Rahmen einer internationalen Koalition zu führen und den diplomatischen Weg über die UN einzuschlagen. Der Irakkrieg würde das

---

[307] Julian Coman, "Fury over Pentagon Cell that briefed White House on Iraq's 'Imaginary' al-Qaeda links," *Sunday Telegraph*, 11. Juli 2004. Andere Informationen, die von Feiths Gruppe zirkuliert wurden, betrafen beispielsweise waffenfähiges Uran, dass der Irak angeblich aus Niger gekauft hatte.

[308] Halper und Clarke, *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*, S. 226.

definierende Ereignis der Präsidentschaft sein und Bush würde die volle Verantwortung für das Wohlergehen des irakischen Volkes übernehmen müssen, falls er sich für ein unilaterales Eingreifen entscheide.[309]

Formelle Beratungen des NSC über die Frage, ob eine militärische Konfrontation im Irak sinnvoll sei, hatten bis zu diesem Zeitpunkt kaum stattgefunden. Das Thema war weitestgehend in Ad Hoc Diskussionen und informellen Beratungen behandelt worden. Als Richard Haas im Juli 2002 Rice gegenüber anregte, die Vor- und Nachteile einer militärischen Intervention im Irak zu diskutierten, erwiderte sie, dies sei unnötig, da eine Entscheidung bereits gefallen sei.[310] Auf Drängen Außenminister Powells hin legten die Mitglieder des NSC während der Sommerpause dem Präsidenten nahe, vor der UN Generalversammlung am 12. September 2002 über den Irak und das Scheitern der UN Waffeninspektionen zu sprechen. Cheney war äußerst skeptisch, ob das Einschlagen des diplomatischen Weges im Rahmen der UN sinnvoll sei, da er endlose Debatten, Kompromisse und Verzögerungen befürchtete.[311] Seit den Terroranschlägen vom 11. September sah Cheney es als höchste Priorität, mit allen Mitteln zu verhindern, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von Terroristen gelangen könnten.[312]

Die Spekulationen über einen möglichen Irakkrieg schlugen im Sommer 2002 hohe Wellen. Eine öffentliche Debatte, in der sich eine Opposition gegen die militärische Intervention im Irak formierte, wurde erst im August 2002 vom ehemaligen nationalen Sicherheitsberater Bush Seniors, Brent Scowcroft, angestoßen, der in der George W. Bush Regierung als Vorsitzender des Foreign Intelligence Advisory Boards des Präsidenten diente. Er sprach sich in einem Artikel im *Wall Street Journal* gegen eine Intervention im Irak aus, da er skeptisch war, ob Saddam Hussein mit den Anschlägen vom 11. September oder Al Quaida in Verbindung stand.[313] Zu einem Zeitpunkt, als der Präsident sich noch nicht öffentlich zu diesem Thema geäußert hatte, ergriff Cheney die Gelegenheit, bei einer Rede vor der Versammlung von Kriegsveteranen in Nashville am 26. August seinen Standpunkt darzulegen: „There is no doubt that Saddam Hussein now has weapons of mass destruction [and] there is no doubt that he is amassing them to use against our friends, against our allies and against us. […] A return of inspectors would provide no assurance whatsoever of his

[309] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 148 ff.
[310] Kessler, "US Decision on Iraq has Puzzling Past: Opponents of War Wonder When, How Policy Was Set."
[311] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 157.
[312] Ibid., S. 30.
[313] Brent Scowcroft, "Don't Attack Iraq," *The Wall Street Journal*, 15. August 2002.

compliance with U.N. resolutions."[314] Cheneys Darstellung konnte kaum Raum für weitere UN Waffeninspektionen lassen und wurde gemeinhin als offizielle Regierungsdirektive angesehen, obwohl Bush die Rede nicht im Detail abgesegnet hatte.[315] Dennoch schlug die Regierung zunächst den Weg über die UN ein, in der Hoffnung so internationale Unterstützung für die Politik des Regimewechsels im Irak zu sichern, was auch auf das Drängen des britischen Premierministers Tony Blair, dem engsten Verbündeten der USA im Krieg gegen den Terror, zurückzuführen war, der auf eine Autorisierung durch den UN Sicherheitsrat beharrte.

Von diesem Zeitpunkt an liefen die Militärplanungen und die diplomatischen Bemühungen im Rahmen der UN parallel. Der militärische Aufmarsch in der Golfregion hätte in Feinabstimmung mit dem Vorgehen im Rahmen der UN, für den Fall dass Saddam Hussein nicht mit den UN Waffeninspektoren kooperierte, als Drohkulisse im Sinne von „Coercive Diplomacy" dienen können.[316] Doch stattdessen fand ein Wettlauf zwischen dem militärischen und diplomatischen Kurs statt. Die von Rumsfeld und Franks ausgearbeitete Entsendestrategie sah einen langsamen Truppenaufbau in der Golfregion vor, der möglichst wenig Aufsehen erregen sollte und am 6. Dezember 2002 mit der Entsendung eines Flugzeugträgers begann.[317] Obwohl Rumsfeld zunächst bekräftigte, er wolle die diplomatischen Verhandlungen durch einen öffentlichkeitswirksamen massiven Truppenaufmarsch nicht stören, ging von der militärischen Komponente letztendlich soviel Druck aus, dass die Verhandlungen im Rahmen der UN ohne Ergebnis abgebrochen wurden.

Die Phase der Politikformulierung lässt sich in dieser Analyse schwer eingrenzen, da das Modell des Politikzyklus davon ausgeht, dass der Entscheidungsprozess einer formellen Struktur folgt, in der Informationen zusammengetragen und den politischen Organen zur Entscheidung vorgelegt werden, auf deren Grundlage Politik formuliert wird. Die Analyse des Entscheidungsprozesses zeigt auf, dass es keinen formellen Entscheidungsprozess, der diesem strengen Muster folgte, gegeben hat. Die Entscheidung, zunächst die Erneuerung der UN Waffeninspektionen zu initiieren, stellte in begrenztem Maße eine Politikformulierung dar. Die Bush Administration einigte sich zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht auf eine

[314] Richard Cheney, *Remarks by the Vice President to the Veterans of Foreign Wars 103rd National Convention*, 26. August 2002, http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/08/20020826.html, [zitiert am 20.07.2004].
[315] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 164.
[316] James P. Rubin, "Stumbling Into War," *Foreign Affairs* 82 (5), 2003, S. 46-66.
[317] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 233.

abschließende Strategie für das weitere Vorgehen für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen für eine legitimierende Sicherheitsresolution.

*Die Nationale Sicherheitsstrategie 2002*

Die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS), die im September 2002 von der Regierung veröffentlicht wurde, sollte ein Grundsatzprogramm der langfristig angelegten amerikanischen Außenpolitik der Administration nach dem 11. September darstellen. Der NSS 2002 wurde große Beachtung geschenkt, da es sich um die erste Sicherheitsstrategie handelte, die von der Bush Regierung veröffentlicht wurde. Die Strategie lieferte die Einordnung des Krieges gegen den Terrorismus in einen größeren programmatischen Kontext und bot sich auch als Rechtfertigungen für eine Militäroperation gegen den Irak an. Rice, die mit dem ersten Entwurf des Director of Policy Planning im Außenministerium, Richard Haass, nicht zufrieden war, wandte sich mit dieser Aufgabe an Philip Zelikow, einem Professor der University of Virginia, mit dem sie zusammen bereits ein Buch veröffentlicht hatte.[318] Zelikow arbeitete seit dem Frühjahr 2002 zusammen mit Stephen Hadley an der Sicherheitsstrategie, die im September 2002 verabschiedet wurde. Obgleich das Dokument Schlüsselgedanken der Neokonservativen aus dem Mitarbeiterstab des Vizepräsidenten und aus dem Verteidigungsministerium wieder aufgriff, waren diese Personen an der Formulierung des Dokuments kaum beteiligt gewesen.[319]

Die Sicherheitsstrategie betonte die Position der Stärke der USA, die zur Verteidigung von bestimmten Werten in der internationalen Gemeinschaft eingesetzt werden sollte:

> Today, the United States enjoys a position of unparalleled military strength and great economic and political influence. In keeping with our heritage and principles, we do not use our strength to press for unilateral advantage. We seek instead to create a balance of power that favors human freedom: conditions in which all nations and all societies can choose for themselves the rewards and challenges of political and economic liberty.[320]

In der NSS wurde die neue Bedrohung durch terroristische Netzwerke beschrieben und als Verteidigungsstrategie auch die Möglichkeit des Präemptivschlags genannt: „[…] as a matter of common sense and self-defense, America will act against such emerging threats before they are fully formed. We cannot defend America and our friends by hoping for the

[318] Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, S. 317.
[319] Ibid., S. 331.
[320] *The National Security Strategy of the United States of America.* The President of the United States, September 2002, http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf, [zitiert am 23.05.2004].

best. So we must be prepared to defeat our enemies' plans, using the best intelligence and proceeding with deliberation." Zwar wurde die Strategie der Militärschläge zur Verhinderung eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs auch in der Vergangenheit bereits angewendet (z.B. 1981 Israel zerstörte den im Bau befindlichen irakischen Atomreaktor Osirak; die von Präsident John F. Kennedy 1962 verhängte Quarantäne über Kuba kann ebenfalls als solch ein Fall gesehen werden), doch war das Prinzip nie als offizielle Doktrin festgeschrieben worden, da es völkerrechtlich umstritten war und ist.[321] In der *Defense Policy Guidance* 1992 war Präemption bereits als legitime Militärstrategie zur Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen angedeutet worden.[322] Präsident Bush hatte die Idee in der *State of the Union Address* 2002 wieder aufgenommen, als er auf die Möglichkeit eines Präemptivschlags hinwies, und in einer Rede in West Point am 1. Juni 2002 sich explizit zu dieser Doktrin bekannte.[323]

Die Neokonservativen William Kristol und Lawrence Kaplan interpretierten die neue Sicherheitsstrategie, deren Leitmotive in ihren Augen Präemption, Regimewechsel und „American leadership" darstellten, als ein Dokument, das die von ihnen ersehnte neue Ära einleitete, „a shift in perception about America's global role comparable to the advent of the containment doctrine half a century earlier. It transformed the war from a police action to round up the perpetrators of September 11 into a campaign to uproot tyranny and export democracy."[324] Der unmittelbare Einfluss der Neokonservativen außerhalb der Regierung auf die Formulierung der NSS lässt sich schwer nachweisen. Kristol war zwar zu einer Anhörung vor dem Kongress zum Thema „National Security Strategy" vorgeladen, doch fand diese Anhörung bereits im März 2001 statt und hatte wenig Einfluss auf die Formulierung der Strategie der Exekutive nach dem 11. September. Präsident Bush rechtfertigte den Angriff auf den Irak am 19. März 2003 vor dem Kongress letztendlich nicht unter expliziter Bezugnahme

[321] David M. Ackerman, *International Law and the Preemptive Use of Force Against Iraq*, [CRS Report], 11. April 2003, http://www.usembassy.it/pdf/other/RS21314.pdf, [zitiert am 20.03.2004].
[322] Tyler, "U.S. Strategy Plan Calls for Insuring no Rivals Develop."
[323] George W. Bush, *Remarks by the President at 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy*, 1. Juni 2002, http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html, [zitiert am 03.05.2004].
[324] Kaplan und Kristol, *The War over Iraq: Saddam's Tyranny and America's Mission*, S. 76.

auf die in der NSS 2002 statuierte Doktrin der Präemption, sondern mit Verweis auf die Nichteinhaltung der vorangegangenen UN Resolutionen.[325]

*Das Massenvernichtungswaffenprogramm des Irak als Kriegsgrund*

Im August 2002 legten die Neokonservativen im Weißen Haus dem Kongress einen Resolutionsentwurf vor, der eine unbegrenzte Autorisierung des Einsatzes militärischer Gewalt im globalen Krieg gegen den Terrorismus vorsah. Nach intensiver Diskussion stimmten die Senatoren und Abgeordneten am 16. Oktober 2002 der Autorisierung eines begrenzten Einsatzes militärischer Gewalt zum Zwecke des Regimewechsels im Irak auch ohne UN Mandat zu.[326] Im September 2002 verlangten einige Demokratische Senatoren nach einer neuen Geheimdiensteinschätzung der irakischen Massenvernichtungswaffenprogramme, um anhand dieser Informationen eine Entscheidung über die Autorisierung zur Anwendung von militärischer Gewalt zu fällen.

Die vom *National Intelligence Council*[327] vorgelegte Studie kam zu dem Ergebnis, dass der Irak über chemische und biologische Waffen verfügte – eine Behauptung, die in den weiteren Ausführungen der Studie durch den Hinweis auf abweichende Meinungen einiger *Agencies* wieder modifiziert und eingeschränkt wurde – und mit „mittlerer Wahrscheinlichkeit“ noch keine Atomwaffen besitze, diese jedoch bis 2007 oder 2009 entwickelt haben könnte.[328] Da das 90seitige Papier, das innerhalb kürzester Zeit zusammengestellt worden war, jedoch geheim war, forderte der Vorsitzende des Senat Intelligence Committee Senator Bob Graham (D-FL) von der CIA auch ein in der Öffentlichkeit zitierfähiges Dokument an, das „White Paper“, das 25 Seiten umfasste und die wichtigsten Ergebnisse der National Intelligence Estimate (NIE) zusammenfasste. Während in der NIE auch abweichende Meinungen angegeben worden waren, stellte das deklassifizierte

---

[325] George W. Bush, *Letter from the President to the Speaker of the House of Representatives and President Pro Tempore of the Senate*, 21. März 2003, http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/03/20030321-5.html, [zitiert am 01.07.2004].

[326] *Authorization for Use of Military Force Against Iraq Resolution of 2002*. Interview mit Fred Downey.

[327] Dem *National Intelligence Council* gehören Vertreter der verschiedener Geheimdienste an u.a. der CIA, der DIA, des Geheimdienstes des Außenministeriums.

[328] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 199. In der NIE vom Oktober 2002 war auch die Information enthalten, dass der Irak versucht hatte, waffenfähiges Uran aus dem Niger zu erwerben. Kurze Zeit nachdem dieser Bericht Eingang in das offizielle Dokument gefunden hatte, wollte Bush diese Behauptung auch in einer Rede in Cincinnati verwenden. Doch Tenet kontaktierte das Weiße Haus mehrmals und empfahl die entsprechende Passage aus der Rede zu löschen, da die Quellen nicht gesichert seien. Dies lässt die Qualität der in der NIE verwendeten Informationen zweifelhaft erscheinen. Zwar wurde der Verweis aus dieser Rede im Oktober wieder gestrichen, doch fand er schließlich Eingang in die Rede zur Lage der Nation im Januar 2003.

Papier mit dem Titel „Iraq's Weapons of Mass Destruction Programs" eine Vereinfachung und weitere Dramatisierung der Fakten dar.[329]

Vergleicht man die verschiedenen Studien der CIA, so fällt auf, dass die CIA seine Einschätzungen der irakischen Waffenprogramme modifiziert hat. Kurz vor Bushs Amtsantritt im Dezember 2000 hatte die CIA in der routinemäßigen NIE festgestellt, dass der Irak lediglich über einen geringen Vorrat von ca. 100 Tonnen chemischer Substanzen verfügte – nicht jedoch über entsprechende Trägersysteme – und weiterhin an der Herstellung biologischer Waffen arbeitete. Soweit bekannt, ließ die Studie ein mögliches Nuklearwaffenpotential des Iraks unerwähnt. Nach der *State of the Union Address* erklärte Tenet im Februar 2002 in einer Anhörung über weltweite Bedrohungen vor dem Senate Intelligence Committee, Saddam Hussein würde weiterhin am Ausbau der Infrastruktur zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen arbeiten. Mittelfristig müsse verhindert werden, dass waffenfähiges Material in seine Hände gelange. Tenet äußerte jedoch keine Vermutung, dass Saddam Hussein kurz vor dem Besitz einer Atombombe stünde.[330] In dem White Paper der CIA vom Oktober 2002 warnten die Geheimdienstexperten davor, dass der Irak bereits innerhalb eines Jahres über Atomwaffen verfügen könnte, falls es Saddam Hussein gelinge, im Ausland waffenfähiges Nuklearmaterial zu erwerben. Weiter hieß es in dem Dokument: „Baghdad may have acquired uranium enrichment capabilities that could shorten substantially the amount of time necessary to make a nuclear weapon."[331] Damit wurde suggeriert, dass das Waffenprogramm des Irak einen „imminent threat", also Gefahr im Verzug darstellte und selbst ein Präemptivschlag gerechtfertigt sei.

Es gibt viele Hinweise, die den Vorwurf der „Politisierung" von Geheimdienstinformationen stützen. CIA Spezialisten erklärten beispielsweise, Vizepräsident Cheney habe die Arbeit der Behörde beständig hinterfragt, falls die Angaben nicht die Behauptungen des Pentagons bestätigten.[332] Bei der Einschätzung der irakischen Waffenprogramme war die Deutung mehrerer Informationen umstritten: Neben den Fahrzeugen, die für den Transport schwerer militärischer Ausrüstung verwendet werden konnten und deren Besitz dem Irak verboten war, stand die Bedeutung von Aluminiumröhren,

---

[329] *Iraq's Weapons of Mass Destruction Programs*, [Report]. CIA, Oktober 2002, http://www.cia.gov/cia/reports/iraq_wmd/Iraq_Oct_2002.pdf, [zitiert am 30.07.2004]; Burrogh et al., "The Path to War," S. 196.

[330] Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 194.

[331] *Iraq's Weapons of Mass Destruction Programs*, S. 6.

[332] Kenneth Pollack, "Spies, Lies and Weapons: What Went Wrong," *The Atlantic Monthly*, Jan/Feb 2004, S. 88.

die der Irak gekauft hatte, im Mittelpunkt der Diskussion. Einige Geheimdienstexperten vermuteten, diese könnten für den Bau von Zentrifugen zur Anreicherung von Uran verwendet werden und so einen Hinweis für die Wiederaufnahme des Atomwaffenprogramms darstellen.

Wolfowitz konsultierte in der Frage der Aluminiumröhren den Berater des INC, Francis Brooke, und Khidir Hamza, den ehemaligen Chef des irakischen Atomprogramms, der 1994 aus dem Land geflohen war. Beide waren der Überzeugung, dass die Aluminiumröhren für die Entwicklung eines Atomprogramms verwendet werden sollten. Diese Information wurde an die New York Times weitergegeben, die auf der Titelseite einen Artikel über die Bedrohung durch das irakische Atomprogramm veröffentlichte.[333] Auch in der NIE vom 1. Oktober 2002 wurden die Aluminiumröhren schließlich als Beweis für das irakische Atomprogramm zitiert. Nach dem Krieg haben sich diese Vermutungen dagegen nicht bestätigt. Die amerikanischen Waffeninspekteure unter der Leitung David Kays fanden zwar ein primitives Atomprogramm vor, nicht jedoch ein Projekt, das sich mit der Anreicherung von Uran durch Zentrifugen beschäftigte. Die Waffeninspekteure kamen im Nachhinein zu dem Schluss, dass die Aluminiumröhren für die Modifizierung von Artilleriegeschossen bestimmt waren, wie auch das Außenministerium vor Kriegsbeginn bereits vermutet hatte.[334]

Den Neokonservativen gelang es, ihre Behauptungen soweit mit Geheimdienstmaterial zu untermauern, dass ein militärisches Vorgehen gegen den Irak durch die Existenz von Massenvernichtungswaffen gerechtfertigt schien. Der Kongress hatte am 16. Oktober 2002 die Resolution zur Autorisierung von militärischer Gewalt mit dem Ziel des Regimewechsels im Irak unter dem Eindruck der unmittelbaren Bedrohung verabschiedet.[335] Nachdem Zweifel an der Richtigkeit der Geheimdienstinformationen aufgekommen waren, hatte Richard Kerr, CIA Beamter a. D., gemeinsam mit einem vierköpfigen Team auf Anregung Rumsfelds eine interne Überprüfung der Geheimdienstarbeit im Vorfeld des Irakkriegs durchgeführt. In dem Projekt „Lessons Learned“ wurde die Arbeit der CIA und die Art und Weise, wie diese Informationen vom Weißen Haus verwendet wurden, untersucht. Kerr kam zu dem Ergebnis, dass die Geheimdienstinformationen unzureichend waren, da die CIA nach dem Abzug der

[333] Michael Gordon und Judith Miller, "Threats and Responses: The Iraqis - US says Hussein intensifies Quest for A-Bomb Parts," *The New York Times*, 7. September 2002.
[334] Burrogh et al., "The Path to War," S. 196.
[335] In der Präambel der Resolution beruft sich der Kongress auch auf die Kapazitäten des Regimes im Irak, Massenvernichtungswaffen gegen die USA einzusetzen: *Authorization for Use of Military Force Against Iraq Resolution of 2002*.

UN Waffeninspekteure 1998 im Irak über keine Informanten vor Ort mehr verfügte. Infolgedessen mussten die CIA Spezialisten auf weniger verlässliche Quellen und Informationen aus zweiter Hand zurückgreifen.[336] Das lückenhafte und unzureichende Material wurde durch die Auslegung der Neokonservativen im Verteidigungsministerium zudem noch verzerrt.

*Nachkriegsplanung - Dominanz der Neokonservative im Verteidigungsministerium*

Der wachsende Einfluss der Neokonservativen in der Regierung wurde auch durch den Kompetenzzuwachs des Verteidigungsministeriums deutlich. Im Oktober 2002 wurde Feiths Abteilung, die mittlerweile auf 15 Mitglieder angewachsen war, zum *Office of Special Plans* (OSP) umbenannt. Die Tätigkeit des OSP schloss nun auch die Nachkriegsplanung ein.[337] Normalerweise liegt die Verantwortung für die Planung des Wiederaufbaus beim Außenministerium, das bereits im Oktober 2001 ein umfassendes Projekt in die Wege geleitet hatte. Das *Future of Iraq Project*, bestehend aus siebzehn Arbeitsgruppen, beschäftigte sich mit der Planung des Wiederaufbaus der politischen und ökonomischen Infrastruktur im Irak, wobei die Expertise verschiedener irakischer Exilgruppen einbezogen wurde. Im Mai 2002 wurde das Projekt mit $US 5  Millionen vom Kongress finanziert und schloss mit einem umfangreichen 13bändigen Abschlussbericht ab, der teilweise auf arabisch verfasst war. Von den Neokonservativen wurde die umfassende Vorarbeit des Außenministeriums jedoch als unpraktisch befunden und weitestgehend ignoriert.[338]

Im November 2002 hatte Feith in Absprache mit Rumsfeld dem stellvertretenden Sicherheitsberater Hadley vorgeschlagen, die Verantwortung für die Nachkriegsplanung nicht dem Außen-, sondern dem OSP im Verteidigungsministerium zu geben. Am 20. Januar 2003 unterzeichnete der Präsident eine entsprechende Direktive, die die Einsetzung des *Office for Reconstruction and Humanitarian Assistance* (OHRA) nach den Vorstellungen der Neokonservativen vorsah. Das OHRA war mit umfangreichen Befugnissen ausgestattet und übernahm auch die Koordinierung der verschiedenen Unterorganisationen, die bisher das Außenministerium übernommen hatte. Powell hatte der ungewöhnlichen Aufgabenverteilung zugestimmt, da es ihm logisch erschien, dass das Verteidigungsministerium, das über größere personelle und finanzielle Ressourcen verfügte, die Federführung in der Nachkriegzeit

[336] Burrogh et al., "The Path to War," S. 114.
[337] Gordon und Royce, "Controversial Pentagon Office Gets A Makeover: Administration changes Name, Focus of Iraqi War Planning Group."
[338] Fallows, "Blind Into Baghdad," S. 56 ff.

übernahm.[339] Er entsandte einige Experten, die an dem *Future of Iraq Projekt* mitgearbeitet hatten, an das OHRA, damit diese ihre Ergebnisse in den Planungsprozess einfließen lassen konnten. Dort wurden die Mitarbeiter aus dem Außenministerium mit ihrem umfangreichen Abschlussbericht jedoch nicht willkommen geheißen.[340] Von den sieben Experten, die Powell empfohlen hatte, wurden nur fünf ins OHRA übernommen. Für die Entscheidung zum Irakkrieg war die Nachkriegsplanung insofern von großer Bedeutung, als dass die Aussicht auf ein lang andauerndes Engagement in der Region verbunden mit einem hohen finanziellen Aufwand abschreckend gewirkt hätte. Den Darstellungen der Neokonservativen des OSP zufolge würden die USA von den Irakern als Befreier gefeiert. Die Kosten des Wiederaufbaus würden durch die Erträge der irakischen Ölförderung bald gedeckt sein.[341]

*PNAC und die öffentliche Debatte um den Irakkrieg*

Für die Neokonservativen in der Regierung bot das PNAC nicht nur durch die Verteidigung der neokonservativen Position vor dem Kongress sondern auch im öffentlichen Diskurs bedeutende Schützenhilfe. Im November 2002 gründete das PNAC das *Committee for the Liberation of Iraq*, das die Argumente der Neokonservativen in den Medien verstärken sollte. Gary Schmitt, der Direktor des PNAC, erklärte, das Weiße Haus sei mit der Bitte an den Think Tank herangetreten, die Argumente für einen Irakkrieg in der Öffentlichkeit darzustellen, woraufhin das Komitee gegründet wurde. Das Komitee, das mit Condoleeza Rice in Verbindung stand, vermittelte vor allem Kontakte zwischen Experten und den Medien.[342] Das Mission Statement beschreibt die Ziele des Komitees als „promoting regional peace, political freedom and international security by replacing the Saddam Hussein regime with a democratic government, that respects the rights of the Iraqi people and ceases to threaten the community of nations."[343] Die Regierung rekrutierte die Neokonservativen des PNAC so als PR Agentur für die Vermarktung des Irakkriegs. Die Neokonservativen verschafften vor allem Mitgliedern und Informanten des INC Zugang zu den Medien, die in Interviews und anderen Beiträgen bereits unmittelbar nach dem 11. September die Bedrohung

339 Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 282 f.
340 Ibid., S. 284.
341 Fallows, "Blind Into Baghdad," S. 66.
342 Interview mit Gary Schmitt.
343 "Group Formed to Promote Freedom in Iraq: George Shultz Heads Advisor Board Joined by James Hoffa, Bob Kerrey, Barry McCaffrey, Others," *U.S. Newswire*, 15. November 2002; Jim Lobe, *"Committee for the Liberation of Iraq" Sets Up Shop*, [Policy Report]. Foreign Policy in Focus, November 2002, http://www.presentdanger.org/pdf/reports/PRlibiraq.pdf, [zitiert am 05.07.2004].

durch irakische Waffenprogramme betont hatten.[344] Durch die geschickte Nutzung der konservativen Medienkanäle, von Halper und Clarke als „Echokammer" bezeichnet, gelang es den Neokonservativen dazu beizutragen, dass in der Öffentlichkeit die Bedrohung durch den Irak überhöht wahrgenommen wurde.[345]

### *IV.2.d. Die Entscheidung zum Irakkrieg*

Vor der UN hatte Bush mit seiner Rede am 12. September 2002 währenddessen den diplomatischen, von Außenminister Powell favorisierten Prozess in Gang gesetzt: Der Sicherheitsrat einigte sich am 8. November 2002 auf die Wiederaufnahme der Waffeninspektionen im Irak. Die UN Resolution 1441 ließ mit der Formulierung der Androhung von „ernsthaften Konsequenzen" für den Fall der Nichteinhaltung offen, ob ein militärischer Angriff auf den Irak durch diese Resolution gerechtfertigt oder eine weitere Resolution hierfür notwendig war. Nach dem ersten Bericht der UN Waffeninspektoren, in dem schwerwiegende Versäumnisse des Iraks bei der Aufdeckung der Rüstungsprogramme angeprangert worden waren und mehr Zeit für die Arbeit der Waffeninspektoren gefordert wurde, legte Powell am 5. Februar 2003 dem UN Sicherheitsrat Tonbänder, Satellitenaufnahmen und Berichte vor, die beweisen sollten, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besaß und gegen die Resolution 1441 verstieß.

Die Beweislage war jedoch nach wie vor umstritten. Präsident Bush hatte erst im Dezember 2002 nach dem Beginn des Truppenaufbaus in der Golfregion und der Initiierung des UN Prozesses eine präzise Darlegung der Geheimdienstinformationen über das irakische Massenvernichtungswaffenprogramm gefordert. Am 21. Dezember präsentierte der stellvertretende Direktor der CIA McLaughlin die Beweise dem Präsidenten, wobei auch Tenet, Cheney, Rice und Card anwesend waren. Bush, der von McLaughlins Vortrag nicht überzeugt war, vergewisserte sich bei CIA Chef Tenet, ob die Beweislage tatsächlich ausreichend sei. Tenet beteuerte mehrmals, die Beweise seien hinreichend.[346] Im Anschluss an die Präsentation lieferten Tenet und McLaughlin dem Weißen Haus alle verfügbaren Informationen der CIA über die Waffenprogramme des Irak und die Verbindung zu Al Quaida, auf deren Grundlage die ausgebildeten Juristen Hadley und Libby das Dossier des

---

[344] Hersh, "Selective Intelligence: Donald Rumsfeld has his own Special Sources. Are they reliable?" S. 47.

[345] Halper und Clarke, *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*, S. 194.

[346] Laut Woodward reagierte der Präsident auf die Präsentation McLaughlins mit den Worten: „I've been told all this intelligence about having WMD and this is the best we've got? George, how confident are you?", woraufhin Tenet versicherte: "It is a slam dunk case!" (Als "Slam Dunk" wird im Basketball ein sicherer Treffer bezeichnet.) Woodward, *Plan of Attack: The Road to War*, S. 249.

Weißen Hauses „Apparatus of Lies“ zusammenstellten. Powell sollte dies der Weltöffentlichkeit vor der UN darlegen.

Der Außenminister erklärte sich zwar einverstanden, vor dem Sicherheitsrat Beweise zu präsentieren, weigerte sich jedoch, die von Libby zusammengestellten Informationen zu übernehmen.[347] Er kritisierte die Neokonservativen in der Regierung scharf: „It was a separate little government that was out there - Wolfowitz, Libby, Feith and Feith’s ‘Gestapo Office’“[348] Die Härte der von ihm gewählten Worte lassen Rückschlüsse auf die großen Spannungen innerhalb der Administration zu, die auch auf die Kompetenzausweitung des Verteidigungsministeriums zurückzuführen sind. Powell holte das von ihm verwendete Geheimdienstmaterial schließlich persönlich bei der CIA ein und prüfte dieses sorgfältig, da er sich nicht auf die Informationen der Neokonservativen aus dem Weißen Haus und dem Pentagon verlassen wollte. Doch zu diesem Zeitpunkt war auch Powell bereits bewusst, dass ein Krieg unausweichlich war. Präsident Bush hatte das Vertrauen in die Effektivität der UN Waffeninspektoren bereits verloren und Powell am 11. Januar 2003 davon in Kenntnis gesetzt, dass er sich für Krieg entschieden habe – mit oder ohne Mandat des UN Sicherheitsrats.[349] Präsident Bush hatte eigenen Angaben zufolge die Meinung der anderen NSC Mitglieder mit Ausnahme von Sicherheitsberaterin Rice nicht mehr eingeholt, da ihm deren Standpunkte bereits bekannt waren.[350]

*Das irakische Waffenprogramm als Kriegsgrund?*

Den Befürwortern des Irakkriegs gelang es, den Informationsfluss über die irakischen Waffenprogramme zu lenken und den Entscheidungsprozess zu dominieren. Bush erkundigte sich erst im Dezember 2002 nach umfassenden und verlässlichen Geheimdienstinformationen über die Massenvernichtungswaffen des Irak, die einen Grund für den Irakkrieg liefern könnten, als bereits alle Vorbereitungen für eine militärische Intervention gegen den Irak getroffen worden waren. Seine Reaktion auf die CIA Präsentation am 12. Dezember 2002 lässt darauf schließen, dass dem Präsidenten die Informationen, die vom National Intelligence Council im September 2002 zusammengestellt worden waren, nicht bekannt waren. Die Abwägung der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen stand nicht am Anfang des Entscheidungsprozesses, sondern erfolgte erst zu einem Zeitpunkt, an dem bereits 300.000

[347] Ibid., S. 291, 297-301.
[348] Ibid., S. 292.
[349] Ibid., S. 269.
[350] Ibid., S. 251.

Soldaten in die Golfregion entsendet worden waren. Die Tatsache, dass Bush erst so spät über das Waffenpotential des Irak aufgeklärt wurde, deutet daraufhin, dass die irakischen Massenvernichtungswaffen nicht der einzige oder ausschlaggebende Grund für seine Entscheidung für einen Irakkrieg gewesen sein konnten, was auch der Neokonservative Wolfowitz in einem Interview bestätigt hatte: „The truth is that for reasons that have a lot to do with the U.S. government bureaucracy, we settled on the one issue that everyone could agree on, which was weapons of mass destruction as the core reason."[351] Der Hinweis auf die irakischen Massenvernichtungswaffen und auf die Verbindung zwischen den Anschlägen und Saddam Hussein wurde lediglich als Rechtfertigung des Krieges vor der amerikanischen und der Weltöffentlichkeit genutzt.[352] Den Neokonservativen gelang es, die Öffentlichkeit und auch Entscheidungsträger in der Regierung davon zu überzeugen, dass diese Rechtfertigung als ausreichender Kriegsgrund erachtet wurde.

[351] Sam Tannenhaus, *Deputy Secretary Wolfowitz Interview with Sam Tannenhaus, Vanity Fair*, [Press Release]. Department of Defense, 9. Mai 2003, http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/tr20030509-depsecdef0223.html, [zitiert am 15.07.2004].

[352] Von August 2002 – März 2003 war die Mehrheit der Öffentlichkeit davon überzeugt, dass Saddam Hussein persönlich mit den Anschlägen vom 11. September in Verbindung stand (*"Do you think Saddam Hussein was personally involved in the September 11th terrorist attacks, or not?" – August 2002: 53% Yes, 34% No; März 2003 52% Yes, 41% No).* Lydia Saad und Frank Newport, *Americans Grow More Doubtful About Iraq War*. The Gallup Organization, 23. September 2003, http://www.gallup.com, [zitiert am 20.05.2004].

# V. Macht und Einfluss der Neokonservativen – Schlussbetrachtung

Hatten die Neokonservativen Einfluss auf die Entscheidung zum Irakkrieg? Macht im Sinne Max Webers bezeichnet „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“[353] Einfluss könnte also dahingehend definiert werden, dass eine Person beispielsweise durch Überzeugungsarbeit dazu gebracht wird, etwas zu tun, was sie sonst nicht getan hätte. Eine kontrafaktische Argumentation, wie der Präsident gehandelt hätte, wenn die Neokonservativen nicht für einen Irakkrieg eingetreten wären, ist problematisch. Es steht jedoch fest, dass die Regierung auch andere Motive für einen Regimewechsel im Irak gehabt haben könnte: die Wirtschaftsinteressen der Ölindustrie, strategische Erwägungen über die Militärpräsenz in Saudi Arabien, humanitäre Gründe oder ein persönliches Rachemotiv George W. Bushs, da Handlanger des Regimes Saddam Husseins 1993 ein Attentat auf seinen Vater verüben wollten, könnten eine Rolle gespielt haben. Letztendlich gelang es den Neokonservativen, einen Punkt ihrer Agenda, den Regimewechsel im Irak mit militärischen Mitteln, durchzusetzen.

Der Einfluss der Neokonservativen auf die Irakpolitik relativiert sich, wenn man berücksichtigt, dass die vom Stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und dem *Project for a New American Century* favorisierte Strategie, mit militärischen Mitteln eine Enklave im Süden des Irak zu errichten, nicht durchgesetzt werden konnte. Die Planung der Kriegsstrategie oblag allein Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und General Tommy Franks. Über die Nachkriegsplanung konnten die Neokonservativen im Verteidigungsministerium durch die Einrichtung des *Office of Special Plans* größeren Einfluss ausüben. Doch gingen sie von einem wenig realistischen Szenario aus, das sich auf die Informationen des *Iraqi National Congress* stützte, indem sie prophezeiten, dass die Iraker nach dem erfolgreichen Sturz Saddam Husseins mit ihrer neu gewonnenen Freiheit friedfertig und respektvoll umgehen würden. Fundamentalistische Kräfte führen einen Guerillakrieg gegen die von den USA angeführten Truppen und die Regierung in Bagdad, so dass die Aussicht auf ein friedliches Zusammenleben als Grundlage für eine Demokratie in weite

[353] Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5., rev. Ausgabe, Tübingen: Mohr, 1980, S. 28.

Ferne zu rücken scheint. Die Plünderungen und das Chaos nach dem Fall Bagdads sind größtenteils auf die unzureichende Planung des OSD zurückzuführen.[354]

Die vorliegende Arbeit hat die Wege und Mittel der Einflussnahme des Netzwerks der Neokonservativen auf die Entscheidung der Regierung veranschaulicht. Ein Instrument der Einflussnahme auf das Politikergebnis war die bewusste Lenkung des Informationsflusses über das irakische Massenvernichtungsprogramm und die Verbindungen zwischen Saddam Hussein und den Anschlägen vom 11. September gegenüber dem Präsidenten, dem Kongress und in der Öffentlichkeit. Die Studie lässt Raum für eine weiterführende Medien- und Diskursanalyse zum Einfluss der Neokonservativen auf den Diskurs nach dem 11. September, als ein weiteres Instrument der Einflussnahme auf Regierungshandeln, das im Rahmen dieser Arbeit nur angedeutet werden konnte. Dadurch dass die Untersuchung die neokonservative Politikempfehlung des Regimewechsels im Irak durch militärische Mittel in den Mittelpunkt stellt, kann zum einen leicht der Eindruck entstehen, dass die Neokonservativen die Federführung in der Außenpolitik der Bush Regierung übernommen haben, wie einige Kommentatoren vermutet haben. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Politik der Regierung in anderen Bereichen der Außenpolitik, beispielsweise gegenüber Iran oder Nordkorea, kaum den Vorstellungen der Neokonservativen folgte.[355] Zum anderen vernachlässigt die Analyse der Entscheidung zum Irakkrieg aus der Perspektive der Neokonservativen zwangsläufig den Einfluss anderer Interessengruppen und Netzwerke, die ebenfalls einen Regimewechsel im Irak mit militärischen Mitteln befürworteten.

Der Rückgriff auf Netzwerktheorien ermöglicht die systematische Auswertung der Frequenz und Qualität der Interaktion der Mitglieder des Netzwerks und des Ausmaßes, in dem Ideologie, Werte und Policy Präferenzen geteilt wurden und dient als Erklärungsmodell für den Einfluss von Mitgliedern des neokonservativen Netzwerks auf Politikergebnisse. Dabei ist deutlich geworden, dass der Kern des Neokonservativen Netzwerks bestehend aus Robert Kagan, William Kristol und Paul Wolfowitz dieselben zugrundeliegenden normativen Grundüberzeugungen teilt und über einen hohen Integrationsgrad verfügt. Im Entscheidungsprozess zum Irakkrieg treten hingegen der Vorsitzende des *Defense Policy Boards* Richard Perle und der neokonservative Pentagonmitarbeiter Douglas Feith in den Vordergrund, die nicht in allen Punkten mit der Ideologie der neokonservativen *democratic globalists* übereinstimmen. Während die Neokonservativen nach dem Ende des Kalten Kriegs

[354] Fallows, "Blind Into Baghdad," S. 53-74.
[355] Boot, "Think Again: Neocons," S. 21.

in den 1990ern zunächst eine außenpolitische Agenda adoptiert haben, die die Verbreitung von Demokratie zur Sicherung von Stabilität im internationalen System in den Vordergrund stellt und die Notwendigkeit der amerikanischen Vormachtstellung betont, liegt der Schwerpunkt der in der Administration vertretenen Neokonservativen hauptsächlich auf der Region des Nahen Ostens. Auf Grund der Begrenztheit der verfügbaren Informationen war es trotz der Zuhilfenahme von Interviews als Methode empirischer Sozialforschung nicht möglich, alle Interaktionen innerhalb des Netzwerks der Neokonservativen in dem Zeitraum nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 bis zum Irakkrieg 2003 zu erfassen, so dass eine abschließende Beurteilung über den Einfluss des Netzwerks auf das Politikergebnis nur unter Vorbehalten möglich ist. Damit sei auch auf einen Schwachpunkt des Konzepts von Netzwerktheorien hingewiesen. Die Datenerhebung zur Analyse der Interaktionen und Vernetzungen zwischen den einzelnen Mitgliedern unterliegt naturgemäß den Schranken der Informationsbereitschaft der betroffenen Personen.

*Die Zukunft des neokonservativen Netzwerks*

Zwar hatten sich während des Präsidentschaftswahlkampfes 2004 bereits die Nachrufe auf die zweite Generation der Neokonservativen gemehrt, doch könnten die Neokonservativen sich als widerstandsfähiger erweisen als vermutet.[356] Schon einmal war über ihren Niedergang spekuliert worden und sie waren mit einer leicht veränderten Programmatik wieder auferstanden. Die Frage, inwieweit die USA ihre Macht zur Verteidigung ihrer Interessen und Wertvorstellungen einsetzen sollten, steht weiterhin im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Ebenso herrscht nach wie vor kein gesamtgesellschaftlicher Konsens über die Frage nach der Bereitschaft der USA, Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Auch die beiden großen Parteien sind bezüglich dieser Frage gespalten. In den 1990er Jahren waren die Demokraten unter Präsident Bill Clinton eher gewillt, weltweit für die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten einzutreten. Kerry hatte sich im Wahlkampf von der Aufgabe der Konsolidierung des Iraks durch amerikanisches Engagement nicht distanziert, doch ist ungewiss, ob auf die Intervention im Krieg gegen den Terrorismus nicht wieder eine Phase des Rückzugs in der Außenpolitik folgen wird, ähnlich den Entwicklungen nach dem Vietnamkrieg in den 1970ern.

[356] z.B. G. John Ikenberry, "The End of the Neo-Conservative Moment," *Survival* 46 (1), 2004, S. 7-22.

Der Intellektuelle Francis Fukuyama hat die Lehren aus dem Irakkrieg mit der Kritik an Charles Krauthammers *democratic realism* verbunden und eine gemäßigte Version neokonservativer Außenpolitik formuliert:

> The United States should understand the need to exercise power in pursuit of both its interests and values, but also to be more prudent and subtle in that exercise. The world's sole superpower needs to remember that its margin of power is viewed with great suspicion around the world and will set off countervailing reactions if the power is not exercised judiciously.[357]

Es scheint als könnten diese Richtlinien für eine Außenpolitik, die sich im nationalen Interesse gründet und an den amerikanischen Werten orientiert, verbunden mit dem weisen Umgang mit dem Machtüberschuss, über den die USA verfügen, eine parteiübergreifende konsensfähige Grundlage bieten. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die Neokonservativen, die in den 1970er Jahren als „liberals mugged by reality" bezeichnet wurden, aus dem Irakkrieg ihre Lehren gezogen haben und als „neoconservatives mugged by reality" den Diskurs über die Rolle der USA in der Welt in gemäßigtere Bahnen lenken können, wie Fukuyama andeutet.

Einige Personen aus dem neokonservativen Netzwerk mögen nach dem Fiasko im Irak diskreditiert sein, da ihre Vorhersagen, dass die befreiten Iraker die USA jubelnd willkommen heißen würden und sich eine demokratische Regierungsform schnell durchsetzen würde, sich nicht bewahrheitet haben. Die angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak wurden bisher nicht gefunden – weder von den UN Waffeninspekteuren, die unter der Leitung Hans Blix bis zum 17. März 2003 im Irak Nachforschungen anstellten, noch vom CIA Sondergesandten David Kay und der 1.400 Leute umfassenden *Iraq Survey Group*, die im Juni 2003 die Suche aufnahmen.[358] Der Direktor der CIA George Tenet legte am 3. Juni 2004 sein Amt nieder, was er in der Öffentlichkeit mit privaten Gründen rechtfertigte. Auch Richard Perle trat nach über fünfzehnjähriger Mitgliedschaft aus dem DPB aus, da er im Wahljahr keine „Belastung" für den sich zur Wiederwahl stellenden Präsidenten darstellen wollte.[359]

Das neokonservative Netzwerk scheint sich indessen in weiteren Think Tanks neu zu formieren. 2003 wurde die *Foundation for the Defense of Democracy* gegründet, deren Mitglieder auch die bekannten Neokonservativen aus dem Umfeld des PNAC sind. Die *Foundation* hat es sich zum Ziel gesetzt, die Diskussion über die Ursachen und die Mittel zur

---

[357] Francis Fukuyama, "The Neoconservative Moment," *The National Interest* 76, 2004, S. 66 f.
[358] John Cassidy, "Blame Game," *The New Yorker*, 9. Februar 2004, S. 21.
[359] Graham, "Bush Adviser Leaves Defense Policy Board."

Bekämpfung des internationalen Terrorismus anzuregen und „to help promote democracy in the troubled regions around the globe“[360]; im Juli 2004 wurde eine Neuauflage des *Committee on the Present Danger* gegründet – mit dem Zusatz „for winning the war on terrorism“ – das sich hauptsächlich dem Kampf gegen die globale Bedrohung durch den islamischen Terrorismus verschrieben hat.[361] Das CPD aus den 1970er Jahren gilt einigen Konservativen weiterhin als Vorbild für erfolgreiche Beratungsarbeit in der Außenpolitik, während gemäßigtere Stimmen ihm vorwerfen, eine „scare campaign“ durchgeführt zu haben.[362] Die Gründung dieser Organisationen ist auch ein Indikator für den Trend zu einer eindeutig ideologisch motivierten Beratungsarbeit, die sich in der Form von *Advocacy* Think Tanks niederschlägt und die wissenschaftliche Politikberatung in den USA zunehmend verdrängt.[363] Für das politische System der USA lässt sich aus der vorliegenden Untersuchung die Schlussfolgerung ziehen, dass die Berater, die in einem Bereich außerhalb der demokratischen Kontrolle agieren, gefährlich großen Einfluss ausüben können, wenn sie über ein entsprechendes Vertrauensverhältnis zu Entscheidungsträgern verfügen, wie z.B. Richard Perle im Rahmen des DPB. Letztendlich verleihen jedoch die Entscheidungsträger den Beratern durch ihren Entschluss, sie anzuhören, Macht. So gelang es auch den Neokonservativen im vor-politischen Raum und in den Regierungskreisen, die Entscheidungsträger von ihren Ansichten zu überzeugen.

---

[360] *About the Foundation: Our Mission*, [Homepage]. The Foundation for the Defense of Democracies, http://www.defenddemocracy.org/about_FDD/about_FDD_show.htm?doc_id=169256&attrib_id=7615, [zitiert am 30.07.2004].

[361] *Mission Statement*. Committee on the Present Danger Dedicated to Winning the War on Terrorism, http://www.fightingterror.org/mission/index.cfm, [zitiert am 10.08.2004]. Die Organisation vertritt die Auffassung, dass der „extremistische Islam“ „Gefahr im Verzug“ darstellt und daher der Kampf gegen den Terrorismus sich auf die Bekämpfung des religiös motivierten globalen Dschihad konzentrieren muss. Die gleiche Vorstellung legt Perle in dem Kapitel „The War of Ideas“ in seinem Buch dar: Frum und Perle, *An End to Evil: How to win the War on Terror*.

[362] Abelson, *American Think-Tanks and their Role in US Foreign Policy*, S. 62.

[363] Andrew Rich, *Think Tanks, Public Policy, and the Politics of Expertise*, Cambridge, UK: Cambridge University Press, 2004.

# Anhang

## i. Project for A New American Century Unterzeichner des *Statement of Principles* 1997

| | Tätigkeit während der Amtszeit George W. Bush | Frühere Tätigkeit in Regierung / Think Tanks / andere |
|---|---|---|
| | *Derzeit in der George W. Bush Administration tätig* | |
| Elliot Abrams | NSC Senior Director for Democracy, Human Rights, and International Operations | In der Reagan Administration Assistant Secretary of State for Human Rights and Inter-American Affairs |
| Richard Cheney | Vice President | unter Ford White House Chief of Staff<br>unter Bush Sr. Secretary of Defense |
| Paula Dobrinsky | Undersecretary of State for Global Affairs | Unter Reagan Office of European and Soviet Affairs des NSC |
| Zalmay Khalilzad | 2001-2003 Special Assistant to the President and Senior Director for Gulf, Southwest Asia, and other Regional Issues, NSC<br>seit 2003 Ambassador to Afghanistan | unter Bush Sr. Deputy Undersecretary of Defense for Policy<br>unter Reagan im State Department Policy Planning Staff |
| Lewis Libby | Chief of Staff to Vice President Dick Cheney und Assistant to the Vice President for National Security Affairs | unter Bush Sr. 1989-1993 Deputy Undersecretary of Defense for Policy |
| Peter Rodman | Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs | unter Reagan State Department Policy Planning Staff |
| Donald Rumsfeld | Secretary of Defense | Unter Ford 1975-77 Secretary of Defense verschiedene Beraterposten in der Reagan Präsidentschaft |
| Paul Wolfowitz | Deputy Secretary of Defense | Unter Carter Director of Policy Planning for the Department of State und Deputy Assistant Secretary of Defense<br>Unter Reagan US Ambassador to the Republic of Indonesia, Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs, Department of State,<br>Unter Bush Sr. Undersecretary of Defense for Policy<br>Dean of Paul H. Nitze School of Advanced International Studies, Johns Hopkins University |

*Foreign Policy Establishment / Think Tank Community*

| | | |
|---|---|---|
| William J. Bennett | Empower America, Co-director,<br>Americans for Victory over Terrorism, Chairman,<br>Distinguished Fellow Heritage Foundation | Unter Bush Sr. Director White House Office of Drug Control Policy<br>Unter Reagan Secretary of Education |
| Frank Gaffney | CEO of Center for Security Policy | Unter Reagan Assistant Secretary of Defense for International Security Policy |
| Norman Podhoretz | Senior Fellow, Hudson Institute | 1960-95 Editor Commentary Magazine |
| Henry S. Rowen | Senior Fellow, Hoover Institute | Director, Stanford University's Asia / Pacific Research Center<br>unter Ford und Bush Sr. Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs |
| Vin Weber | Vice President of Empower America,<br>Chairman of Board of Directors, National Endowment for Democracy | 1981-93 U.S. House of Representatives member form Minnesota |
| George Weigel | John M. Olin Chair in Religion and American Democracy at Ethics and Public Policy Center | Former President, Ethics and Public Policy Center |
| Gary Bauer | American Values, President | unter Reagan Director, White House Office of Policy Development<br>1989-2000 Founder and President, Family Research Council<br>1999-2000 Republican Presidential Candidate |
| Fred C. Ikle | Senior Scholar at the Center for Strategic and International Studies | unter Reagan Undersecretary of Defense for Policy |

*Akademiker*

| | | |
|---|---|---|
| Eliot A. Cohen | Professor and Director of Strategic Studies, Paul H. Nitze School of Advanced International Studies, Johns Hopkins University | unter Bush Sr. Policy planning staff of the Department of Defense |
| Francis Fukuyama | Bernard Schwartz Professor of International Political Economy at Paul H. Nitze School of Advanced International Studies, Johns Hopkins University | unter Bush Sr. State Department Policy Planning Staff<br>Autor: The End of History and the Last Man (1992) |
| Donald Kagan | Professor of History and Classics, Yale University | |
| Stephen P. Rosen | Director, Olin Institute of Strategic Studies at Harvard University, Professor of National Security and Military Affairs at Harvard | |

*Andere bedeutende Persönlichkeiten*

| | | |
|---|---|---|
| Jeb Bush | Governor, State of Florida | |
| Midge Decter | Board of Trustees of the Heritage Foundation | unter Reagan Executive Director of the Committee for a Free World<br>Founder of Committee for a Demoratic Majority |
| Dan Quayle | | unter Bush Sr. Vice President<br>1980-89 U.S. Senator Indiana |
| Steve Forbes | President and CEO of Forbes Magazine | 1996 und 2000 Campaigned for Republican presidential nomination |
| Aaron Friedberg | Henry Alfred Kissinger Chair in Foreign Policy and International Relations at the Library of Congress | unter Reagan Consultant to the NSC |

## ii. Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| ABM | Anti-Ballistic Missile |
| AEI | American Enterprise Institute |
| CDM | Coalition for A Democratic Majority |
| CEO | Chief Executive Officer |
| CIA | Central Intelligence Agency |
| CPD | Committee on the Present Danger |
| CSP | Center for Security Policy |
| CTBT | Cromprehensive Test Ban Treaty |
| DIA | Defense Intelligence Agency |
| DPB | Defense Policy Board |
| IMF | International Monetary Fund |
| INC | Iraqi National Congress |
| JINSA | Jewish Institute for National Security Affairs |
| NIE | National Intelligence Estimate |
| NMD | National Missile Defense |
| NSC | National Security Council |
| NSS | National Security Strategy |
| OHRA | Office for Reconstruction and Humanitarian Aid |
| OSP | Office of Special Plans |
| PNAC | Project for A New American Century |
| UN | United Nations |

## Bibliographie

*About the Foundation: Our Mission*. The Foundation for the Defense of Democracies. [Homepage]. http://www.defenddemocracy.org/about_FDD/about_FDD_show.htm?doc_id=169256&attrib_id=7615. [zitiert am 30.07.2004].

*Annual Report 2003 - American Enterprise Institute*. American Enterprise Institute for Public Policy Research. http://www.aei.org/docLib/20031230_2003AR.pdf. [zitiert am 20.06.2004].

*Annual Report 2003 - The Brookings Institution*. The Brookings Institution. http://www.brook.edu/dybdocroot/admin/2003annualreport/AnnualReport2003.pdf. [zitiert am 20.06.2004].

*Mission Statement*. Committee on the Present Danger Dedicated to Winning the War on Terrorism. http://www.fightingterror.org/mission/index.cfm. [zitiert am 10.08.2004].

"NSC Memo, Deputies Draft Paper (attached to Agenda for NSC Meeting Scheduled for Sept. 12, 2001)." (Hrsg.).

*Precision-Guided Ideas: 2002 Annual Report*. Center for Security Policy. http://www.centerforsecuritypolicy.org/Center2002AR.pdf. [zitiert am 01.07.2004].

*Project for A New American Century Homepage*. http://www.newamericancentury.org/index.html. [zitiert am 01.07.2004].

*Promoting Peace Through Strength: Annual Report 2003-2004*. Center for Security Policy. http://www.centerforsecuritypolicy.org/Center2003AR.pdf. [zitiert am 01.07.2004].

"Excerpts from a Pentagon Plan: Prevent the Re-emergence of a New Rival." *New York Times*, 8. März 1992.

*Statement of Principles*. Project for a New American Century. 3. Juni 1997. http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm. [zitiert am 27.06.2004].

"Report of the Commission to Assess the Ballistic Missile Threat to the United States." (Hrsg.). Washington, D.C.: 104th Congress, 1998.

U.S. Congress. *Authorization for the Use of Military Force*. 107th, PL 107-40.

*International Encyclopedia of Social and Behavioral Sciences*. 2001.

U.S. Congress. *Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Interrupt and Obstruct Terrorism Act of 2001 (USA PATRIOT ACT)*. 107th, PL 107-56.

U.S. Congress. *Authorization for Use of Military Force Against Iraq Resolution of 2002*. 107th, 107-243.

"Group Formed to Promote Freedom in Iraq: George Shultz Heads Advisor Board Joined by James Hoffa, Bob Kerrey, Barry McCaffrey, Others." *U.S. Newswire*, 15. November 2002.

*Iraq's Weapons of Mass Destruction Programs*. CIA. [Report]. Oktober 2002. http://www.cia.gov/cia/reports/iraq_wmd/Iraq_Oct_2002.pdf. [zitiert am 30.07.2004].

*The National Security Strategy of the United States of America*. The President of the United States. September 2002. http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf. [zitiert am 23.05.2004].

*Saddam's Ultimate Solution: Interview with Richard Perle*. PBS [WideAngle]. [Host Interview Transcript]. 11. Juli 2002. http://www.pbs.org/wnet/wideangle/printable/transcript_saddam.html. [zitiert am 30.06.2004].

*Defense Policy Board*. Center for Cooperative Research. 31.03. 2003. http://www.cooperativeresearch.org/organization/profiles/defensepolicyboard.html. [zitiert am 03.07.2004].

*The Road to War. and Beyond: Black Coffee Briefings on the War in Iraq*. American Enterprise Institute. [Conference Transcript]. 4. März 2003. http://www.aei.org/events/eventID.239,filter.all/event_detail.asp. [zitiert am 21.06.2004].

"The 9/11 Commission Report." (Hrsg.). New York: The National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States, 2004.

*Defense Policy Board Membership*. Federation of American Scientists. Juli 2004. http://www.fas.org/irp/agency/dod/dpbmembers.html. [zitiert am 12.07.2004].

Abelson, Donald E. *American Think-Tanks and their Role in US Foreign Policy*. Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Macmillan Press, 1996.

———. *Do Think Tanks Matter? Assessing the Impact of Public Policy Institutes*. Montréal: McGill-Queen's Univ. Press, 2002.

Abramowitz, Alan I., und Kyle L. Saunders. "Party Polarization and Ideological Realignment in the U.S. Electorate, 1976-1994." In: L. Sandy Maisel (Hrsg.), *The Parties Respond: Changes in American Parties and Campaignes*. Boulder, Colo.: Westview Press, 1998. 128-143.

Ackerman, David M. *International Law and the Preemptive Use of Force Against Iraq*. [CRS Report]. 11. April 2003. http://www.usembassy.it/pdf/other/RS21314.pdf. [zitiert am 20.03.2004].

Allison, Graham T. *Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis*. Boston: Little, Brown, 1971.

Barnes, James A. "Bush's Insiders." *National Journal*, 23. Juni 2001. 1866-1872.

———. "The Imperial Vice Presidency." *National Review*, 17. März 2001. 814-815.

Barry, Tom. *PNAC's Present Danger as Blueprint for Bush Doctrine*. 31. Okt 2002. http://www.presentdanger.org/pdf/frontier/1031neocon.pdf. [zitiert am 01.07.2004].

Barry, Tom, und Jim Lobe. *U.S. Foreign Policy - Attention, Right Face, Forward March*. April 2002. http://www.fpif.org/pdf/reports/right2002.pdf. [zitiert am 15.05.2004].

Birkland, Thomas A. "'The World Changed Today': Agenda-Setting and Policy Change in the Wake of the September 11 Terrorist Attacks." *Review of Policy Research* 21, no. 2 (2004). 179-200.

Bolton, John R. Department of State. *International Criminal Court: Letter to UN Secretary General Kofi Annan*. 6. Mai 2002. http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2002/9968.htm. [zitiert am 20.07.2004].

Boot, Max. "Think Again: Neocons." *Foreign Policy*, no. 104 (2004). 20-28.

Braml, Josef. *Think tanks versus "Denkfabriken"? U.S. and German Policy Research Institutes' coping with and influencing their Environments*. Baden-Baden: Nomos, 2004.

Brinkley, Alan. "1968 and the Unraveling of the Liberal America." In: Carole Fink, Philipp Gassert und Detlef Junker (Hrsg.), *1968 - The World Transformed*. Cambridge, UK: Cambridge University Press, 1998. 219-236.

Brooks, David. "Texas Ranger: Did running a baseball team help prepare George W. Bush to run America?" *The Weekly Standard* 5, no. 13 (1999). 20-23.

Brown, Bartram S. "Unilateralism, Multilateralism, and the International Criminal Court." In: Stewart Patrick und Shepard Forman (Hrsg.), *Multilateralism and U.S. Foreign Policy: Ambivalent Engagement*. Boulder, Colo.: Lynne Rienner Publishers, 2002. 323-343.

Burrogh, Bryan, Evgenia Peretz, David Rose, und David Wise. "The Path to War." *Vanity Fair*, 11. Mai 2004. 100-116, 169-182.

Buruma, Ian. "How to Talk About Israel." *The New York Times*, 31. August 2003.

Bush, George W. *A Charge to Keep*. New York: Morrow, 1999.

———. *A Distinctly American Internationalism*. 19. November 1999. http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/bush/wspeech.htm. [zitiert am 15.05.2004].

———. *Remarks by the President to Students and Faculty at National Defense University*. 1. Mai 2001. http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/05/20010501-10.html. [zitiert am 20.07.2004].

———. *Statement by the President to Address His Nation*. 11. September 2001. http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010911-16.html. [zitiert am 11.05.2004].

———. *The President's State of the Union Address*. 29. Januar 2002. http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/print/20020129-11.html. [zitiert am 01.08.2004].

———. *Remarks by the President at 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy*. 1. Juni 2002. http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html. [zitiert am 03.05.2004].

———. *Letter from the President to the Speaker of the House of Representatives and President Pro Tempore of the Senate*. 21. März 2003. http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/03/20030321-5.html. [zitiert am 01.07.2004].

———. *Speech at AEI's Annual Dinner*. 28. Februar 2003. http://www.aei.org/news/newsID.16197/news_detail.asp. [zitiert am 20.06.2004].

Cannon, Carl M., James A. Barnes, Alexis Simendinger, Bruce Stokes, David Baumann, Marilyn Werber Serafini, und Jason Ellenburg. "The White House Profiles." *National Journal*, 23. Juni 2001. 1882-1897.

Carlson, Tucker. "Devil May Care." *Talk Magazine*, September 1999.

Cassel, Susanne. *Die Rolle von Think Tanks im US-Amerikanischen Beratungsprozess, Freiburger Diskussionspapier zur Ordnungsökonomie*. Freiburg: Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 1999.

Cassidy, John. "Blame Game." *The New Yorker*, 9. Februar 2004. 21.

Cheney, Richard. *Remarks by the Vice President to the Veterans of Foreign Wars 103rd National Convention*. 26. August 2002. http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/08/20020826.html. [zitiert am 20.07.2004].

———. *The Continuing War on Terror*. [AEI Online Speeches]. 25. Juli 2003. http://www.aei.org/news18111. [zitiert am 26.06.20042004].

Coleman, William D., und Anthony Perl. "Internationalized Policy Environments and Policy Network Analysis." *Political Studies* 47, no. 4 (1999). 691-709.

Coman, Julian. "Fury over Pentagon Cell that briefed White House on Iraq's 'Imaginary' al-Qaeda links." *Sunday Telegraph*, 11. Juli 2004.

Cronin, Thomas E., und Michael Genovese. *The Paradoxes of the American Presidency*. New York u.a.: Oxford UP, 1998.

Cropsey, Seth. "The Noriega Option." *The Weekly Standard*, 19. April 1999. 16.

Crotty, William. "Presidential Policymaking in Crisis Situations: 9/11 and Its Aftermath." *Policy Studies Journal* 31, no. 3 (2003). 451-464.

Daalder, Ivo H. *America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy*. Washington, D.C.: Brookings Institution, 2003.

Daalder, Ivo H., und James M. Lindsay. "Bush's Foreign Policy Revolution." In: Fred I. Greenstein (Hrsg.), *The George W. Bush Presidency: An Early Assessment*. Baltimore: Johns Hopkins UP, 2004. 100-137.

David, Knoke. *Comparing Policy Networks: Labor Politics in the US, Germany, and Japan*. Cambridge [u.a.], 1996.

Decter, Midge. *An Old Wife's Tale: My Seven Decades in Love and War*. New York: Regan Books, 2001.

———. *Rumsfeld: A Personal Portrait*. New York, NY: Simon & Schuster, 2003.

DeLeon, Peter. "The Stages Approach to the Policy Process: What has it done? Where is it going?" In: Paul A. Sabatier (Hrsg.), *Theories of the Policy Process*. Boulder, Colorado: Westview Press, 1999. 19-32.

deRivera, Joseph H. *The Psychological Dimension of Foreign Policy*. Columbus: Charles E. Merrill, 1968.

Desch, Michael C. "Liberals, Neocons, and Realcons." *Orbis* 45, no. 4 (2001). 519-533.

Dobbs, Michael. "Back in Political Forefront: Iran Contra-Figure Key Role in Mideast." *The Washington Post*, 27. Mai 2003.

Donnelly, Tom. "America at War: What the Attack on the USS Cole Tells Us." *The Weekly Standard*, 30. Oktober 2000. 11-12.

Dowd, Maureen. "From Swagger to Stagger." *New York Times*, 7. September 2003.

Drew, Elizabeth. "The Neocons in Power." *The New York Review of Books*, 12. Juni 2003.

Easton, Nina. *Gang of Five: Leaders at the Center of the Conservative Crusade*. New York: Simon & Schuster, 2000.

Edwards, Lee. *The Conservative Revolution: The Movement that Remade America*. New York: Free Press, 1999.

Ehrmann, John. *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945 - 1994*. New Haven [u.a.], 1995.

Fallows, James. "Blind Into Baghdad." *The Atlantic Monthly*, Jan/Feb 2004. 53-74.

Fischer, Beth A. *The Reagan Reversal: Foreign Policy and the End of the Cold War*. Columbia, Mo.: University of Missouri Press, 1997.

Former Joint Chiefs of Staff: General John Shalikashvili, General Colin Powell, Admiral William, und Crowe and General David Jones. "Statement on the Comprehensive Test Ban Treaty." (Hrsg.). La Crosse, Wisconsin, 1998.

Freedberg, Sydney J., Jason Ellenburg, George C. Wilson, James Kitfield, und Peter H. Stone. "Profiles: Defense Department." *National Journal*, 23. Juni 2001. 1923-1936.

Fried, Nico, und Wolfgang Koydl. "Orientierungslos auf rauer See: Das Verwirrspiel der Regierung Bush über das richtige Vorgehen im Irak: Dissonanzen, Selbstgespräche und viel Widersprüchliches." *Süddeutsche Zeitung*, 18. Mai 2004. 3.

Frum, David. "Myth II: America Wants War with Saddam because of Oil." *The Daily Telegraph*, 22. Oktober 2002.

———. *The Right Man: The Surprise Presidency of George W. Bush*. New York: Random House, 2003.

Frum, David, und Richard Perle. *An End to Evil: How to win the War on Terror*. New York: Random House, 2003.

Fukuyama, Francis. "The Neoconservative Moment." *The National Interest* 76 (2004). 57-68.

Funke, Hajo. *Der amerikanische Weg: Hegemonialer Nationalismus in der US-Administration*. Berlin: Schiller, 2003.

Gardner, Lloyd C., Walter F. LaFeber, und Thomas J. McCormick, (Hrsg.). *Creation of the American Empire: U.S. Diplomatic History*. Chicago, London: Rand McNally, 1973.

Gellner, Winand. *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit: Think Tanks in den USA und in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995.

George, Alexander L. *Presidential Decisionmaking in Foreign Policy: The Effective Use of Information and Advice*. Boulder: Westview Press, 1980.

Gerecht, Reuel Marc. *Crushing al Qaeda is only a Start*. 1. Feb 2002. http://www.aei.org/publications/pubID.13538,filter.all/pub_detail.asp. [zitiert am 25.06.20042004].

———. *A Necessary War*. 1. Okt 2002. http://www.aei.org/publications/pubID.14385/pub_detail.asp. [zitiert am 26.06.2004].

———. *The Mullahs' Manhattan Project*. 1. Jun 2003. http://www.aei.org/publications/pubID.17665/pub_detail.asp. [zitiert am 26.06.2004].

Gibbs, Nancy, und Micheal Duffy. "Bush's Big Test: Saving Face." *Time Magazine*, 16. April 2001.

Glazer, Nathan. "A Time for Modesty." *The National Interest* (1990). 31-35.

Goldberg, Jeffrey. "The Unkown: The CIA and the Pentagon take another Look at Al Qaeda and Iraq." *The New Yorker*, 10. Februar 2003. 40-47.

Gordon, Craig, und Knut Royce. "Controversial Pentagon Office Gets A Makeover: Administration changes Name, Focus of Iraqi War Planning Group." *Newsday*, 12. August 2003.

Gordon, Michael, und Judith Miller. "Threats and Responses: The Iraqis - US says Hussein intensifies Quest for A-Bomb Parts." *The New York Times*, 7. September 2002.

Graham, Bradley. "Bush Adviser Leaves Defense Policy Board." *The Washington Post*, 26. Feb 2004.

Greenstein, Fred I. *The Presidential Difference: Leadership Style from FDR to Clinton (with a new afterword on George W. Bush)*. Princeton, NJ: Princeton University Press, 2001.

———. "The Changing Leadership of George W. Bush: A Pre- and Post-9/11 Comparison." *Presidential Studies Quarterly* 32, no. 2 (2002). 387-396.

———, (Hrsg.). *The George W. Bush Presidency: An Early Assessment*. Baltimore u.a.: Johns Hopkins UP, 2003.

Haftendorn, Helga. "Zur Theorie Außenpolitischer Entscheidungsprozesse." In: Volker Rittberger (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990. 401-423.

Halper, Stefan A., und Jonathan Clarke. *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*. Cambridge: Cambridge University Press, 2004.

Halperin, Morton H. *Bureaucratic Politics and Foreign Policy*. Washington D.C.: Brookings, 1974.

Hart, Paul 't. *Groupthink in Government: A Study of Small Groups and Policy Failure*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 1994.

Heclo, Hugh. "The Political Ethos of George W. Bush." In: Fred I. Greenstein (Hrsg.), *The George W. Bush Presidency: An Early Assessment*. Baltimore: Johns Hopkins UP, 2003. 17-50.

Héritier, Adrienne. "Policy-Analyse: Elemente der Kritik und Perspektive der Neuorientierung." In: Adrienne Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1993. 9-36.

Hersh, Seymour. "Selective Intelligence: Donald Rumsfeld has his own Special Sources. Are they reliable?" *The New Yorker*, 12. Mai 2003. 44-51.

Hersh, Seymour M. "Lunch with the Chairman - Why was Richard Perle Meeting with Adnan Khashoggi?" *The New Yorker*, 17. März 2003. 76-81.

Hilzenrath, David S. "The Ultimate Insider: Richard N. Perle's many Business Ventures Followed His Years as a Defense Official." *The Washington Post*, 24. Mai 2004.

Hirsh, Michael. "Bush and the World." *Foreign Affairs* 81, no. 5 (2002). 18-43.

Hodgson, Godfrey. *The World turned Right Side up: A History of the Conservative Ascendancy in America*. Boston: Houghton Mifflin, 1996.

Holmes, Kim R., und John Hillen. "Misreading Reagan's Legacy." *Foreign Affairs* 75, no. 5 (1996). 162-167.

Husain, Khurram. "Neocons: The Men Behind the Curtain." *Bulletin of the Atomic Scientists*, 15.07. 2003. 62-71.

Ikenberry, G. John. "The End of the Neo-Conservative Moment." *Survival* 46, no. 1 (2004). 7-22.

Janis, Irving L. *Groupthink*. New York: Houghton Mifflin, 1982.

Jervis, Robert. *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton: Princeton UP, 1976.

Jr., Sydney J. Freedberg, Jason Ellenburg, George C. Wilson, James Kitfield, und Peter H. Stone. "Profiles: Defense Department." *National Journal*, 23. Juni 2001. 1923-1936.

Kagan, Robert, und William Kristol. "Win It." *The Weekly Standard*, 19. April 1999. 9-10.

———. "The Present Danger." *The National Interest* (2000). 57-69.

———. "A National Humiliation." *The Weekly Standard*, 16. April 2001. 11.

———. "No Defense." *Weekly Standard*, 23. Juli 2001. 11-13.

Kaplan, Lawrence F., und William Kristol. *The War over Iraq: Saddam's Tyranny and America's Mission*. San Francisco, Ca.: Encounter Books, 2003.

Katzman, Kenneth. *Iraq: U.S. Regime Change Efforts and Post-Saddam Governance*. [CRS Report]. 7. Januar 2004. http://www.usembassy.at/en/download/pdf/iraq_change.pdf. [zitiert am 20.06.2004].

Kessler, Glenn. "US Decision on Iraq has Puzzling Past: Opponents of War Wonder When, How Policy Was Set." *The Washington Post*, 12. Januar 2003.

Khalilzad, Zalmay M., und Paul Wolfowitz. "Overthrow Him." *The Weekly Standard*, 1. Dezember 1997. 14-15.

Kirkpatrick, Jeane. "A Normal Country in A Normal Time." *The National Interest* (1990). 40-44.

Kirkpatrick, Jeane J. *Dictatorships and Double Standards: Rationalism and Reason in Politics*. New York: Simon and Schuster, 1982.

Kitfield, James. "A Diplomat With A Bayonet." *National Journal*, 27. Januar 2001. 250-251.

Krauthammer, Charles. "Universal Dominion: Toward a Unipolar World." *The National Interest* (1989/1990). 46-49.

———. "The Unipolar Moment." *Foreign Affairs* 70, no. 1 (1990/1991). 23-33.

———. "What's Wrong With the 'Pentagon Paper'? It's an Impressive Blueprint for the New World Order." *The Washington Post*, 13. März 1992.

———. "Arms Control: The End of an Illusion." *The Weekly Standard*, 1. November 1999. 21-27.

———. "The Bush Doctrine: ABM, Kyoto and the New American Unilateralism." *The Weekly Standard*, 4. Juni 2001. 21-25.

———. "A War on Many Fronts." *The Washington Post*, 5. Oktober 2001.

———. "Redefining the War." *The Washington Post*, 1. Februar 2002.

———. *Democratic Realism: An American Foreign Policy for a Unipolar World*. Washington, D.C.: The AEI Press, 2004.

Kristol, Irving. "What is a Neo-Conservative?" *Newsweek*, 19. Januar 1976. 87.

———. "Defining Our National Interest." *The National Interest* (1990). 16-25.

———. *Neoconservatism: The Autobiography of an Idea*. New York: Free Press, 1995.

———. "The Neoconservative Persuasion: What it was, and what it is." *The Weekly Standard*, 25. August 2003. 23-25.

Kristol, William. *Project for the New American Century*. http://www.newamericancentury.org/index.html. [zitiert am 01.07.2004].

———. "China: The Issue." *The Weekly Standard*, 24. Februar 1997. 11.

———. "The End of Containment." *The Weekly Standard*, 1. Dezember 1997. 13-14.

———. *Senate Foreign Relations Committee Hearing: What is Next in the War on Terror? (Prepared Testimony)*. 7. Februar 2002. http://www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/000/881seyww.asp. [zitiert am 20.07.2004].

———. *Second Statement of Post-War Iraq*. 28. März 2003. http://www.newamericancentury.org/iraq-20030328.htm. [zitiert am 01.07.2004].

Kristol, William, und Robert Kagan. "Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy." *Foreign Affairs* 75, no. 4 (1996). 18-32.

LaFeber, Walter, (Hrsg.). *The Origins of the Cold War, 1941-1947: A historical Problem with Interpretations and Documents*. New York [u.a.]: Wiley, 1971.

Layne, Christopher. "Kant or Cant: The Myth of the Democratic Peace." *International Security* 19, no. 2 (1994). 5-49.

Lemann, Nicholas. "Without a Doubt: Has Condoleeza Rice changed George W. Bush, or has he changed her?" *The New Yoker*, 14. Oktober 2002. 164-179.

Lindsay, James M. "Deference and Defiance: The Shifting Rhythms of Executive-Legislative Relations in Foreign Policy." *Presidential Studies Quarterly* 33, no. 3 (2003). 530-546.

Lipset, Seymour Martin. *Neoconservatism: Myth and Reality, Ernst Fraenkel Vorträge zur amerikanischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Geschichte*. Berlin: John F. Kennedy Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität, 1988.

Lobe, Jim. Foreign Policy in Focus. *"Committee for the Liberation of Iraq" Sets Up Shop*. [Policy Report]. November 2002. http://www.presentdanger.org/pdf/reports/PRlibiraq.pdf. [zitiert am 05.07.2004].

Mann, James. *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*. New York: Viking, 2004.

Marsh, David, (Hrsg.). *Comparing Policy Networks*. Buckingham [u.a.], 1998.

Marsh, David, und R.A.W. Rhodes, (Hrsg.). *Policy Networks in British Government*. Oxford: Clarendon Press, 1992.

Marsh, David, und Martin Smith. "Understanding Policy Networks: Towards a Dialectical Approach." *Political Studies* 48, no. 1 (2000). 4-21.

McEvoy-Levy, Siobhan. *American Exceptionalism and US Foreign Policy Public Diplomacy at the End of the Cold War*. New York: Palgrave, 2000.

McGann, James G., und Robert Kent Weaver, (Hrsg.). *Think tanks and Civil Societies: Catalysts for Ideas and Action*. New Brunswick: Transaction Pl., 2002.

Mcgrory, Mary. "Contra-Intuitive." *The Washington Post*, 8. Juli 2001.

Milbank, Dana. "'Bush's Blunder' May Be Kristol's Inside Influence." *The Washington Post*, 19. März 2002.

Muravchick, Joshua. "What to do about Saddam Hussein: US Policy Stalemate." *Commentary* 105, no. 6 (1998). 37-43.

Muravchik, Joshua. *Exporting Democracy: Fulfilling America's Destiny*. Washington, D.C.: AEI Press, 1991.

———. "The Neoconservative Cabal." *Commentary Magazine*, Sept 2003. 26-33.

Neack, Laura. *The New Foreign Policy: U.S. and Comparative Foreign Policy in the 21st Century*. Lanham, Md.: Rowman & Littlefield, 2003.

Neustadt, Richard Elliott. *Presidential Power: The Politics of Leadership*. New York u.a.: Wiley, 1960.

Oberdorfer, Don. "Report Saw Soviet Buildup for War, CIA Declassifies Controversial 1976 "Team B" Analysis." *The Washington Post*, 12. Oktober 1992.

Peele, Gillian. *Revival and Reaction: The Right in Contemporary America*. Oxford: Clarendon Press, 1984.

Perle, Richard. *Passion's Slave and the CTBT*. [Security Forum of the Center for Security Policy]. 12. October 1999. http://www.aei.org/news/filter.,newsID.10902/news_detail.asp. [zitiert am 12.05.2004].

———. "Iraq: Saddam Unbound." In: Robert Kagan und William Kristol (Hrsg.), *Present Dangers: Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy*. San Francisco: Encounter Books, 2000. 99-110.

Perle, Richard, Douglas Feith, David Wurmser, und et. al. The Institute for Advanced Strategic and Political Studies. *A Clean Brake: A New Strategy for Securing the Realm*. [Report]. 8. Juli 1996. http://www.israeleconomy.org/strat1.htm. [zitiert am 21.06.2004].

Peterson, John. *Policy Networks*. Wien: Institut für höhere Studien, 2003.

Pfiffner, James P. "National Security Policymaking and the Bush War Cabinet." In: Richard Conley (Hrsg.), *Transforming the American Polity: The Presidency of George W. Bush and the War on Terrorism*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall, 2004. Online Zugriff unter: http://mason.gmu.edu/%7Epubp502/pfiffner-readings-bushcab.htm.

PNAC. *Letter to President Bush on the War on Terrorism*. 20. September 2001. http://www.newamericancentury.org/Bushletter.htm. [zitiert am 20.07.2004].

———. *Letter to President Bush on the Defense Budget*. 23. Januar 2003. http://www.newamericancentury.org/defense-20030123.htm. [zitiert am 03.07.2004].

Podhoretz, Norman. "Neoconservatism: A Euology." *Commentary* 101, no. 3 (1996). 19-27.

Pollack, Kenneth. "Spies, Lies and Weapons: What Went Wrong." *The Atlantic Monthly*, Jan/Feb 2004. 78-92.

Posner, Gerald L. *Why America Slept: The Failure to Prevent 9/11*. New York, NY: Random House, 2003.

Powell, Colin. "U.S. Forces: Challenges Ahead." *Foreign Affairs* 71, no. 5 (1992). 32-45.

Prittwitz, Volker von. *Politikanalyse*. Opladen: Leske + Budrich, 1994.

Raab, Charles D. "Understanding Policy Networks: a Comment on Marsh and Smith." *Political Studies* 49, no. 3 (2001). 551-556.

Reinicke, Wolfgang H. *Lotsendienste für die Politik: Think Tanks - Amerikanische Erfahrungen und Perspektiven für Deutschland*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 1996.

Rhodes, R. A. W. *Understanding Governance: Policy Networks, Governance, Reflexivity, and Accountability*. Buckingham: Open University Press, 1997.

Rice, Condoleeza. "Promoting the National Interest." *Foreign Affairs* 79, no. 1 (2000). 45-62.

Rich, Andrew. *Think Tanks, Public Policy, and the Politics of Expertise*. Cambridge, UK: Cambridge University Press, 2004.

Risen, James. "How Pair's Finding on Terror Led to Clash on Shaping Intelligence." *The New York Times*, 28. April 2004.

Roper, Jon. "The Contemporary Presidency: George W. Bush and the Myth of Heroic Presidential Leadership." *Presidential Studies Quarterly* 34, no. 1 (2004). 132-142.

Rosati, Jerel A. *The Politics of US Foreign Policy*. 2. Ausg: Harcourt Brace College Publ., 1999.

Rosati, Jerel, und Stephen Twing. "The Presidency and US Foreign Policy after the Cold War." In: James M. Scott (Hrsg.), *After the End: US Foreign Policy in the Post-Cold War World*. Durham/London: Duke University Press, 1998. 29-56.

Rüb, Katja, und Jürgen Wilzewski. "Dominanz statt Abschreckung: Amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September." In: Jürgen Wilzewski Werner Kremp (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung: Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik*

*nach dem Angriff auf Amerika*. Trier: Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz e.V., 2003. 9-20.

Rubin, James P. "Stumbling Into War." *Foreign Affairs* 82, no. 5 (2003). 46-66.

Saad, Lydia, und Frank Newport. The Gallup Organization. *Americans Grow More Doubtful About Iraq War*. 23. September 2003. http://www.gallup.com. [zitiert am 20.05.2004].

Sabatier, Paul A. "An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy-Oriented Learning therein." *Policy Sciences* 1988. 129-168.

———. *Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach*. Boulder, Colorado: Westview Press, 1993.

Sabatier, Paul A., und Hank C. Jenkins-Smith. "The Advocacy Coalition Framework: An Assessment." In: Paul A. Sabatier (Hrsg.), *Theories of the Policy Process*. Boulder, Colorado: Westview Press, 1999. 117-166.

Schlesinger, Arthur M. *The Vital Center: The Politics of Freedom*. Cambridge, Mass.: Riverside Press, 1962.

Schmitt, Gary. "Why Irak? If Saddam Stays in Power, the War on Terrorism will have Failed." *The Weekly Standard*, 29. Oktober 2001. 13-14.

Schubert, James N., Patrick A. Stewart, und Margaret Ann Curran. "A Defining Presidential Moment: 9/11 and the Rally Effect." *Political Psychology* 23, no. 3 (2002). 559-583.

Scott, James M. *Deciding to Intervene: The Reagan Doctrine and American Foreign Policy*. Durham: Duke University Press, 1996.

Scowcroft, Brent. "Don't Attack Iraq." *The Wall Street Journal*, 15. August 2002.

Seib, Gerald F., und Carla Anne Robbins. "GOP vs. GOP: Republicans Do Battle Against One Another Over Numerous Issues." *The Wall Street Journal*, 14. April 1997.

Spiro, Peter J. "The New Sovereigntists: American Exceptionalism and Its False Prophets." *Foreign Affairs* 79, no. 6 (2000). 9-15.

Spörl, Gerhard. "Die Leo-Konservativen." *Der Spiegel*, 4. August 2003.

Steinberger, Michael. "Misoverestimated." *The American Prospect*, April 2004. 18-24.

Steinfels, Peter. *The Neoconservatives: The Men who are Changing America's Politics*. New York: Simon & Schuster, 1979.

Sutton, Rebecca. "The Policy Process: An Overview." (Hrsg.). London: Overseas Development Institute, 1999.

Tanenhaus, Sam. "Bush's Brain Trust: Is Deputy Defense Secretary Paul Wolfowitz driving U.S. Foreign Policy?" *Vanity Fair*, Juli 2003. 88-92.

Tannenhaus, Sam. Department of Defense. *Deputy Secretary Wolfowitz Interview with Sam Tannenhaus, Vanity Fair*. [Press Release]. 9. Mai 2003. http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/tr20030509-depsecdef0223.html. [zitiert am 15.07.2004].

Tell, David. "Editorial: Our Kind of Budget Deal." *The Weekly Standard*, 18. Sept 1995. 7-9.

Thränert, Oliver. "Paradigm Shift? Die USA und die Zukunft der Rüstungskontrolle." In: Werner Kremp und Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Weltmacht vor neuer Bedrohung: Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika*. Trier: Wissenschaftlicher Verlag, 2003. 125-157.

Tuschhoff, Christian. *Einstellung und Entscheidung: Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration, 1981-1984*. Baden-Baden: Nomos Verlag, 1990.

Tyler, Patrick. "U.S. Strategy Plan Calls for Insuring no Rivals Develop." *The New York Times*, 8. März 1992.

Tyroler, Charles, (Hrsg.). *Alerting America: The papers of the Committee on the Present Danger. Introd. by Max M. Kampelman*. Washington, D.C.: Pergamon-Brassey's International Defense Publ., 1984.

Weaver, R. Kent. "The Changing World of Think Tanks." *Political Science and Politics* 22, no. 2 (1989). 563-578.

Weber, Max. *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5., rev. Ausg. Tübingen: Mohr, 1980.

Welch, David A. "The Organizational Process and Bureaucratic Politics Paradigm: Retrospect and Prospect." *International Security* 17, no. 2 (1992). 112-146.

Williams, William Appleman. *The Tragedy of American Diplomacy*. Rev. and enl. ed., 14. print. Ausg. New York, 1962.

Wohlstetter, Albert. "Is there a Strategic Arms Race?" *Foreign Policy* 15 (1974).

———. "Is there a Strategic Arms Race? (II): Rivals, but no 'Race'." *Foreign Policy* 16 (1974).

Wolfowitz, Paul. "Remembering the Future." *The National Interest*, no. 59 (2000). 35-45.

———. *Commencement Address at the U.S. Military Academy, West Point*. 2. Juni 2001. http://www.defenselink.mil/speeches/2001/s20010602-depsecdef.html. [zitiert am 30.07.2004].

———. *News Transcript*. 13. September 2001. http://www.defenselink.mil/transcripts/2001/t09132001_t0913dsd.html. [zitiert am 20.07.2004].

———. *On Iraq*. [Remarks by Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, Fletcher Conference, Ronald Reagan Building and International Trade Center, Washington, DC]. 16. Okt 2002. http://www.defenselink.mil/speeches/2002/s20021016-depsecdef.html. [zitiert am 20.07.2004].

Woodward, Bob. *Bush at War*. New York, et al.: Simon & Schuster, 2002.

———. *Plan of Attack: The Road to War*. New York: Simon & Schuster, 2004.

Woolsey, James, und Mansoor Ijaz. "Revenge is a Dish Best Served Cold." *Los Angeles Times*, 12. September 2001.

Wurmser, David. *Tyranny's Ally: America's Failure to Defeat Saddam Hussein*. Washington, D.C.: AEI Press, 1999.

Yusuf, Bulent. "Battle-Tanks in the War of Ideas." *The Observer*, 1. September 2002.